Historische Tatsachen Nr. 20

Dipl. Pol. Udo Walendy

Die Schuldfrage

Die Schuldfrage des Ersten Weltkrieges

Historische Tatsachen Nr. 20

Dipl. Pol. **Udo Walendy**

– Wissenschaftliche Zeitschrift –

> "Es ist die allgemeine Herrschaft der Furcht, die das System der Bündnisse hervorgerufen hat; man hielt es für eine Garantie des Friedens, es erwies sich nun aber als die Ursache des Allerwelts-Unglückes. ... Diese allgemeine Furcht hat schließlich eine viel größere Katastrophe heraufbeschworen, als man durch die Bündnisse je abzuwenden hoffte."
>
> Bertrand Russell *)

> "Im Verhältnis wie die Rüstungen aller Mächte zunehmen, erfüllen sie immer weniger den Zweck, den sich die Regierungen vorgesetzt haben. Wirtschaftliche Krisen, großenteils durch das System der Rüstungen hervorgerufen, und die fortwährende Gefahr, die in dieser Anhäufung von Kriegsmaterial liegt, verwandeln den bewaffneten Frieden unserer Tage in eine zermalmende Last, die von den Völkern mit stets größeren Schwierigkeiten getragen wird. Es erscheint daher klar, daß, wenn dieser Zustand andauert, er unfehlbar zu eben der Katastrophe führen muß, die man abwenden will und deren Schrecken jedes denkende Wesen vorahnend schaudern macht."
>
> Zar Nikolaus II.
> in einer Zirkularnote an die Mächte
> vom 24. August 1898 **)

*) E.D. Morel, aaO. S. 201
**) E.D. Morel, aaO. S. 141

D- 4973 Vlotho / Weser Postfach 1643

Konten des Verlages
Postscheck Essen 116162 - 433
Postscheck Wien 7598.326
Kreissparkasse Herford, G.st. Vlotho
Kto: 250002532 (BLZ 494 501 20)

Druck: Kölle Druck, D-4994 Pr. Oldendorf

Serbien

Seit 1903, dem Zeitpunkt der Ermordung König Alexanders und der Thronergreifung durch Peter Karageorgewitsch, war Serbien, das sich erst kurz vorher aus der türkischen Oberhoheit befreit hatte, zum Zentrum der großserbischen, gegen den Bestand der Österreich-Ungarischen Monarchie gerichteten Bestrebungen geworden. Rußland unterstützte diese Ambitionen, versuchte es doch, das Schwinden der türkischen Machtstellung auf dem Balkan durch eigene Hegemonie zu ersetzen. Serbien gehörte zu jenen kleinen Balkanstaaten, die entweder diese politische Zukunftsperspektive begrüßten oder aber die Hilfe Rußlands zur Durchsetzung eigener Expansionsziele in Anspruch zu nehmen trachteten.

Die innenpolitischen Verhältnisse Serbiens waren seit der Jahrhundertwende durch zunehmende Spannungen innerhalb des Parlamentes — der Skrupschtina — bzw. durch ungesicherte Mehrheiten gekennzeichnet und begünstigten eine schärfere Gangart gegenüber Wien. Einige Dokumente mögen dies verdeutlichen:

So berichtete der russische Gesandte Hartwig an das Ministerium des Äußern am 2.6.1914 nach Petersburg:

" .... In letzter Zeit hat sich das Verhältnis zwischen der Regierung und den Oppositionsgruppen auf Grund innerer Angelegenheiten verschärft. Tatsächlich war der durch den Kampf besonders nach den durchlebten schweren Ereignissen ermüdete Paschitsch geneigt, zurückzutreten; aber ausschließlich unter dem Einfluß meiner freundschaftlichen Hinweise auf den ungünstigen Eindruck, den sein Rücktritt vor Erledigung wichtiger politischer Fragen auf die zaristische Regierung machen würde, hat er von einem solchen Entschluß Abstand genommen. Inzwischen hat sich die Lage der Dinge verschlechtert: die scharfen gegenseitigen Beschuldigungen in der Skrupschtina haben einen oppositionellen Block geschaffen, der beschlossen hat, Obstruktion zu üben; zwei Tage hat dieser Block an den Sitzungen nicht teilgenommen. Obwohl die Regierung über ein Quorum verfügt, ist dasselbe doch so gering, daß eine Arbeit unmöglich wird. Nach Erschöpfung aller Verständigungsmittel ist Paschitsch entschlossen, wenn auch nicht heute oder morgen, die Auflösung der Skrupschtina vorzuschlagen...." [1] [2]

Unmittelbar vor dem Attentat auf den österreichischen Thronfolger Franz-Ferdinand in Sarajewo am 24. Juni 1914 wurden in der Tat die Auflösung der Skrupschtina und Neuwahlen für den 1. August verfügt.

Welche innenpolitischen Probleme auch immer das Gefüge des serbischen Staates belastet haben — Unruhen und Kriege auf dem Balkan gab es zu jener Zeit ja zur Genüge —, so war der Wille zum Rückerwerb der zu Österreich-Ungarn gehörenden Provinzen Bosnien und Herzegowina doch bei allen politisch virulenten Kräften vorhanden, wenn er sich z.T. auch nur getarnt Ausdruck verschaffen konnte. Der deutsche Gesandte in Belgrad weist in seinem Bericht am 6. Juli 1914 auf die Art und Weise solcher getarnten Zusammenhänge hin:

".... Der Staat selbst, wenn er gleich, um Verantwortlichkeiten zu vermeiden, darauf halten muß, daß die Narodna Odbrana [3]) ihren privaten Charakter bewahre, beschränkt sich indes keineswegs auf die Rolle des passiven Zuschauers. Unter harmlosen Titeln sind in das Staatsbudget gewisse Positionen aufgenommen, die der Narodna Odbrana zugutekommen. Bezüglich der Anschaffung von Flinten für Schüler, von Revolvern für Freischärler ist es notorisch, daß der Staat sie geliefert hat. Charakteristisch ist, daß als Zentralstelle für die Verausgabung von Staatsmitteln für solche Zwecke und die Abrechnung weder das Ministerium des Äußern, noch das Kriegsministerium, sondern dasjenige für Kultur und Unterricht mitwirkt.

Mag daher die serbische Regierung noch so sehr ihren Abscheu und ihre Entrüstung über die in Sarajewo begangene Bluttat kundgeben, mag sie noch so sehr ihre Unschuld beteuern und darauf hinweisen, wie sinn- und zwecklos dieses Verbrechen sei und wie es der Sache des Serbentums viel eher geschadet als genützt habe, eines kann sie nicht ableugnen: Sie hat die Atmos-





lk.: Kronprinz Alexander v. Serbien, Oberbefehlshaber der serbischen Streitkräfte; — r.: Nikola Paschitsch, serbischer Ministerpräsident

1) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, hrsg. von M. Boghitschewitsch, 3 Bände, Berlin 1928 - 1931
Bd. I: Geheimakten aus serbischen Archiven
Bd. II: Diplomatische Akten aus russischen, montenegrinischen und sonstigen Archiven
Bd. III: Serbien und der Weltkrieg
hier: Bd. II, S. 514, Dok. 928

2) Namen und Ämter siehe Seiten 30 - 31

3) "Narodna Odbrana" = "Volkswehr", ein nationalistischer Geheimbund, der das Ziel verfolgte, alle serbischen Bevölkerungselemente in einem serbischen Großstaat zu vereinigen

4) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, Bd. II, aaO. S. 528 - 529, Dok. Nr. 941

phäre geschaffen, in der solche Explosionen des blinden Fanatismus allein möglich sind. In ihrem Lande und unter den Augen ihrer Behörden sind die Elemente großgezogen worden, die Serbien vor der ganzen gesitteten Welt bloßgestellt und auf eine Stufe wieder herabgedrückt haben wie der verabscheuungswürdige Königsmord des Jahres 1903. v. Griesinger" 4)

Und diese Atmosphäre geht auf die langjährig guten Beziehungen mit Rußland zurück, die Voraussetzung für die Zerschlagung der Türkenherrschaft auf dem Balkan sowie für die Selbständigkeit Serbiens waren.

Bekanntlich haben der Frieden zu San Stefano sowie der Berliner Kongreß im Jahre 1878 den ersten großen Einbruch in den jahrhundertelangen türkischen Besitzstand auf dem Balkan gebracht. Serbien, Montenegro und Rumänien wurden unabhängige Staaten. Bulgarien wurde tributpflichtiges Fürstentum gegenüber der Türkei und erst 1908 selbständiges Königreich. Der russische Gesandte Hartwig führte im Februar 1912 anläßlich des türkisch-italienischen Krieges ein Bündnis zwischen Serbien und Bulgarien herbei, dem sich Montenegro und Griechenland anschlossen. Dieser Balkanbund erklärte im Oktober 1912 der Türkei den Krieg und setzte ihrer Herrschaft auf dem Balkan ein Ende. Da die balkanischen Verhältnisse ohnehin nicht nach nationalstaatlichen Gesichtspunkten geordnet waren, ergaben sich für die Russen viele Ansatzpunkte, in Verfolg eigener Ziele die Balkanstaaten für sich einzuspannen.

So förderte die Aussicht auf die Unterstützung durch die russische Macht insbesondere bei den Serben immer intensiver den Wunsch nach Vergrößerung ihres Territoriums kraft staatlicher Vereinigung mit den sprachlich verwandten Völkerschaften in Bosnien und der Herzegowina. Diese waren indessen seit dem Berliner Kongreß 1878 mit Zustimmung der europäischen Großmächte in die Österreich-Ungarische Monarchie integriert worden.

Eine solche außenpolitische Interessenverzahnung — hier seitens Serbiens Territorialansprüche, dort seitens Rußlands weiterer Einfluß auf dem Balkan und vor allem dem Bosporus — führte bereits lange vor Ausbruch des Weltkrieges zu Sprachregelungen, die langfristig erheblichen Zündstoff angereichert haben. In der diplomatischen Korrespondenz zwischen Rußland und Serbien häuften sich die abfälligen Ausdrücke und Bemerkungen über die k. u. k. Monarchie, *) die verglichen wurde mit einem Menschen, der sich bereits in Agonie befinde, oder mit einem Geschwür, das in der nächsten Zeit aufgeschnitten werden müsse. So liegt ein Schreiben Sasonows an den russischen Gesandten Hartwig in Belgrad vom 6. Mai 1913 bei den russischen Akten:

"Ich fürchte sehr das Umsichgreifen der Enttäuschung bei den Serben über das Ergebnis ihrer jüngsten heroischen Anstrengungen. Bei diesem uns von allen Slawenvölkern sympathischsten Volke bildet sich anscheinend die Meinung heraus, daß es vom Schicksal verfolgt sei, daß sich Rußland ihm gegenüber teilnahmslos verhalte usw. Eine solche Stimmung ist äußerst gefährlich, und ich bitte Sie, Ihren ganzen Einfluß auf die serbische Regierung und die öffentliche Meinung anzuwenden, um sie zu zerstreuen. Zwischen Serbien und Bulgarien im Zusammenhang mit der neuen Lage auf dem Balkan vollen Parallelismus herzustellen, ist unmöglich, und es ist nicht möglich, daß die Serben dies nicht einsehen. Bulgarien hat durch seine Siege seine nationalen Ideale zur Gänze verwirklicht. Weitergehen kann es nicht, ohne in Konflikt mit viel mächtigeren Nachbarn zu geraten. Serbien aber hat erst das erste Stadium seines historischen Weges durchlaufen, und zur Erreichung seines Zieles muß es noch einen furchtbaren Kampf aushalten, bei dem seine ganze Existenz in Frage gestellt werden kann. Serbiens verheißenes Land liegt im Gebiete des heutigen Österreich-Ungarn und nicht dort, wohin es jetzt strebt, und wo auf seinem Wege die Bulgaren stehen. Unter diesen Umständen ist es ein Lebensinteresse Serbiens, einerseits die Bundesgenossenschaft mit Bulgarien zu erhalten, und andererseits sich in zäher und geduldiger Arbeit in den erforderlichen Grad der Bereitschaft für den in der Zukunft unausweichlichen Kampf zu versetzen. Die Zeit arbeitet für Serbien und zum Verderben seiner Feinde, die schon deutliche Zeichen der Zersetzung aufweisen.

Erklären Sie all dies den Serben! Ich höre von allen Seiten, daß, wenn irgendeine Stimme volle Wirkung in Belgrad haben kann, es die Ihre ist. Sagen Sie ihnen bei diesem Anlasse, daß wir ihre Interessen nicht aus den Augen verlieren, und sie in Bulgarien energisch unterstützen. Ein Bruch zwischen Bulgarien und Serbien aber ist ein Triumpf Österreichs. Seine Agonie (?!) würde dadurch um viele Jahre hinausgeschoben werden..." 5)

Am 13. Februar 1913 formulierte der serbische Gesandte in Petersburg in einem Bericht an das Ministerium des Äußeren in Belgrad:

"Im allgemeinen drückte er (Sasonow — d. Verf.) sich folgendermaßen aus:

'Rußland wird sich zwar mit allen Kräften bemühen, so viel als möglich von Albanien abzureißen, allein Rußland ist dabei nicht unmittelbar interessiert; Österreich-Ungarn aber betrachtet diesen Gegenstand als eine Lebensfrage, weil es durch die Schaffung eines großen Serbiens einen Mißerfolg (echec) erlitten hat. Prinz Hohenlohe sagte ihm, die Forderungen Österreichs seien zu drei Vierteln aus Rücksichten auf seine innere Politik diktiert. Rußland allein ist zwar viel stärker als Österreich, aber, an der Seite Österreichs steht noch Deutschland und sowohl Frankreich als England haben durch Iswolski und Benckendorff Rußland ernstlich ermahnt, in dieser ihnen gleichgültigen Frage den Frieden nicht aufs Spiel zu setzen. Rußland will daher keinen Krieg, und jedermann sträubt sich dagegen. Auf die Ansichten der *'Nowoje Wremja'* und auf die einzelner Leute darf man nicht hören. Sasonow rät daher, unsere jetzige vernünftige Haltung zu bewahren, und appelliert an Sie:

'Wenn Paschitsch demissionieren sollte und wenn eine unnachgiebige Regierung ans Ruder käme, das wäre Österreich gerade recht. Besser also, sich mit den gegenwärtigen großen Errungenschaften zufriedenzugeben, das neue Serbien zu

*) k. u. k. = kaiserliche (österreichische) und königliche (ungarische)

5) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO. Bd. II, S. 408 - 410, Dok. Nr. 807 — Gesperrtdruck vom Herausgeber M. Boghitschewitsch

organisieren, um dann später, wenn die Zeit gekommen sein wird, das österreich-ungarische Geschwür aufzuschneiden, welches heute noch nicht so reif ist wie das türkische. Eine Nation, die so hervorragende Eigenschaften gezeigt hat wie die serbische, muß siegen.'

Das sind Sasonows Worte als Antwort auf meine Ausführungen auf Grund Ihres Telegramms Pov. br. 214..." [6]

In diesem Zusammenhang verdient auch die später noch zu erörternde Unterredung zwischen dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch und dem Zaren am 2. Februar 1914 Beachtung. Der Zar erwähnte, er hätte nur seine slawische Pflicht erfüllt, als er während der ganzen Zeit der Balkankrise (1912 - 1913) seine Armee an der österreichischen Grenze aufmarschieren ließ, um die Befreiung der Balkanstaaten nicht durch die k. u. k. Monarchie hindern zu lassen. Der Zar wies auf die mögliche Entwicklung hin, Bulgarien mit einigem territorialen Zuwachs dahingehend beeinflussen zu können, daß es "bei der Lösung der serbisch-kroatischen Frage behilflich sein" würde. "Lösung der serbisch-kroatischen Frage" hieß jedoch ein Herausbrechen von Bosnien und der Herzegowina aus der Österreichisch-Ungarischen Monarchie. Paschitsch brachte daraufhin "den Umschwung bei den Slowenen in Österreich-Ungarn" zur Sprache, "die jetzt einsehen, daß ihnen dieses Heil nur von Rußland oder Serbien kommen könne, und daß sie die Gelegenheit kaum erwarten können, ihre Wünsche erfüllt zu sehen."

"Und dann sagte ich ihm (Paschitsch dem Zaren, — d. Verf.), daß wie viele Gewehre wir haben werden, so viele Soldaten werden wir aus jenen Ländern bekommen. ...

Dann fragte er, wieviel Soldaten Serbien jetzt aufstellen könne. Serbien hat, sagte der Zar, die Welt damit überrascht, daß es 400.000 Mann marschieren ließ. Ich antwortete: Wir glauben, eine halbe Million gut bekleideter und bewaffneter Soldaten aufstellen zu können.

'Das ist genügend, das ist keine Kleinigkeit, damit kann man viel ausrichten.' ....

Sodann sprachen wir von anderen Dingen , nachdem ich gesagt hatte:

'Wenn es uns beschieden sein sollte, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen, und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen, serbisch-kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen.'

Der Zar hörte meine Worte mit sichtlicher Freude an. ...

'Für Serbien werden wir alles tun, grüßen Sie den König und sagen Sie ihm: Für Serbien werden wir alles tun.' " [7]

Daß die Doppelmonarchie reformbedürftig und eine rechtliche Gleichstellung der zahlreichen Völkerschaften erforderlich geworden war, hatte niemand besser erkannt, als der Thronfolger Franz-Ferdinand. Er setzte sich für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Vielvölkerstaat und für eine größere Autonomie der fremdvölkischen Staatsgebiete ein, was sich vornehmlich auf die serbisch-kroatischen wie auf die böhmisch-mährischen Gebietsteile bezog. Franz-Ferdinand plante sogar ein gesondertes Königreich Illyrien. — Doch gerade diese Reform von Wien aus war den "Großserben" höchst unwillkommen. Ihre Machtträume sahen Anderes vor: Führung, Machtstärkung und territoriale Ausdehnung von Belgrad aus.

Professor Diwald ergänzt:

"Der serbische Ministerpräsident Nikolaj Paschitsch hat den politischen Leitsatz formuliert:

'Der einzige Daseinszweck Serbiens besteht darin, die südslawischen Provinzen von Österreich-Ungarn loszureißen.'

In einer Denkschrift hat er detaillierte Vorschläge entwickelt, wie man die österreichisch-ungarische Verwaltung in Bosnien 'diskreditieren und die Unzufriedenheit der Bevölkerung systematisch nähren' könne.

Wenn Österreich-Ungarn wirklich Wert darauf lege, mit Serbien in Frieden zu leben, dann müsse es den Anspruch aufgeben, eine Großmacht zu sein." [8]

Am 21.7.1914 unterrichtete der österreichische Gesandte in Belgrad, Frhr. v. Giesl, seinen Außenminister Graf Berchtold über die Lage in Serbien:

" .... Ich stelle es als bekanntes Axiom hin, daß die Politik Serbiens auf die Abtrennung der von Südslawen bewohnten Gebiete und in weiterer Folge auf die Vernichtung der Monarchie als Großmacht aufgebaut ist und nur dieses eine Ziel kennt.

Niemand, der auch nur acht Tage in dem hiesigen politischen Milieu zu leben und zu wirken bemüßigt sei, wird sich dieser Wahrheit verschließen.

Infolge der jüngsten Ereignisse, welche die hiesigen politischen Stimmungen beeinflussen, und dazu rechne ich das Attentat in Sarajewo, den Tod Hartwigs und die Wahlkampagne, hat sich der Haß gegen die Monarchie noch vertieft.

Das Attentat in Sarajewo hat den Serben den bevorstehenden Zerfall der habsburgischen Staaten — auf welchen man schon früher seine Hoffnungen setzte — als in kürzester Zeit zu erwarten, den Abfall der von Südslawen bewohnten Gebiete der Monarchie, die Revolution in Bosnien-Herzegowina und die Unverläßlichkeit der slawischen Regimenter — als feststehende Tatsachen vorgegaukelt und brachte System und scheinbare Berechtigung in ihren nationalistischen Wahnsinn.

Das so verhaßte Österreich-Ungarn erscheint den Serben nunmehr ohnmächtig und kaum mehr würdig, einen Krieg mit ihm zu führen — zum Hasse gesellt sich die Verachtung —; es fällt ohne Mühe als zermürbter Körper in den Schoß des in naher Zukunft zu verwirklichenden großserbischen Reiches.

Blätter, welche nicht zu den allerextremsten gehören, besprechen in täglichen Artikeln die Ohnmacht und den Zerfall der Nachbarmonarchie und beschimpfen ohne Scheu und Furcht vor Ahndung ihre Organe. Sie machen selbst vor der erhabenen Person unseres Herrschers nicht Halt. Sogar das Regierungsorgan weist auf die Zustände in Österreich-Ungarn als auf die einzigen Ursachen des fluchwürdigen Verbrechens hin. Die Furcht vor Verantwortung besteht nicht mehr. Das serbische Volk wird seit Jahrzehnten durch die Presse erzogen, und die jeweilige Politik hängt von der Parteipresse ab; eine Frucht dieser Erziehung ist die großserbische Propaganda und ihre abscheuliche Ausgeburt, das Attentat vom 28. Juni.

6) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO. Bd. I, S. 299, Dok. Nr. 276

7) ebenda Bd. I, S. 414 - 421, Dok. Nr. 399

8) Hellmut Diwald, "Geschichte der Deutschen", Propyläen-Verlag, o. J. + Ort, S. 251

Ich übergehe die an Wahnwitz streifenden, von der *'Times'* als 'tobsüchtig' bezeichneten Anklagen und Verdächtigungen anläßlich des Todes Hartwigs, überhaupt die lügenhafte Preßkampagne, welche aber die Serben in der Überzeugung bestärken dürfte, daß die Regierung und die Vertreter Österreich-Ungarns vogelfrei sind, und Bezeichnungen wie Mörder, Lump, infamer Österreicher usw. für uns als schmückende Beiwörter gelten müssen.

Der Tod Hartwigs hat in der Erkenntnis der Schwere dieses Verlustes in der serbischen politischen Welt einen fanatischen Kultus des Verstorbenen ausgelöst, und man ließ sich dabei nicht allein von der Dankbarkeit für die Vergangenheit, sondern auch von der Sorge um die Zukunft leiten und überbot sich in slawischer Unterwürfigkeit vor Rußland, um sich dessen Wohlwollen für kommende Zeiten zu sichern.

Als dritter Faktor vereinigt die Wahlkampagne alle Parteien auf der Plattform der Feindseligkeiten gegen Österreich-Ungarn. Keine der auf Regierungsgewalt aspirierenden Parteien will in den Verdacht kommen, eines schwächlichen Nachgebens gegenüber der Monarchie für fähig gehalten zu werden. So wird die Wahlkampagne unter dem Schlagworte der Bekämpfung Österreich-Ungarns geführt.



Der russische Zar Nikolaus II. nach seiner Gefangennahme durch die Bolschewiki 1917 kurz vor seiner Erschießung (seine gesamte Familie wurde erschossen)

Man hält die Monarchie aus inneren und äußeren Gründen für ohnmächtig, zu jeder energischen Aktion unfähig und glaubt, daß die ernsten Worte, die schon an maßgebenden Stellen bei uns gesprochen worden sind, nur Bluff seien. ..." [9]

Daß sich nicht nur die Serben und Russen über das außenpolitische Veränderungsstreben der Belgrader Führungskreise, ihrer Publizistik und der dortigen Geheimorganisationen im klaren waren, sondern auch die westliche Diplomatie vor Ausbruch des Weltkrieges, beweist u.a. ein Telegramm des britischen Botschafters M. de Bunsen aus Wien an seinen Außenminister Edward Grey in London vom 29. Juli 1914, wobei nicht die drei Anfangssätze wesentlich sind, die im britischen Blaubuch von 1914 unter der Nr. 79 veröffentlicht worden sind, sondern der hier nachfolgende vertrauliche Absatz, der in jenem Blaubuch offensichtlich nicht ohne Grund unterschlagen worden ist:

"…. Vertraulich.

Französischer Botschafter berichtet seiner Regierung, daß ihn Geständnisse des serbischen Gesandten [10]) mit dem er bis zu dessen Abreise am 26. Juli in enger Fühlung war, überzeugt haben, Zustand wachsender Gärung in südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie sei derart, daß österreichisch-ungarische Regierung genötigt gewesen wäre, sich entweder in Lostrennung dieser Provinzen zu fügen, oder eine verzweifelte Anstrengung zu machen, um sich die Provinzen dadurch zu erhalten, daß sie Serbien als Machtfaktor ausschalte. Serbischer Gesandter äußerte immer, die Zeit arbeite für Serbien, und er sagte französischem Botschafter, südslawische Provinzen wären innerhalb drei Jahren bereit, ohne daß Serbien auch nur den kleinen Finger zu rühren brauche. Österreich-Ungarn merkte, daß es nicht länger warten konnte, und entschloß sich zum Kriege, von dem es jetzt anscheinend nichts mehr abzuhalten vermag. Nach Ansicht französischen Botschafters geht daraus hervor, daß Konflikt nicht Folge deutscher Anstiftung ist; auch gehe nicht unbedingt daraus hervor, daß Deutschland europäischen Krieg wünscht, wie viele in Frankreich glauben. [11])

(Gleichlautend an Botschafter)" [12])

Der serbische Ministerpräsident Paschitsch beurteilte die außenpolitische Lage Serbiens in einem Schreiben an seinen Generalstabschef Putnik am 31.7.1914, also kurz nach Vorliegen der österreichischen Kriegserklärung, wie folgt:

"…. Die Entwicklung der Ereignisse im austro-serbischen Konflikt hängt hauptsächlich von der Haltung Rußlands ab.

Rußland erklärte, daß es sich vor allem bemühen werde, die Frage auf friedlichem Wege zu lösen. Sollten die österreichischen Truppen die Grenzen Serbiens überschreiten, so wäre es genötigt, zum Schutze Serbiens einzugreifen.

9) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO., Bd. II, S. 542 - 543 Dok. Nr. 955

10) Jowanowitsch

11) Im britischen Blaubuch von 1914 ist dieser Bericht unter Nr. 79 übernommen, doch der hier abgedruckte Absatz ist im Blaubuch weggelassen worden.

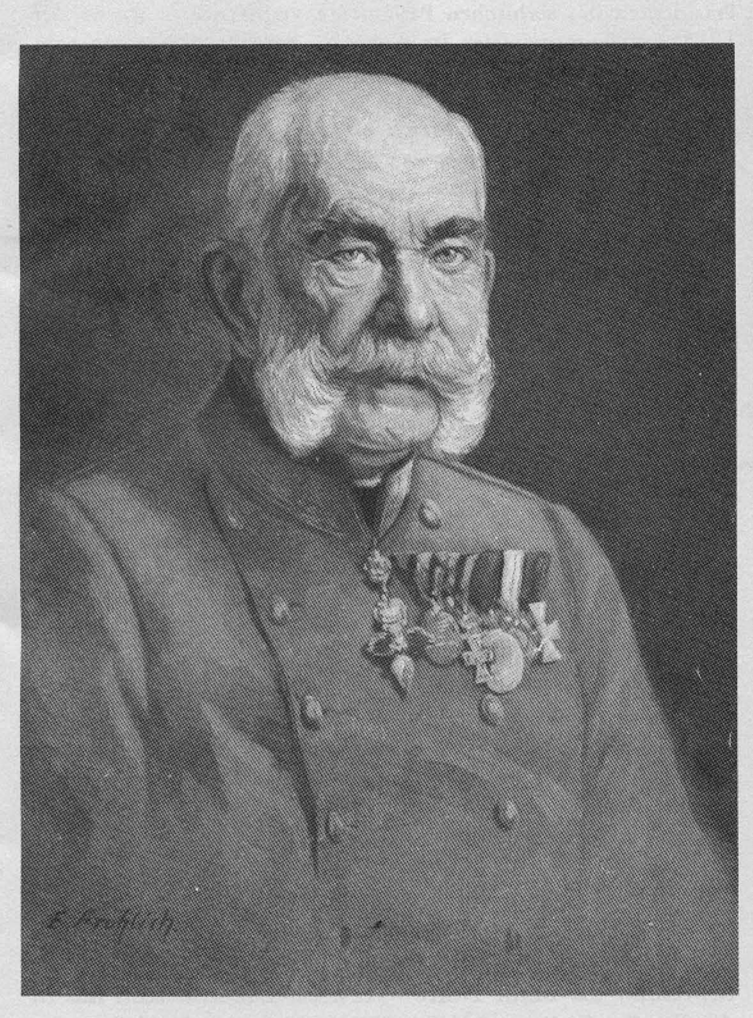
12) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO. Bd. II, S. 560, Dok. Nr. 972

Die Berichte unseres Petersburger Gesandten besagen, daß Rußland jetzt zu dem Zwecke unterhandelt und die Verhandlungen in die Länge zieht, um für die Mobilmachung und Konzentrierung seines Heeres Zeit zu gewinnen. Wenn es damit fertig ist, wird es Österreich den Krieg erklären.

Der Mobilmachungsbefehl (nach der ersten Nachricht für 13 Korps und nach der zweiten für 23 Militärbezirke) ist gegenüber der österreichischen Grenze bereits veröffentlicht. Die Armee, welche für den Kampf gegen Deutschland bestimmt ist, hat noch nicht mobilisiert, weil man Deutschland nicht herauszufordern wünscht. – Man glaubt noch, den allgemeinen Krieg vermeiden zu können, der ganz Europa hineinziehen würde, weshalb auch Rußland seine Haltung so einrichtet, um nur mit Österreich Krieg zu führen. Man rechnet aber auch mit der Möglichkeit, daß Deutschland gezwungen wird, in den Krieg zur Verteidigung Österreichs einzutreten, weshalb Rußland im geheimen auch Maßnahmen für die Mobilmachung gegen Deutschland trifft. Der russische Zar schrieb dem Thronfolger und sagte in dem Briefe u.a., daß Rußland unter gar keinen Umständen Serbien im Stiche lassen werde. Man wünscht den Streitfall oder Konflikt auf friedlichem Wege, ohne Blutvergießen, zu schlichten, jedoch unter der Wahrung der Würde Serbiens. Sollten diese Versuche scheitern, so werde es um das Schicksal Serbiens Sorge tragen. Da wir jetzt ohne Geld dastehen, so haben wir um Unterstützung gebeten, und heute haben wir die Depesche erhalten, daß uns zwanzig Millionen zur Verfügung stehen.

Meines Erachtens und nach meiner Beurteilung der politischen Situation kann der europäische Krieg nur durch sehr große Opfer seitens Österreichs vermieden werden, aber es besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß sich Österreich zurückziehen und auf einen Ausgleich eingehen wird.

Deutschland, das zu Anfang fest zu Österreich stand (solange es noch glaubte, daß sich Rußland nicht einmischen werde), ist wankend geworden und wandte sich mit der Vorstellung, daß ein friedlicher Ausweg gesucht werden solle, an Rußland, denn es wünsche keinen Krieg. Vielleicht versucht Deutschland diesen Schritt nur zu dem Zwecke, um seinem Volk den Beweis zu liefern, wie sehr es sich um die Erhaltung des Friedens bemüht habe, und ihm dies nicht gelungen sei. – Wie man diesen Schritt deuten mag, so hat man doch den Eindruck, daß es mit Österreich unzufrieden sei, dieses jedoch unterstützen muß, weil nach einer Niederlage Österreichs auch seine Position wesentlich geschwächt sein würde. ..." 13)



Franz Joseph I., Kaiser von Österreich
und apostolischer König von Ungarn



Kaiser Wilhelm II.,
Deutschlands oberster Kriegsherr in Felduniform

13) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO. Bd. I, S. 435 - 436, Dok. Nr. 416

Das Attentat

Trotz zahlreicher — selbst vom serbischen Gesandten aus eigener Initiative (ohne Auftrag) stammender — Warnungen hatte sich Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gattin zu den Manövern der in Bosnien stationierten 2 Armeekorps begeben und stattete anschließend am 28.6.1914 der Stadt Sarajewo einen offiziellen Besuch ab. Allseits war anerkannt, daß in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie Franz-Ferdinand der einzige führende Mann war, dem eine Aussöhnung der zahlreichen Völkerschaften dieses Vielvölkerstaates hätte zugetraut werden können und dessen außenpolitisches Ziel ein Dreikaiserbündnis zwischen Wien - Berlin - Petersburg als Garant für die Sicherung des europäischen Friedens war.

Acht junge, aus Belgrad eingeschleuste Bosniaken warteten, verteilt an verschiedenen Positionen der bekannten Fahrtroute auf die Attentatsgelegenheit. Ein erster Versuch scheiterte, der Pistolenschütze (Student) Princip traf. Die Waffen stammten aus Serbien. Ein serbischer Zollbeamter hatte die Attentäter einschließlich ihrer Waffen über die Grenze gebracht, ein bosnischer Lehrer, Danilo Ilitsch, sie in Sarajewo aufgenommen. Die großserbische Geheimgesellschaft "Schwarze Hand", deren Ziel die Vereinigung aller Serben in einem großen Nationalstaat war und die unter Leitung eines Obersten im serbischen Generalstab, Dimitrjewitsch, stand, hatte die Attentatspläne entworfen und die Mittel zur Verfügung gestellt.

Die serbische Presse kommentierte das Verbrechen mit unverhüllter Freude, was in Österreich starke Empörung auslöste. Die österreichische Regierung hat recht rasch die Zusammenhänge, die zum Attentat geführt haben, ermittelt. Zunächst war keine Mitwisserschaft der serbischen Regierung nachzuweisen. Jedoch die Tatsache, daß die Belgrader Behörden vom 28.6. bis zum 23.7. keinerlei eigene Untersuchungen angestellt und Verhaftungen vorgenommen, auch keinerlei Erklärungen abgegeben haben, ja sogar den von Österreich ermittelten verantwortlichen Mittäter Dschiganovitsch haben entkommen lassen (er war in Wirklichkeit der Verbindungsmann zwischen dem serbischen Ministerpräsidenten Paschitsch und den Verschwörern, was man damals allerdings noch nicht wußte), sowie die Haltung der serbischen Presse hatten den Verdacht bestärkt, daß die serbische Regierung d o c h zeitig unterrichtet und das Attentat von ihr, wenn auch nicht direkt veranlaßt, so doch gebilligt worden war. Nach Beendigung des Krieges ist dieser damalige Verdacht bestätigt worden. Das serbische Kabinett, insbesondere Ministerpräsident Paschitsch und Innenminister Stojan Protitsch, war in die geheimen Vorbereitungen eingeweiht gewesen.

Der britische Lord Arthur Ponsonby, ein hervorragender Exponent der Labourparty, verwies 1928 in seinem Buch "Lügen im Kriege" auf die beachtenswerte Veröffentlichung eines führenden serbischen "Insiders":

> "Die Enthüllungen über die Mitschuld der serbischen Regierung an dem Verbrechen erschienen erst 1924, als unter dem Titel 'Nach Vidovdan, 1914' ein Artikel von Ljuba Jowanowitsch, dem Präsidenten des serbischen Parlaments, veröffentlicht wurde, der 1914 Erziehungsminister im Kabinett Paschitsch gewesen war. Einige Auszüge aus diesem Artikel, die von Bedeutung sind, mögen wiedergegeben werden.
>
> 'Ich erinnere mich nicht, ob es Ende Mai oder Anfang Juni war, als Paschitsch uns eines Tages mitteilte, daß gewisse Personen Vorbereitungen träfen, nach Sarajewo zu fahren, um Franz Ferdinand zu töten, der dort zu Vidovdan (Sonntag, den 28. Juni) erwartet wurde. So viel sagte er uns anderen, aber er handelte in der Angelegenheit weiterhin nur mit Stojan Protitsch, dem Innenminister. Wie sie mir nachher sagten, wurde das Attentat von einer geheim organisierten Gruppe von Männern und den Vereinen patriotischer Studenten von Bosnien und Herzegowina in Belgrad vorbereitet. Paschitsch und wir anderen sagten (und Stojan Protitsch stimmte dem zu), daß er, Stojan, die Behörden an der Drina-Grenze anweisen sollte, den Grenzübertritt der jungen Leute, die Belgrad zu diesem Zweck verlassen hatten, zu verhindern. Aber diese Grenzbehörden waren selbst Mitglieder der Organisation, führten Stojans Befehl nicht aus und sagten ihm, was er uns nachher mitteilte, daß der Befehl zu spät gekommen wäre, da die jungen Leute die Grenze schon überschritten hätten. So mißlang der Versuch der Regierung, die vorbereitete Gewalttat zu verhüten.'
>
> Das beweist klar und deutlich, daß das ganze Kabinett einige Zeit, bevor der Mord stattfand, von dem Anschlag wußte; daß der Premierminister und der Innenminister wußten, in welchen Gesellschaften er vorbereitet worden war; daß die Grenzwache stark hineinverwickelt war und unter dem Befehl derjenigen arbeitete, die das Verbrechen vorbereiteten." 14)

Gleiches bestätigte der britische Historiker E.D. Morel, indem er auf das in Lausanne (Schweiz) 1920 erschienene Buch des serbischen Kommandanten Lazarewitsch "La Main Noire" verwies. Lazarewitsch hat in diesem Buch die serbische Geheimorganisation "Schwarze Hand" analysiert und dargetan, daß die führenden

14) Arthur Ponsonby, "Lügen im Kriege", London 1928, deutsche Ausgabe Berlin o. J., S. 41 - 47

serbischen Staatsmänner — so auch Prinz Alexander und Ministerpräsident Paschitsch — Mitglieder dieser Geheimorganisation gewesen sind, von dem Mordanschlag gegen das österreichische Thronfolgerehepaar zeitig gewußt, es begrüßt und auch die Befürwortung seitens der russischen Diplomatie erhalten haben. Wörtlich schreibt er:

"Durch diesen neuen Mord hofften sie, ihre Macht im Lande noch weiter zu verstärken. Sie rechneten auch mit dem Ausbruch schwerer Unruhen in Bosnien, die das Vorspiel eines Angriffs auf Österreich gewesen wären und den Triumph der serbischen Aspirationen beschleunigt hätten." 15)

Joseph war 84 Jahre alt, der mäßigende Thronfolger beseitigt) beschlossen, das Attentat von Sarajewo für eine energische Aktion gegen Serbien zu nutzen. Befürchtete er doch, daß eine weitere Duldung großserbischer Aktivitäten in Serbien nach dieser Herausforderung Ruhe und Sicherheit, ja den Bestand der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gefährden.

Arthur Ponsonby folgerte:

"Daß die österreichische Regierung zu der Einsicht kommen mußte, daß eine Weigerung, entweder Ciganovic zu finden oder anderen zu gestatten, ihn zu suchen, eine Schuld auf seiten der serbischen Regierung bedeutete und daß sie darum den Krieg erklärte, ist nicht verwunderlich." 14)



Leopold Graf Berchtold, österr.-ungar. Außenminister



Frhr. Conrad v. Hötzendorf, österr.-ungar. Generalstabschef



Erzherzog Franz Ferdinand im Kreise seiner Familie

Wien ermittelte zunächst von Bosnien aus und belastete auf Grund der gewonnenen Erkenntnisse die serbische Regierung mit der moralischen Verantwortung, da sie grenzübergreifende nationalistische Propaganda, Organisationen mit großserbischer Zielsetzung erlaube, nicht wirksam gegen Beamte einschreite, die sich in diesem, das friedliche Zusammenleben mit Österreich-Ungarn störenden Sinne betätigten und so den Nährboden für die begangene Bluttat begünstige.

In der zweiten Hälfte des Juli, als Belgrad sich weigerte, österreichische Beamte bei den Fahndungsmaßnahmen in Serbien gegen den flüchtigen Dschiganovitsch zu beteiligen, hat Außenminister Berchtold mit seinen Beratern im Wiener Auswärtigen Amt und mit Militärkreisen um Conrad von Hötzendorf übereilt und ohne jegliche anderweitige Absprachen (Kaiser Franz

15) E.D. Morel, "Truth and the War", London 1916, in deutscher Übersetzung herausgegeben von Hermann Lutz unter dem Titel: "Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege", Berlin 1920, S. 266 + 238

An zeitigen und zahlreichen Warnungen — auch deutscherseits — an einem unüberlegten, zu harten Kurs Berchtolds sollte es nicht fehlen. Selbst Kaiser Franz Joseph setzte sich anfangs für eine friedliche Lösung ein, änderte jedoch später resignierend seine Meinung.

Am 4.7. entsandte Berchtold seinen Kabinettchef Hoyos mit einer Denkschrift nach Berlin, um erkunden zu lassen, ob Deutschland seinen Verbündeten Österreich-Ungarn bei dem Versuch, Wiens Einfluß auf dem Balkan verstärkt zur Geltung zu bringen, auch um Bulgarien, Rumänien und die Türkei nicht in den russischen Machtbereich abgleiten zu lassen, gegen ein eventuelles Eingreifen Rußlands zu stärken bereit sei.

Kaiser Wilhelm II., bereits mit den Vorbereitungen für seine Norwegen-Reise an Bord der "Hohenzollern" befaßt, bemerkte, daß das österreichische Programm "eine ernste europäische Komplikation" befürchten lasse, es aber "nicht unseres Amtes sei, dem Bundesgenossen zu raten, was auf die Sarajewoer Bluttat zu tun sei. Darüber müsse Wien selbst befinden, wolle man doch

diesen Konflikt nicht international ausweiten." Immerhin könne man in Wien "auch in diesem Fall auf die volle Unterstützung Deutschlands rechnen".

Weder der Kaiser noch Reichskanzler Bethmann-Hollweg konterten mit der präzisen Frage, was Österreich-Ungarn denn eigentlich gegen Serbien zu unternehmen gedenke, — eine verhängnisvolle Unterlassung. War es monarchisches Solidaritätsverhalten, war es bis dahin sicherlich nicht unbegründetes Vertrauen in die Staatskunst der Doppelmonarchie, war es einfach Unbekümmertheit oder auch nur die Hektik der verbliebenen Zeit zur Abreise oder auch politisches Unvermögen? Alles dies wird mitgewirkt haben. — Einen Blankoscheck für ein kriegerisches Unternehmen, in das womöglich noch Rußland hineingezogen würde, hiermit an Wien erteilt zu haben, dessen waren sich weder Kaiser Wilhelm noch Bethmann-Hollweg bewußt, dafür fehlten jedwede militär-politischen Erwägungen.

Am 6.7. trat Kaiser Wilhelm II. seine Nordlandreise an (erst am 27.7. kehrte er zurück), Großadmiral v. Tirpitz war und blieb im Urlaub in der Schweiz, Generalstabschef v. Moltke sowie Kriegsminister v. Falkenhayn fuhren Anfang Juli in Urlaub, keinerlei politische oder militärische Initiativen wurden in Berlin ergriffen.

Dennoch war es eine verhängnisvolle Unterlassung, die auch solange nicht reguliert wurde, bis Wien durch Schaffen neuer Fakten, die ihrerseits unerwartete Reaktionen Anderer auslösten, Verhältnisse einleitete, die in Berlin ein "zu spät" erkennen ließen, weil bereits als nur noch verbliebener Ausweg die Preisgabe des einzigen Verbündeten gefordert war. Dies wiederum schien aus Gründen des machtpolitischen Umfeldes in Europa gleichbedeutend mit der Preisgabe der eigenen staatlichen Existenzsicherheit.

Man hatte in Berlin — durch Untätigkeit, Sorglosigkeit, nicht etwa durch Anspornen oder aggressive Zielsetzung! — eine Entwicklung reifen lassen, ohne darauf Einfluß zu nehmen, die jedoch für das Reich größte Gefahren brachte. Man hatte sich auch nicht bewußt gemacht, welche internationalen Kettenreaktionen Rußlands Erscheinen auf dem Kampffeld bei den übrigen europäischen Großmächten auslösen mochte. Denn daß zu diesem Zeitpunkt der Zar in Petrograd (Petersburg) bereits die Blankoschecks von Großbritannien auf dem Umweg über die "Entente cordiale" mit Frankreich und auch von Frankreich mittels eines direkten Bündnisses und entsprechender Geheimabsprachen in der Tasche hatte, war für Berlin überraschend.

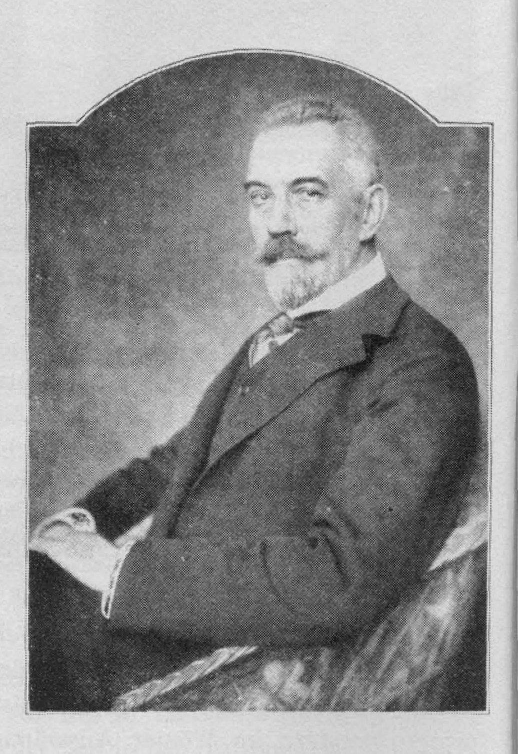
Und die Lenker der österreichischen Geschicke tappten noch unbedarfter in das Verhängnis. Sie verständigten nicht einmal den italienischen Verbündeten über ihre gegen Serbien beabsichtigten Schritte, so daß sich Rom berechtigt den Bündnisverpflichtungen entziehen konnte.



Generalleutnant Erich v. Falkenhayn, preußischer Kriegsminister



Großadmiral v. Tirpitz, Staatssekretär des deutschen Reichsmarineamtes



Reichskanzler Bethmann-Hollweg

Österreich–Ungarn

Mehr als 3 Wochen nach dem Attentat in Sarajewo — am 24.7. —, zeitlich unverständlich und inhaltlich nahezu unannehmbar, überraschte Wien die Welt — und somit auch Deutschland — mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien, — trotz des bereits Mitte Juli aus Berlin in Wien eingetroffenen dringenden Rates, auf die Annektion serbischer Gebiete unbedingt zu verzichten.

Inhalt: Das Attentat sei in Belgrad vorbereitet worden und ein Ergebnis der von der serbischen Regierung gebilligten Propaganda. In elf Forderungen bestehe die österreichisch-ungarische Regierung auf Abstellung derartiger Umtriebe. Hierzu gehöre: Die serbische Regierung sollte sich in einer wörtlich vorgeschriebenen Erklärung von der südslawischen Bewegung per Amtsblatt-Publikation sowie Armeebefehl lossagen, entsprechende Organisationen auflösen, Propaganda gegen die Doppelmonarchie unterbinden, vor allem auch im Schulbereich, diesbezüglich hervorgetretene Beamte entlassen und österreichisch-ungarische Organe sowohl an der Überwachung dieser Maßnahmen als auch bei der Untersuchung der Mitschuldigen am Atttentat in Belgrad beteiligen. Zur Beantwortung wurde eine Frist von 48 Stunden, bis 25.7., 18 Uhr gesetzt.

Baron v. Giesl erhielt Anweisung, sich auf keinerlei Verhandlungen einzulassen, und mit dem Gesandtschaftspersonal unverzüglich Belgrad zu verlassen, falls das Ultimatum nicht vorbehaltlos angenommen würde.

Zeitpunkt, Text und Fristsetzung brüskierten die Staatenwelt Europas. Die Diplomatie der Reichsregierung war betroffen, riet zur Mäßigung, vermied jedoch den Eindruck eines Eingriffes in die Souveränität Österreich-Ungarns und stellte das Bündnis nicht in Frage. Die russische, britische und französische Diplomatie riet offiziell Serbien zur Mäßigung bzw. zu einem Appell an die Großmächte.

Zweifellos gehört zur Erklärung dieses Vorgehens der k. u. k. Monarchie die umfassende Vorgeschichte der balkanischen Verhältnisse, die sowohl einen innenpolitisch-reformerischen Charakter trugen als auch einen auf den Sturz des Vielvölkerstaates abzielenden. Doch die Völker draußen in der Welt wußten davon nichts, sondern reagierten nur auf kurzgefaßte Schlagzeilen, vornehmlich der Presse. Der österreichische Außenminister Graf Berchtold gab am 25. Juli seinem Botschafter in Petersburg Anweisung, der russischen Regierung sein Handeln wie folgt zu erklären:

Wien 25. Juli 1914.

"In dem Augenblick, wo wir uns zu einem ernsten Vorgehen gegen Serbien entschlossen haben, sind wir uns natürlich auch der Möglichkeit eines sich aus der serbischen Differenz entwickelnden Zusammenstoßes mit Rußland bewußt gewesen. Wir konnten uns aber durch diese Eventualität nicht in unserer Stellungnahme gegenüber Serbien beirren lassen, weil grundlegende staatspolitische Konsiderationen uns vor die Notwendigkeit stellten, der Situation ein Ende zu machen, *daß ein russischer Freibrief Serbien die dauernde, ungestrafte und unstrafbare Bedrohung der Monarchie ermögliche*.

Für den Fall, als Rußland den Moment für die große Abrechnung mit den europäischen Zentralmächten bereits für gekommen erachten sollte und daher von vornherein zum Krieg entschlossen wäre, erscheint allerdings nachstehende Instruierung Euer Exzellenz überflüssig.

Es wäre aber immerhin denkbar, daß Rußland, nach der eventuellen Ablehnung unserer Forderungen durch Serbien und angesichts der sich für uns ergebenden Notwendigkeit eines bewaffneten Vorgehens, mit sich selbst zu Rate ginge und daß es sogar gewillt sein könnte, sich von den kriegslustigen Elementen nicht mitreißen zu lassen.

Dieser Situation sind die nachfolgenden Darlegungen angepaßt, die Euer Exzellenz im gegebenen Moment und in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise und nach der von Ihnen zu ermessenden Opportunität bei Herrn Sasonow und dem Herrn Ministerpräsidenten verwerten wollen:

Ich setze im allgemeinen voraus, daß Euer Exzellenz unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein enges Einvernehmen mit Ihrem deutschen Kollegen hergestellt haben, der seitens seiner Regierung gewiß beauftragt worden sein dürfte, der russischen Regierung keinen Zweifel darüber zu lassen, daß Österreich-Ungarn im Falle eines Konfliktes mit Rußland nicht allein stehen würde.

Darüber gebe ich mich keiner Illusion hin, daß es nicht leicht sein wird, für unseren unvermeidlich gewordenen Schritt in Belgrad bei Herrn Sasonow Verständnis zu finden.

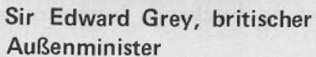
Es gibt aber ein Moment, das seinen Eindruck auf den russischen Minister des Äußeren nicht verfehlen kann und das ist die Betonung des Umstandes, daß die österreichisch-ungarische Monarchie, dem von ihr seit Jahrzehnten festgehaltenen Grundsatz entsprechend, auch in der gegenwärtigen Krise und bei der bewaffneten Austragung des Gegensatzes zu Serbien keinerlei eigennützige Motive verfolgt.

Die Monarchie ist territorial saturiert und trägt nach serbischem Besitz kein Verlangen. Wenn der Kampf mit Serbien uns aufgezwungen wird, so wird dies für uns kein Kampf um territorialen Gewinn, sondern lediglich ein Mittel der Selbstverteidigung und Selbsterhaltung sein.

Der Inhalt des Zirkularerlasses, der an sich schon beredt genug ist, wird in das rechte Licht gerückt durch das Dossier über die serbische Propaganda gegen die Monarchie und die Zusammenhänge, die zwischen dieser Propaganda und dem Attentat vom 28. Juni bestehen.

Auf dieses Dossier wollen Euer Exzellenz die Aufmerksamkeit des Herrn russischen Ministers ganz speziell lenken und dartun, es





Sir Edward Grey, britischer Außenminister

Georg V., König von Großbritannien und Irland



H.H. Asquith, britischer Premierminister

sei eine in der Geschichte singuläre Erscheinung, daß eine Großmacht die aufrührerischen Umtriebe eines angrenzenden kleinen Staates durch so lange Zeit mit so beispielloser Langmut geduldet hätte wie Österreich-Ungarn jene Serbiens. ..." 16)

Rußland wußte somit zeitig, daß Österreich keinen Territorialgewinn erzielen wollte und vornehmlich gegenüber Rußland schon gar keine Aspirationen hegte. Doch der russische Ministerrat hatte bereits die ersten Mobilmachungsmaßnahmen am 24.7. beschlossen.

An diesem 25. Juli lief das Ultimatum an Serbien aus.

Die serbische Regierung erteilte zeitgerecht Antwort und zwar in einer allseits als außerordentlich geschickt anerkannten Form: Eine Einschränkung der Pressefreiheit bedürfe einer Verfassungsänderung, die beschuldigten Vereine würden aufgelöst, Mitwirkung österreichischer Beamter bei den polizeilichen Nachforschungen sowie Maßnahmen zur Unterbindung subversiver Umtriebe seien im Rahmen völkerrechtlicher Normen für gutnachbarliche Beziehungen möglich; im übrigen möge Wien konkrete Belege für feindselige Handlungen serbischer Offiziere und Beamter benennen und weitere Zweifelsfragen zur Regelung den Großmächten oder dem Internationalen Gerichtshof im Haag vorlegen. — Verhängnisvoll wiederum war jedoch, daß Serbien bereits eine Stunde vor Überreichung dieser sehr geschickten und daher weitere diplomatische Regelungen eröffnenden Antwort die allgemeine Mobilmachung angeordnet hatte.

Da bei allen Großmächten der damaligen Zeit Mobilmachung als gleichrangig mit Kriegserklärung galt, wurde auch in Wien sofort die überreichte Antwort als wertloses, weil gar nicht ernst gemeintes diplomatisches Papier betrachtet, ganz gleich, wie auch sein Inhalt sei. Die Mobilisierung Serbiens — zumindest zu diesem Zeitpunkt — war militärisch auch völlig sinnlos, da Serbien mit oder ohne Mobilisierung der machtpolitischen Ausgangslage Österreich-Ungarns ohnehin aussichtslos unterlegen war, — sofern es allein stand.

Der österreichische Gesandte verließ nach der Antwort Belgrads unverzüglich die serbische Hauptstadt. Die diplomatischen Beziehungen waren abgebrochen.

Erst drei Tage später erhielt Berlin den serbischen Text aus Wien, doch war dieser bereits via Belgrad vorher schon in der Reichskanzlei eingetroffen. Es war der 27.7., der Tag, als Kaiser Wilhelm II. abends von seiner Nordlandreise in Berlin anlangte. Seine Reaktion:

"Ein großer moralischer Erfolg für Wien, damit fällt jeder Kriegsgrund fort, und Giesl hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen! Darauf hätte ich niemals Mobilmachung befohlen!" 17)

Freilich hatte Wilhelm II. nur den Text, nicht die serbische Mobilmachung berücksichtigt. — Immerhin; — reagiert so ein "welteroberungssüchtiger Militarist"?

Da sich Rußland von vornherein für den Fall eines serbisch-österreichischen Konfliktes für eine militärische Unterstützung festgelegt hatte, war die serbische Mobilmachung (beschlossen am 24.7.) mit der russischen Teilmobilmachung gegen Österreich bereits synchron geschaltet (im russischen Ministerrat ebenfalls am 24.7. beschlossen). — Reaktion in Österreich am 25.7.: Mobilisierung von 8 Armeekorps gegen Serbien. — Petrograd verkündet gleichzeitig die am Vortag beschlossenen vorbeugenden Mob.-maßnahmen, den Belagerungszustand in Petrograd und Moskau und verkündet die Kriegsvorbereitungsperiode für die europäischen Bezirke beginnend mit dem 26.7.

Doch Berchtold in Wien, offenbar von dem Gedanken gedrängt, durch nunmehr schnelles Handeln die Einmischung der Großmächte ausschalten zu können, erklärte — wiederum ohne jegliche Absprache mit Deutschland — am 28.7. um 11 Uhr Serbien den Krieg und ließ sogleich über die Donaugrenze in Belgrad einmarschieren.

16) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO. Bd. II, S. 554 - 555, Dok. Nr. 968

17) J.R. von Salis, "Die Ursachen des Ersten Weltkrieges", Stuttgart 1964, S. 58

Zu Spät

Unmittelbare Reaktion Rußlands: Mobilisierung gegen Österreich, die sich zwar nur dem Begriff, nicht der Sache nach von der ohnehin schon angelaufenen "Kriegsvorbereitungsperiode" unterschied. Generalstabschef Januschkewitsch hatte von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß eine Teilmobilisierung im Rahmen einer "Kriegsvorbereitungsperiode" in den militärischen Operationsplänen nicht vorgesehen sei, sondern derlei Maßnahmen auf die sofortige Gesamtmobilisierung hinauslaufe, zumal im Falle Österreich Deutschland dahinterstünde und deshalb keine Zeit zu verlieren sei.

Unmittelbar nach Kenntnis dieser Schritte Österreichs und Rußlands gab Reichskanzler Bethmann-Hollweg nach Petersburg am 29.7. durch, daß "wir in Wien darauf hinwirken, zu erklären, keine Territorien erwerben zu wollen, wir im übrigen weiter vermitteln, aber ein weiteres Fortschreiten russischer Mob.-Maßnahmen uns zur Mobilmachung zwingen würde und daß dann europäischer Krieg kaum noch aufzuhalten sein werde." Er wußte nicht, daß Rußland bereits von Wien spätestens am 26.7. die Zusicherung erhalten hatte, keine Gebietsansprüche gegenüber Serbien zu stellen.

Der Text dieses Telegramms war unglücklich und führte zu einem, womöglich auch nur vorgeschobenen, Mißverständnis. Deutscherseits lag der Gedanke zugrunde, daß "ein weiteres Fortschreiten" bzw. eine Ausweitung der ja seit dem 25.7. bereits akzeptierten russischen Teilmobilmachung gegen Österreich zu einer Allgemeinen – somit auch gegen das Deutsche Reich gerichteten – Mobilmachung Deutschland zur Mobilmachung zwingen würde. Sasonow dagegen bemühte sich, den Text so auszulegen, als sei damit bekundet worden, daß "ein Fortschreiten der russischen Teilmobilmachung gegen Österreich" bereits zu einer Mobilmachung Deutschlands führen würde. Der Versuch ist erkennbar, die ohnehin im Rahmen der russischen Gesamtstrategie vorgesehene Allgemeine Mobilmachung Rußlands besser motivieren zu können.

Immerhin hat Sasonow mit dieser Textauslegung den drängenden Suchomlinow und Januschkewitsch sekundiert, um dem zögernden Zaren am 29.7. gegen 17 Uhr die Unterschrift zur Allgemeinen Mobilmachung abzuhandeln. Das unmittelbar danach eingetroffene Antworttelegramm Wilhelms II, er würde seinen ganzen Einfluß aufbieten, um Österreich zu veranlassen, durch sofortiges Handeln zu einer befriedigenden Verständigung mit ihm (dem Zaren) zu kommen, bewog Nikolaus II, den Allgemeinen Mob.-Befehl wieder rückgängig zu machen. Doch das dauerte nur knapp 24 Stunden, dann war der Zar erneut dem Druck seiner Militärs erlegen und bestätigte, ohne das Vermittlungsergebnis Wilhelms II. abzuwarten, am 30.7. die kaum unterbrochene Allgemeine Mobilmachung für ganz Rußland. Den westlichen Verbündeten teilte Petrograd diesen Beschluß jedoch zunächst nicht mit, um vor der Weltöffentlichkeit Deutschland durch dessen nunmehr zwingend gewordene Schritte kompromittieren zu können.

Das Verhängnis nahm seinen Lauf.

Zwischenzeitlich hatte Berchtold in Wien einige Verhandlungsvorschläge aus Berlin, London und Petrograd als durch die Kriegserklärung an Serbien überholt und nicht mehr realisierbar abgewiesen. In London, Paris und Petrograd glaubte man, daß die k.u. k. Monarchie eine derart waghalsige Politik nur unternehmen könne, wenn Berlin ihr dabei, womöglich noch anregend, den Rücken stärkte. Wilhelm II. und der Reichskanzler hingegen hatten vergeblich versucht darzulegen, daß sie in Wien allenfalls dringend raten, jedoch dort nicht befehlen könnten, da Österreich-Ungarn ein souveräner Staat sei.

Am 30.7. jedoch wirkte sich in Wien der Druck Deutschlands aus, und die österreichische Führung wurde "plötzlich konziliant", versicherte auch gegenüber Frankreich, keine Souveränitätsrechte Serbiens beschneiden zu wollen, bemühte sich in Rußland, die Tür als nicht zugeschlagen zu betrachten und signalisierte England, seine Vermittlungsbemühungen günstig aufzunehmen. [18]) Sir Edward Grey konnte auch noch seinen Vorschlag unterbreiten, alle kriegerischen bzw. Vorbereitungsmaßnahmen zu stoppen und Österreichs Verhandlungsbereitschaft anzunehmen, doch die schon angelaufene russische Generalmobilmachung machte alles zunichte und schuf neue Verhältnisse.

Während der französische Botschafter angesichts der Stimmung in Petrograd resignierte und den kommenden Krieg nicht mehr mittels diplomatischer Kunstgriffe abwendbar hielt, telegrafierte der französische Ministerpräsident am 28.7. die Versicherung in die russische Hauptstadt, daß Frankreich "seine Bündnispflichten" erfüllen würde. Diese "Bestätigung" jedenfalls half in Petrograd noch vorhandene Hemmungen gegen die Allgemeine Mobilmachung aus dem Wege räumen, waren doch "Frankreichs Bündnispflichten" nicht mehr auf den Verteidigungsfall beschränkt, sondern längst ausgedehnt worden auf die "Erhaltung des Gleichgewichtes"; dennoch schien es "beruhigend" zu sein, in der Stunde, auf die es ankommt, vom Partner noch einmal bestätigt zu erhalten, daß es in dieser Frage keinen Zweifel gab.

Der britische Außenminister hatte sich in diesen Tagen außerordentlich geschickt zurückgehalten und weder in Rußland noch in Frankreich irgendwelche

18) Earl Loreburn, "How the War came", London 1919, S. 161 unter Bezugnahme auf die britischen und französischen Farbbücher

Hoffnungen geweckt, die auf eine britische militärische Unterstützung schließen ließen. Der französische Botschafter Paul Cambon kam aus dem Staunen nicht heraus, als ihm beteuert wurde, für England bestünde Frankreich gegenüber keine Verpflichtung in einem Krieg, den Frankreich in Erfüllung seiner Bündnispflichten gegenüber Rußland führen würde. Doch auch Grey konnte in England nicht alleine entscheiden.

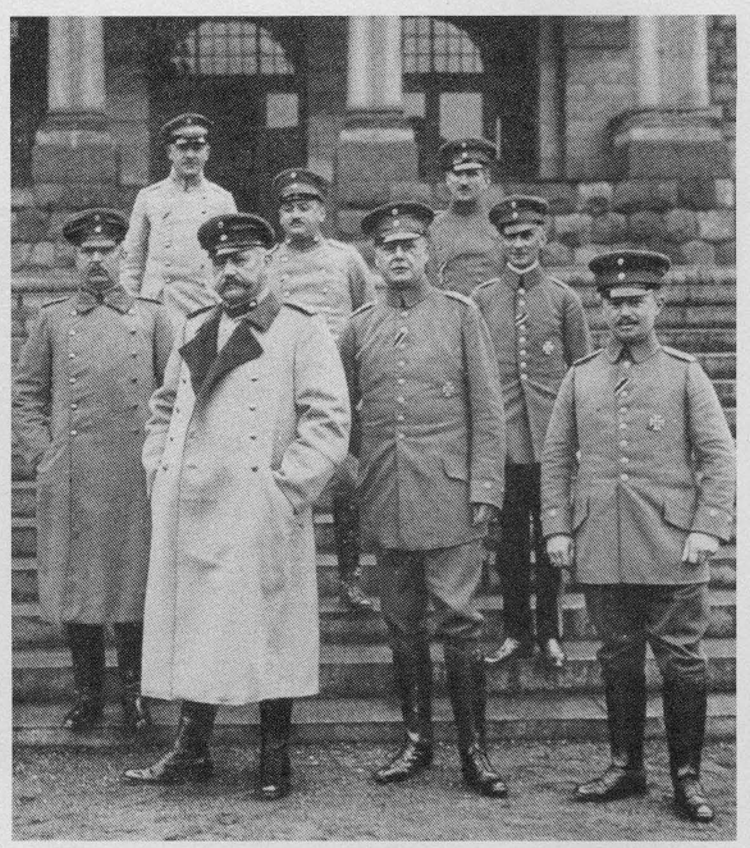
Deutschland

Zu diesem Zeitpunkt schreibt noch Kaiser Wilhelm II. an Staatssekretär Jagow, nach der serbischen Antwort entfalle jeder Kriegsgrund, doch sollte Österreich für die Einhaltung der serbischen Versprechen Sicherheiten erhalten — z.B. zeitweilige Besetzung Belgrads — denn diese Besetzung war bereits vollzogen.

Reichskanzler Bethmann-Hollweg leitete den britischen Vorschlag zwecks weiterführender Verhandlungen nach Wien und vermerkt am 28.7. um 22.15 Uhr in klaren, aber auch zum Vorwurf der Leichtfertigkeit Anlaß gebenden Worten:

"Die österreichisch-ungarische Regierung hat Rußland bestimmt erklärt, daß sie an territoriale Erwerbungen in Serbien nicht denkt. Dies stimmt mit der Meldung Ew. Exz. überein, daß weder die österr. noch die ungarischen Staatsmänner die Vermehrung des slawischen Elements in der Monarchie für wünschenswert halten. Hiervon abgesehen hat uns die österreichisch-ungarische Regierung trotz wiederholter Anfragen über ihre Absichten im Unklaren gelassen. Die nunmehr vorliegende Antwort der serbischen Regierung auf das österreichische Ultimatum läßt erkennen, daß Serbien den österreichischen Forderungen doch in so weitgehendem Maße entgegengekommen ist, daß bei einer völlig intransigenten Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung mit einer allmählichen Abkehr der öffentlichen Meinung von ihr in ganz Europa gerechnet werden muß.

Nach den Angaben des österreichischen Generalstabs wird ein aktives militärisches Vorgehen gegen Serbien erst am 12. August möglich sein. Die k. Regierung kommt infolgedessen in die außerordentlich schwierige Lage, daß sie in der Zwischenzeit den Vermittlungs- und Konferenzvorschlägen der anderen Kabinette ausgesetzt bleibt, und wenn sie weiter an ihrer bisherigen Zurückhaltung solchen Vorschlägen gegenüber festhält, das Odium, einen Weltkrieg verschuldet zu haben, schließlich auch in den Augen des deutschen Volkes auf sie zurückfällt. Auf einer solchen Basis aber läßt sich ein erfolgreicher Krieg nach drei Fronten nicht einleiten und führen. Es ist eine gebieterische Notwendigkeit, daß die Verantwortung für das eventuelle Übergreifen des Konflikts auf die nicht unmittelbar Beteiligten unter allen Umständen Rußland trifft. In der letzten Unterredung Herrn Sasonows mit dem Grafen Pourales hat der Minister bereits zugegeben, daß Serbien die 'verdiente Lektion' erhalten müsse. Der Minister stand überhaupt dem österreichischen Standpunkt nicht mehr so bedingungslos ablehnend gegenüber wie früher. Es liegt hiernach die Schlußfolgerung nicht fern, daß die russische Regierung sich auch der Erkenntnis nicht verschließen wird, daß, nachdem einmal die



Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg; lk. sein Generalstabschef Generalleutnant Erich Ludendorff

Mobilisierung der österreichisch-ungarischen Armee begonnen hat, schon die Waffenehre den Einmarsch in Serbien erfordert. Sie wird sich aber mit diesem Gedanken umsomehr abzufinden wissen, wenn das Wiener Kabinett in Petersburg die bestimmte Erklärung wiederholt, daß ihr territoriale Erwerbungen in Serbien durchaus fernliegen, und daß ihre militärischen Maßnahmen lediglich eine vorübergehende Besetzung von Belgard und anderen bestimmten Punkten des serbischen Gebietes bezwecken, um die serbische Regierung zu völliger Erfüllung ihrer Forderungen und zur Schaffung von Garantien für künftiges Wohlverhalten zu zwingen, auf die Österreich-Ungarn nach den mit Serbien gemachten Erfahrungen unbedingt Anspruch hat. Die Besetzung sei gedacht wie die deutsche Okkupation in Frankreich nach dem Frankfurter Frieden zur Sicherstellung der Forderung auf Kriegsentschädigung. Sobald die österreichischen Forderungen erfüllt seien, werde die Räumung erfolgen. Erkennt die russische Regierung die Berechtigung dieses Standpunktes nicht an, so wird sie die öffentliche Meinung ganz Europas gegen sich haben, die im Begriffe steht, sich von Österreich abzuwenden. Als eine weitere Folge wird sich die allgemeine diplomatische und wahrscheinlich auch die militärische Lage sehr wesentlich zugunsten Österreich-Ungarns und seine Verbündeten verschieben.

Ew. pp. wollen sich umgehend in diesem Sinne dem Grafen Berchtold gegenüber nachdrücklich aussprechen und eine entsprechende Demarche in St. Petersburg anregen. Sie werden es dabei sorgfältig zu vermeiden haben, daß der Eindruck entsteht, als wünschten wir Österreich zurückzuhalten. Es handelt sich lediglich darum, einen Modus zu finden, der die Verwirklichung des von Österreich-Ungarn erstrebten Ziels, der großserbischen Propaganda den Lebensnerv zu unterbinden, ermöglicht, ohne gleichzeitig einen Weltkrieg zu entfesseln, und wenn dieser schließlich nicht zu vermeiden ist, die Bedingungen, unter denen er zu führen ist, für uns nach Tunlichkeit zu verbessern."

Bethmann-Hollweg[19)]

19) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, Bd. 1 - 4, hrsg. i.A. des Auswärtigen Amtes, Berlin 1922, Bd. II, Nr. 323

Parallel zum Telegramm des Reichskanzlers an den deutschen Botschafter in Wien — wie soeben zitiert —, sandte am gleichen 28. Juli Kaiser Wilhelm II. ein Telegramm folgenden Inhalts an seinen Vetter Nikolaus, den russischen Zaren:

"Mit der größten Beunruhigung höre ich von dem Eindruck, den Österreich-Ungarns Vorgehen gegen Serbien in Deinem Reiche hervorruft. Die skrupellose Agitation, die seit Jahren in Serbien getrieben worden ist, hat zu dem empörenden Verbrechen geführt, dessen Opfer Erzherzog Franz Ferdinand geworden ist. Der Geist, der die Serben ihren eigenen König und seine Gemahlin ermorden ließ, herrscht heute noch in jenem Land. Zweifellos wirst Du mit mir darin übereinstimmen, daß wir beide, Du und ich, sowohl wie alle Souveräne ein gemeinschaftliches Interesse daran haben, darauf zu bestehen, daß alle diejenigen, die für den scheußlichen Mord moralisch verantwortlich sind, ihre verdiente Strafe erhalten.

Andererseits übersehe ich keineswegs, wie schwierig es für Dich und Deine Regierung ist, den Strömungen der öffentlichen Meinung entgegenzutreten. Eingedenk der herzlichen Freundschaft, die uns beide seit langer Zeit mit festem Band verbindet, setze ich daher meinen ganzen Einfluß ein, um Österreich-Ungarn dazu zu bestimmen, eine offene und befriedigende Verständigung mit Rußland anzustreben. Ich hoffe zuversichtlich, daß Du mich in meinen Bemühungen, alle Schwierigkeiten, die noch entstehen können, zu beseitigen, unterstützen wirst.

Dein sehr aufrichtiger und ergebener Freund und Vetter

gez. Wilhelm."

Darauf erwiderte der Zar am 29. Juli:[20)]

"Ich bin erfreut, daß Du zurück in Deutschland bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein schmählicher Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden, die Entrüstung hierüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuerlich. Ich sehe voraus, daß ich sehr bald dem Druck, der auf mich ausgeübt wird, nicht mehr werde widerstehen können und gezwungen sein werde, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen werden. Um einem Unglück, wie es ein europäischer Krieg sein würde, vorzubeugen, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, alles Dir mögliche zu tun, um Deinen Bundesgenossen davon zurückzuhalten, zu weit zu gehen.

gez. Nikolaus."

Der Kaiser entgegnete an demselben Tage:

"Ich habe Dein Telegramm erhalten und teile Deinen Wunsch nach Erhaltung des Friedens. Jedoch kann ich — wie ich Dir in meinem ersten Telegramm sagte — Österreich-Ungarns Vorgehen nicht als einen 'schmählichen Krieg' betrachten. Österreich-Ungarn weiß aus Erfahrung, daß Serbiens Versprechungen, wenn sie nur auf einem Papier stehen, gänzlich unzuverlässig sind. Meiner Ansicht nach ist Österreich-Ungarns Vorgehen als ein Versuch zu betrachten, volle Garantie dafür zu erhalten, daß Serbiens Versprechungen auch wirklich in die Tat umgesetzt werden. In dieser Ansicht werde ich bestätigt durch die Erklärung des österreichischen Kabinetts, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Eroberungen auf Kosten Serbiens beabsichtigt. Ich meine daher, daß es für Rußland durchaus möglich ist, dem österreichisch-serbischen Krieg gegenüber in der Rolle des Zuschauers zu verharren, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg hineinzuziehen, den es jemals erlebt hat. Ich glaube, daß eine direkte Verständigung zwischen Deiner Regierung und Wien möglich und wünschenswert ist, eine Verständigung, die — wie ich Dir schon telegraphierte — meine Regierung mit allen Kräften zu fördern bemüht ist. Natürlich würden militärische Maßnahmen Rußlands, welche Österreich-Ungarn als Drohung auffassen könnte, ein Unglück beschleunigen, das wir beide zu vermeiden wünschen, und würden auch meine Stellung als Vermittler, die ich — auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Hilfe — bereitwillig angenommen habe, untergraben.

gez. Wilhelm."

Inzwischen hatte der Kaiser erfahren, daß die russische Mobilmachung gegen Österreich befohlen worden war. Besorgt telegraphierte er noch einmal am 30. Juli:

"Mein Botschafter ist angewiesen, Deine Regierung auf die Gefahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen; das gleiche habe ich Dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Österreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Rußland, wie es jetzt nach Deiner und meiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Österreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der Du mich in freundschaftlicher Weise betrautest und die ich auf Deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf Deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

gez. Wilhelm."

Die Antwort des Zaren erfolgte auf der Stelle (30.7.):

"Ich danke Dir von Herzen für Deine rasche Antwort. Ich entsende heute Abend Tatischtschew mit Instruktionen. Die jetzt in Kraft tretenden militärischen Maßnahmen sind schon vor fünf Tagen beschlossen worden, und zwar aus den Gründen der Verteidigung gegen die Vorbereitungen Österreichs. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßnahmen in keiner Weise Deine Stellung als Vermittler beeinflussen werden, die ich sehr hoch anschlage. Wir brauchen Deinen starken Druck auf Österreich, damit es zu einer Verständigung mit uns kommt.

gez. Nikolaus."

Rußland mobilisierte "aus Gründen der Verteidigung gegen Österreich"? — Ein solches Argument mußte man in Berlin als unehrlich auffassen.

Am 31. Juli telegraphierte dann der Zar noch einmal an den Kaiser:

"Ich danke Dir von Herzen für Deine Vermittlung, die eine Hoffnung aufleuchten läßt, daß doch noch alles friedlich enden könnte. Es ist technisch unmöglich, unsere militärischen Vorbereitungen einzustellen, die durch Österreichs Mobilisierung notwendig geworden sind. Wir sind weit davon entfernt, einen Krieg zu wünschen. Solange wie die Verhandlungen mit Österreich über Serbien andauern, werden meine Truppen keine herausfordernde Aktion unternehmen. Ich gebe Dir mein feierliches Wort darauf. Ich vertraue mit aller Kraft auf Gottes Gnade und hoffe auf den Erfolg Deiner Vermittlung in Wien für die Wohlfahrt unserer Länder und den Frieden Europas.

Dein Dir herzlich ergebener

Nikolaus."

---

20) Texte des Telegrammwechsels in:
Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914, hrsg. im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Berlin 1922, Band 3 - 4 +
Paul Schreckenbach, "Der Weltbrand — Illustrierte Geschichte aus großer Zeit", Leipzig 1920, Bd. I, S. 12 - 17

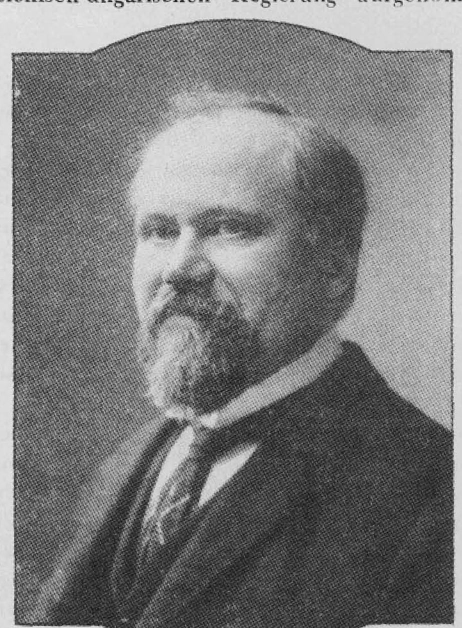
Der Zar gab hier keinerlei Erklärung dafür ab, warum die a l l g e m e i n e russische Mobilmachung angeordnet worden war, die doch weder gegenüber Österreich-Ungarn noch aus anderen Gründen notwendig war.

Er gab freilich auch keinerlei Erklärung dafür ab, warum er bereits im Winter [21]) 1913/1914 den zur Entlassung bestimmten Reservistenjahrgang nach Einstellung der neuen Rekruten (rund 450.000 Mann) bei den Fahnen behalten hatte, und warum darüber hinaus mittels Probemobilmachungen ab Frühjahr 1914 weitere Vergrößerungen des Heeresbestandes vorgenommen worden sind. Das alles mußte auf deutscher Seite schon v o r der Juli-krise beunruhigen.

Das "feierliche Wort" des Zaren konnte angesichts dieser seiner Taten für Berlin keine Bedeutung mehr haben. Das Vertrauen war zerstört.



Marschall Joffre, Generalissimus der französischen Armee



Raymond Poincaré, Präsident der französischen Republik

Am 31.7. löste die im Verlauf des Vormittages eintreffende Nachricht von der russischen Generalmobilmachung den Automatismus der Kriegsvorbereitungen aus, wobei zweifellos die Kenntnis von militärischen Bündnisabsprachen zwischen Rußland und Frankreich, denen der soeben erst beendete Besuch von Poincaré und Viviani in Petrograd einen besonders akuten Akzent verliehen hatte, eine wesentliche Rolle spielte. Die Reichsregierung glaubte angesichts der sich abzeichnenden großen Gefahr an zwei Fronten keine Zeit verlieren zu dürfen und die gegnerischen Mob.-Maßnahmen allenfalls durch Schnelligkeit in etwa unterlaufen zu können und zu müssen.

Der Bündnisvertrag zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien, der von 1882 stets wieder verlängert wurde, hatte keine aggressive Zielrichtung zur Grundlage, sondern sah vor, daß die Partner keine Bündnisse eingehen, die gegen einen der Vertragschließenden gerichtet sind, und im übrigen eine gegenseitige Friedens- und Freundschaftspolitik betreiben. Im Falle eines kriegerischen Angriffs seitens anderer Mächte war gegenseitige Unterstützung, zumindest wohlwollende Neutralität zugesichert. Die Militär- und Flottenabkommen von 1913 waren von untergeordneter Bedeutung und enthielten lediglich unverbindliche Sondierung für gemeinsame Operationen.

Das Telegramm des Zaren vom 31.7. kreuzte sich mit einem Telegramm des Kaisers Wilhelms II., das von Berlin um 14 Uhr nachmittags abgesandt wurde:

"Auf Deinen Appell an meine Freundschaft und Deine Bitte um meine Hilfe habe ich eine Vermittlungsaktion zwischen Deiner und der Österreichisch-ungarischen Regierung aufgenommen. Während diese Aktion im Gange war, sind Deine Truppen gegen das mir verbündete Österreich-Ungarn mobilisiert worden, wodurch, wie ich Dir schon mitgeteilt habe, meine Vermittlung beinahe illusorisch gemacht worden ist. Trotzdem habe ich sie fortgesetzt. Nunmehr erhalte ich zuverlässige Nachricht über ernste Kriegsvorbereitungen auch an meiner östlichen Grenze. Die Verantwortung für die Sicherheit meines Reiches zwingt mich zu definitiven Gegenmaßregeln. Ich bin mit meinen Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens bis an die äußerste Grenze des Möglichen gegangen. Nicht ich trage die Verantwortung für das Unheil, das jetzt der ganzen zivilisierten Welt droht. Noch in diesem Augenblicke liegt es in Deiner Hand, es abzuwenden. Niemand bedrohte Ehre und Macht Rußlands, das wohl auf den Erfolg meiner Vermittlung hätte warten können. Die mir von meinem Großvater auf dem Totenbette überkommene Freundschaft für Dich und Dein Reich ist mir immer heilig gewesen, und ich habe treu zu Rußland gestanden, wenn es in schwerer Bedrängnis war, besonders in seinem letzten Kriege. Der Friede Europas kann von Dir jetzt noch erhalten werden, wenn Rußland sich entschließt, die militärischen Maßnahmen einzustellen, die Deutschland und Österreich-Ungarn bedrohen."

Mittags wurde in Berlin am 31.7. der "Zustand der drohenden Kriegsgefahr" verkündet, um 15.30 Uhr wurden die Ultimaten nach Petrograd und Paris abgesandt. Rußland wurde aufgefordert, binnen 12 Stunden die Kriegsvorbereitungen gegen Österreich und Deutschland einzustellen, andernfalls Deutschland mobilisieren werde. Frankreich erhielt die Anfrage, binnen 18 Stunden zu erklären, ob es sich in einem deutsch-russischen Krieg neutral verhalten werde. [22])

21) "Der Weltkrieg 1914 - 1918", bearb. + hrsg. vom Reichsarchiv, Berlin 1930, Bd. I, "Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft", S. 202

22) Was die Archive erst nach Kriegsende preisgaben:
Im Falle einer französischen Neutralitätszusage sollte Botschafter Schoen als Pfand für die Neutralität die Festungen Toul und Verdun bis zu einem Kriegsende verlangen, ein unbilliges Ansinnen, das nach Bekanntwerden 1918 den Schaden für Deutschland noch vergrößerte.

Die entscheidenden Tage des August 1914

Der Telegrammwechsel ging auch am 1. August weiter. An diesem Tag gegen 14 Uhr sandte der Zar an Kaiser Wilhelm II. folgenden Text:

"Ich habe Dein Telegramm erhalten. Ich verstehe, daß Du gezwungen bist, mobil zu machen, aber ich möchte von Dir dieselbe Garantie haben, die ich Dir gegeben habe, nämlich, daß diese Maßnahmen nicht Krieg bedeuten und daß wir fortfahren werden, zu verhandeln zum Heile unserer beiden Länder und des allgemeinen Friedens, der unseren Herzen so teuer ist. Unserer Freundschaft muß es mit Gottes Hilfe gelingen, Blutvergießen zu verhindern. Dringend erwarte ich voll Vertrauen Deine Antwort."

Hierauf antwortete der Kaiser noch am 1.8.:

"Ich danke Dir für Dein Telegramm. Ich habe Deiner Regierung gestern den Weg angegeben, durch den allein noch der Krieg vermieden werden kann. Obwohl ich um eine Antwort für heute Mittag ersucht hatte, hat mich bis jetzt noch kein Telegramm meines Botschafters mit einer Antwort Deiner Regierung erreicht. Ich bin daher gezwungen worden, meine Armee zu mobilisieren. Eine sofortige klare und unmißverständliche Antwort Deiner Regierung ist der einzige Weg, um endloses Elend zu vermeiden. Bis ich diese Antwort erhalten habe, bin ich zu meiner Betrübnis nicht in der Lage, auf den Gegenstand Deines Telegramms einzugehen. Ich muß auf das ernsteste von Dir verlangen, daß Du unverzüglich Deiner Regierung den Befehl gibst, unter keinen Umständen auch nur die leiseste Verletzung unserer Grenzen zu begehen."

Telegramm des Reichskanzlers an den kaiserlichen Botschafter in London vom 1. August:

"Deutschland ist bereit, auf die englischen Vorschläge einzugehen, wenn sich England mit seiner Streitmacht für die unbedingte Neutralität Frankreichs im deutsch-russischen Konflikt verbürgt. Die deutsche Mobilmachung ist heute auf Grund der russischen Herausforderung erfolgt, ehe die englischen Vorschläge hier eintrafen. Infolgedessen ist auch unser Aufmarsch an der französischen Grenze nicht mehr zu ändern. Wir verbürgen uns aber, daß die französische Grenze bis Montag, den 3. August, abends 7 Uhr durch unsere Truppen nicht überschritten wird, falls bis dahin die Zusage Englands erfolgt ist.

gez. Bethmann Hollweg."

Auch an den König von England sandte der Kaiser ein Telegramm am 1. August 1914:

"Ich habe soeben die Mitteilung Deiner Regierung erhalten, durch die sie die französische Neutralität unter der Garantie Großbritanniens anbietet. Diesem Anerbieten war die Frage angeschlossen, ob unter diesen Bedingungen Deutschland darauf verzichten würde, Frankreich anzugreifen. Aus technischen Gründen muß meine schon heute nachmittag nach zwei Fronten, nach Osten und Westen, angeordnete Mobilmachung vorbereitungsgemäß vor sich gehen. Gegenbefehl kann nicht mehr gegeben werden, weil Dein Telegramm leider zu spät kam. Aber wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen und meine Truppen anderweitig verwenden. Ich hoffe, Frankreich wird nicht nervös werden. Die Truppen an meiner Grenze werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten."

Der König von England telegraphierte am 1. August an Kaiser Wilhelm II.:

"In Beantwortung Deines Telegrammes, das eben eingegangen ist, glaube ich, daß ein Mißverständnis bezüglich einer Anregung vorliegen muß, die in einer freundschaftlichen Unterhaltung zwischen dem Fürsten Lichnowsky und Sir Edward Grey erfolgt ist, als sie erörterten, wie ein Kampf zwischen der deutschen und französischen Armee vermieden werden könne, solange noch die Möglichkeit besteht, daß ein Einverständnis zwischen Österreich und Rußland erzielt wird. Sir Edward Grey wird den Fürsten Lichnowsky morgen früh sehen, um festzustellen, ob ein Mißverständnis auf seiner Seite vorliegt.

gez. Georg."

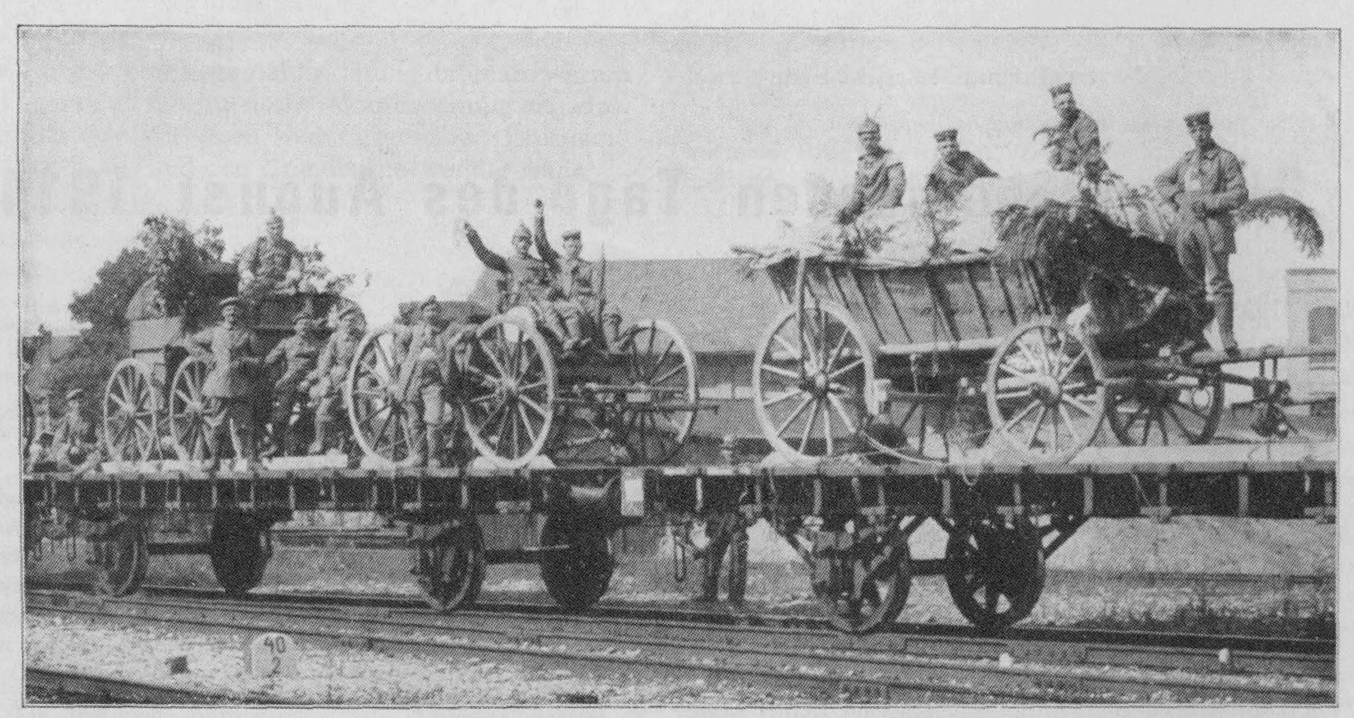
Um es hier vorweg zu nehmen: am 2. August mußte Fürst Lichnowski aus London in einem Telegramm nach Berlin gestehen, daß die britische Führung in der Tat nicht daran gedacht hatte, Neutralität, unter welchen Voraussetzungen auch immer, zuzusagen, daß mit anderen Worten die deutschen Hoffnungen hierauf Mißverständnisse waren:

"Die Anregungen Sir Edward Grey's, die auf dem Wunsche beruhten, die Möglichkeit dauernder Neutralität Englands zu schaffen, sind ohne vorherige Fühlungnahme mit Frankreich und ohne Kenntnis der Mobilmachung erfolgt und inzwischen als völlig aussichtslos aufgegeben.

gez. Lichnowsky."

Am Sonnabend den 1.8.1914 gegen 17 Uhr sieht sich der Kaiser im Kreis seiner Minister, Generäle und Admirale der Situation gegenüber, daß weder aus Petersburg noch aus Paris eine Antwort eingegangen ist. Daß Viviani dem Botschafter Schoen bereits um 12 Uhr mitgeteilt hat, "Frankreich werde tun, was ihm seine Interessen gebieten", war noch nicht nach Berlin durchgedrungen. Einhellig wurde daher die deutsche Generalmobilmachung als Reaktion auf die russische beschlossen.

Eine Stunde vorher hatte die Regierung in Paris das gleiche in Frankreich verfügt. Bereits am Tag zuvor, abends am 31.7., bevor also die deutsche Mobilmachung beschlossen worden war, erhielt Joffre vom Ministerrat die Versicherung, daß die französische Allgemeine Mobilmachung am 1.8. spätestens 16 Uhr verkündet werde, sowie die Ermächtigung, dies den Armeekorps mitzuteilen. Zur gleichen Zeit — also am 31.7. abends — gab Messimy dem russischen Militärattaché Ignatiew "in gehobenem, herzlichem Ton den festen Entschluß der französischen Regierung zum Kriege" bekannt und gab der Hoffnung des französischen Generalstabs Ausdruck, daß Rußland alle Anstrengungen gegen Deutschland



1914: Deutsche Soldaten auf dem Weg zur Front. – Sieht so das Ergebnis einer Mobilisierung zur Eroberung fremder Länder (oder gar "der Welt"), ein Kriegswille gegen einen weit über das Doppelte so starken unmittelbaren Gegner aus?

richten und Österreich als quantité negligeable betrachten möge.

Wiederum einen Tag vorher, am 30.7. hatte Joffre bereits 5 Armeekorps — zwar unter Vermeidung von Eisenbahntransporten — in die Grenzbezirke verlegen lassen, allerdings mit der Order, einen Abstand von 10 km von der Grenze zu halten.

Frankreich hat seine Generalmobilmachung n i c h t aus Furcht vor einem deutschen Angriff auf Frankreich beschlossen, sondern in Einlösung seiner selbst eigenwillig weitgespannten "Bündnisverpflichtungen" gegenüber Rußland bzw. in Wahrnehmung einer als "günstig" angesehenen "Chance", Elsaß-Lothringen wiederzuerhalten! Dieser Sachverhalt ist für die Bewertung der Schuld-Zusammenhänge von ausschlaggebender Bedeutung, weitete er doch den Konfliktbereich in westeuropäische Dimensionen aus Gründen französisch-egoistischer Interessen und nicht etwa aus Gründen deutscher Expansivambitionen aus! Weder gab es ein deutsches Eroberungsziel gegenüber Frankreich noch hat Frankreich ein solches ernsthaft behauptet oder gar nachgewiesen.

Die spontane Generalmobilmachung Frankreichs gewinnt darüber hinaus noch weitere Schwergewichte durch folgende Fakten:

1.) Noch am krisengeschwängerten 29. Juli bestätigte Viviani dem russischen Botschafter Iswolski die Entschlossenheit seiner Regierung und der französischen Öffentlichkeit, ohne Vorbehalte "in voller Einigkeit mit Rußland gemeinsam vorzugehen".

2.) Der Quai d'Orsay (französisches Außenamt) hat in der Vorgeschichte des Weltkrieges der zaristischen Regierung nicht zeitgerecht angeraten, die Folgen einer Mobilmachung gegenüber Deutschland zu bedenken bzw. Mob.-Maßnahmen zu vermeiden, die Deutschland als Bedrohung auffassen könnte. Ein diesbezügliches Telegramm Vivianis vom 30.7. kam erst 2 Tage nach dem Beschluß der russischen Generalmobilmachung (am 31.7.) dem Zaren zu Gesicht und mag möglicherweise für die Akten und zur Beruhigung der Kabinettsmitglieder gekabelt worden sein. Freilich war zu jener Stunde die russische Generalmobilmachung in Paris noch nicht bekannt, da Petrograd die westlichen Diplomaten erst mit bewußter Verzögerung davon unterrichten ließ. Immerhin läßt sich das Bemühen, sich nicht in die militärischen Maßnahmen des russischen Bundesgenossen einzumischen, als bedenklich bezeichnen, da man in Paris bereits die Anordnung der russischen Mob.-Befehle gegenüber Österreich vom 28.7. als ein — wie sich aus den Akten erweisen sollte — Vorgehen erblickte, das Deutschland veranlassen konnte, seinerseits Mob.-Maßnahmen durchzuführen.

3.) Am 31. 7. hatten Poincaré und Viviani erkannt haben müssen, daß Rußland verhängnisvolle Krisenentscheidungen im Alleingang, also ohne Konsultation mit Paris, getroffen hatte, und Paris der russischen Regierung praktisch eine Blankovollmacht zur Beibehaltung dieser Führungsrolle erteilt hatte, was zumindest noch einmal aus dem Telegramm Vivianis vom 28.7. nach Petrograd hervorgeht. Am wenigsten Frankreich kann der Reichsregierung einen Vorwurf daraus machen, auf seinen Bundesgenossen Österreich nicht hart genug durchgegriffen zu haben; Paris hat der russischen Regierung in gar keiner Weise Zurückhaltung nahegelegt.

4.) Die bedrohlichen Auswirkungen der russischen Generalmobilmachung, die sich in den daraufhin erfolgten — und für Paris nicht überraschenden — deutschen Noten bzw. den Ultimaten niederschlugen, hatte man soeben erst erfahren.

Um 19 Uhr des 1. August 1914 überreichte Graf Pourtales dem russischen Außenminister die Kriegserklärung Deutschlands. Der Text lautete:

"Die k. Regierung hat sich seit Beginn der Krise bemüht, sie einer friedlichen Lösung zuzuführen. Einem von Sr. M. dem Kaiser von Rußland ausgesprochenen Wunsche nachkommend, hat sich S. M. der Deutsche Kaiser gemeinsam mit England bemüht, eine Vermittlerrolle bei den Kabinetten von Wien und Petersburg durchzuführen, als Rußland, ohne die Ergebnisse davon abzuwarten, zur Mobilisierung seiner gesamten Land- und Seestreitkräfte schritt.

Infolge dieser bedrohlichen, durch keine militärische Vorbereitung von deutscher Seite begründete Maßnahme sah sich das Deutsche Reich einer ernsten und unmittelbaren Gefahr gegenüber. Wenn die k. Regierung es unterlassen hätte, dieser Gefahr zu begegnen, hätte sie die Sicherheit und sogar die Existenz Deutschlands aufs Spiel gesetzt. Die deutsche Regierung sah sich daher gezwungen, sich an die Regierung Sr. M. des Kaisers aller Reußen zu wenden und auf die Einstellung der erwähnten militärischen Handlungen zu dringen. Da Rußland

dieser Forderung nicht nachgekommen ist [23])

auf diese Forderung keine Antwort erteilen zu sollen geglaubt hat und durch diese Weigerung (Haltung) kundgetan hat, daß sein Vorgehen gegen Deutschland gerichtet ist, beehre ich mich im Auftrage meiner Regierung Ew. Exz. mitzuteilen was folgt:

S. M. der Kaiser, mein erhabener Herrscher, nimmt im Namen des Reichs die Herausforderung an und betrachtet sich als im Kriegszustand mit Rußland befindlich." [24])

Für Frankreich hatte das Auswärtige Amt folgenden Entwurf ausgearbeitet, der jedoch nicht abgesandt wurde: Dringend!

Berlin, den 1. August 1914

"Falls die französische Regierung auf unsere Anfrage keine befriedigende Antwort erteilt, werden Ew. Exz. ihr heute nachmittag 6 Uhr mitteleuropäischer Zeit folgende Erklärung überweisen:

'Die deutsche Regierung ist von Beginn der Krisis an um einen friedlichen Ausgleich bemüht gewesen. Aber während sie auf Wunsch Sr. M. des Kaisers von Rußland und in Fühlung mit England noch zwischen Wien und St. Petersburg vermittelte, hat Rußland sein gesamtes Heer und seine Flotte mobilisiert. Durch diese Maßregel, der keine außerordentlichen Kriegsvorbereitungen in Deutschland vorangegangen waren, ist das Deutsche Reich in seiner Sicherheit bedroht worden. Einer solchen Gefahr nicht entgegentreten, hieße um die Existenz des Reiches spielen. Die deutsche Regierung hat daher die russische Regierung zur sofortigen Einstellung der Mobilmachung gegen Deutschland und seinen Verbündeten Österreich-Ungarn aufgefordert. Gleichzeitig hat die deutsche Regierung die Regierung der französischen Republik hiervon in Kenntnis gesetzt und sie in Anbetracht der bekannten Beziehungen der Republik zu Rußland um eine Erklärung darüber ersucht, ob Frankreich in einem russisch-deutschen Kriege neutral bleiben will. Hierauf hat die französische Regierung die zweideutige und ausweichende Antwort gegeben, Frankreich werde das tun, was seine Interessen geböten. Mit dieser Antwort behält sich Frankreich vor, sich auf Seiten unserer Gegner zu stellen, und es ist in der Lage, uns jeden Augenblick mit seiner mobilisierten Armee in den Rücken zu fallen. Deutschland muß in diesem Verhalten um so mehr eine Bedrohung erblicken, als auf die an Rußland gerichtete Aufforderung, die Mobilisierung seiner Streitkräfte einzustellen, nach längst verstrichener Frist keine Antwort eingegangen und daher ein russisch-deutscher Krieg ausgebrochen ist. Deutschland kann die Wahl des Zeitpunktes, in dem die Bedrohung seiner westlichen Grenze zur Tat wird, nicht Frankreich überlassen, sondern muß, von zwei Seiten bedroht, sofort seine Verteidigung ins Werk setzen.

Hiernach bin ich beauftragt, Ew. Exz. folgendes zu eröffnen: 'S.M. der deutsche Kaiser erklärt im Namen des Reichs, daß Deutschland sich als im Kriegszustand mit Frankreich befindlich betrachtet.' "

"Bitte Eingang und Zeitpunkt der Ausführung dieser Instruktion nach westeuropäischer Zeit umgehend drahten.

Bitte Ihre Pässe fordern und Schutz und Geschäfte amerikanischer Botschaft übergeben." Jagow. [25])

War man in Berlin auch davon überzeugt, daß Frankreich unverzüglich zur Seite Rußlands springen würde, so legte man doch Wert darauf — soweit es die Militärstrategie zuließ —, Paris den nächsten Schritt tun zu lassen, was für die Weltöffentlichkeit, vornehmlich für die Entscheidung Großbritanniens zu bevorzugen sei.

Die starken Befestigungen an der deutsch-französischen Grenze hatten dem deutschen Generalstab die Folgerung aufgenötigt, im Falle eines Krieges mittels eines "starken rechten Flügels" durch Luxemburg und Belgien gegen Frankreich antreten zu müssen. Entsprechend dieser Konzeption wurde am 2. 8. "zum Schutz der deutschen Eisenbahnverwaltung" Luxemburg besetzt und um 19 Uhr dem belgischen Außenminister die Note überreicht, in der die Notwendigkeit eines deutschen militärischen Durchmarsches durch Belgien begründet und ersucht wurde, diesen Maßnahmen keinen Widerstand entgegenzusetzen. Die Reichsregierung sagte zu, jegliche Schäden zu ersetzen und bei Friedensschluß Besitzstand und Unabhängigkeit des Königreiches zu achten. Im Falle eines Widerstandes müsse man Belgien als Feindstaat behandeln. Eine Antwort wurde für den 3.8. vormittags erbeten. Belgien lehnte ab.

Nach dem Kriege wurde durch die Publikation der belgischen Dokumente bestätigt, daß Belgien seit 1906 recht umfassende Erörterungen mit den französischen Militärs für den Fall eines deutschen Einmarsches durchgeführt hat, was umgekehrt mit Deutschland nicht der Fall war. Der französische General Percin, im Obersten französischen Kriegsrat tätig gewesen, enthüllte 1925 *(Manchester Guardian* vom 27.1.1925 *und in l'Ere Nouvelle, 1925):* in Frankreich war man sich lange vor Kriegsbeginn darüber im klaren, daß Deutschland gar nicht umhin konnte, im Kriegsfall mit Frankreich durch Belgien zu marschieren und daß, falls Deutschland diesen Schritt nicht unternehmen würde, dies Frankreich tun würde und müßte. [26])

23) Wie aus den Varianten zweier Stellen hervorgeht, sah die dem Botschafter vorgeschriebene Erklärung sowohl den Fall vor, daß die russische Regierung auf die deutsche Aufforderung, die Mobilmachung einzustellen, überhaupt keine Antwort geben, wie auch den anderen Fall, daß die Antwort ungenügend sein würde.

24) Alfred von Wegerer, "Der Ausbruch des Weltkrieges", Hamburg 1939, Bd. II, S. 172

25) A. v. Wegerer aaO., S. 365

26) A. Ponsonby aaO., S. 48 - 52

Doch bereits im Oktober 1914 hatten die deutschen Behörden den dokumentarischen Nachweis in erbeuteten Akten aus den Archiven des belgischen Generalstabs in Brüssel dafür liefern können, daß bereits langfristig vor Kriegsbeginn Belgien sich für den Fall eines europäischen Krieges nicht neutral zu verhalten gedachte. Wenn auch der nachfolgende Beleg nach Veröffentlichung in der "Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 13.10.1914 dahingehend abzuschwächen versucht wurde, daß es sich hierbei um "Privatabmachungen zwischen dem englischen Militärattaché in Brüssel, Oberst Barnardiston, und dem Chef des belgischen Generalstabs, General Ducarme, handele, so ist doch eine solche Erklärung unrealistisch. Ohne Kenntnis und Billigung ihrer Regierungen konnten solche Abmachungen, zumal in der vorliegenden ausführlichen Form, nicht fixiert werden. Der deutsche Pressebericht am 13.10.1914 lautete u.a.:

"Aus dem Inhalt einer Mappe mit der Aufschrift 'Intervention anglaise en Belgique' geht hervor, daß schon im Jahre 1906 die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Belgien für den Fall eines deutsch-französischen Krieges in Aussicht genommen war.

Nach einem vorgefundenen Schreiben an den belgischen Kriegsminister vom 10.April 1906 hat der Chef des belgischen Generalstabes mit dem damaligen englischen Militärattaché in Brüssel Oberstleutnant Barnardiston auf dessen Anregen in wiederholten Beratungen einen eingehenden Plan für gemeinsame Operationen eines englischen Operationskorps von 100.000 Mann mit der belgischen Armee gegen Deutschland ausgearbeitet. Der Plan fand die Billigung des Chefs des englischen Generalstabes Geierson. Dem belgischen Generalstabe wurden alle Angaben über Stärke und Gliederung der englischen Truppenteile, über die Zusammensetzung des englischen Expeditionskorps, die Ausschiffungspunkte, eine genaue Zeitberechnung für den Abtransport und dergleichen geliefert. Auf Grund dieser Nachrichten hat der belgische Generalstab den Transport der englischen Truppen in das belgische Aufmarschgebiet, ihre Unterbringung und Ernährung dort eingehend vorbereitet. Bis in alle Einzelheiten ist das Zusammenwirken sorgfältig ausgearbeitet worden. So sollten der englischen Armee eine große Anzahl Dolmetscher und belgische Gendarmen zur Verfügung gestellt und die nötigen Karten geliefert werden. Selbst an die Versorgung englischer Verwundeter war bereits gedacht worden. Dünkirchen, Calais und Boulogne waren als Ausschiffungspunkte für die englischen Truppen vorgesehen. Von hier aus sollten sie mit belgischem Eisenbahnmaterial in das Aufmarschgebiet gebracht werden. Die beabsichtigte Ausladung in französischen Häfen und der Transport durch französisches Gebiet beweist, das den englisch-belgischen Vereinbarungen solche mit dem französischen Generalstabe vorausgegangen waren. Die drei Mächte haben die Pläne für ein Zusammenarbeiten der verbündeten Armeen, wie es in dem Schriftstück heißt, genau festgelegt. Dafür spricht auch, daß in den Geheimakten eine Karte des französischen Aufmarsches aufgefunden worden ist. Das erwähnte Schreiben enthält einige Bemerkungen von besonderem Interesse. Es heißt dort an einer Stelle, Oberstleutnant Barnardiston habe bemerkt, daß man zurzeit auf die Unterstützung Hollands nicht rechnen könne. Er habe ferner vertraulich mitgeteilt, daß die englische Regierung die Absicht habe, die Basis für den englischen Verpflegungsnachschub nach Antwerpen zu verlegen, sobald die Nordsee von allen deutschen Kriegsschiffen gesäubert sei. Des weiteren regt der englische Militärattaché die Einrichtung eines belgischen Spionagedienstes in der Rheinprovinz an." [27])

Am 2.8.1914 hatte die Besetzung Luxemburgs die vom französischen Generalstab vorbereitete Variante mit dem Aufmarschplan im Norden gegenüber Belgien ausgelöst. Am 3.8. spielten zahlreiche Grenzverletzungen an der deutsch-französischen Grenze für die Entscheidungsprozesse eine so erhebliche Rolle, daß man aus ihnen ableitete, der Kriegszustand sei bereits eingetreten. So wurde der Text der deutschen Note an Frankreich gegenüber der ersten Fassung total abgeändert und festgestellt, daß "Frankreich uns somit in Kriegszustand versetzt" habe. Da der telegrafisch übermittelte Text jedoch verstümmelt in Paris eintraf, erhielt dieser in Paris offiziell zugestellte Passus der Note die Form, "das Reich betrachtet sich in Anbetracht dieser Angriffe als im Kriegszustand befindlich". Kurz vor 16 Uhr am 3.8. setzte Botschafter Schoen Ministerpräsident Viviani hiervon in Kenntnis. Die deutsche Note war dürftig und in bezug auf konkret angeführte Grenzverletzungen z.T. auch unrichtig, so daß dieser Text in der ausländischen Öffentlichkeit viel Schaden angerichtet hat. Der erste, nicht weitergeleitete Entwurf hatte die Gründe für das Handeln der Reichsführung überzeugender dargelegt. Immerhin war es der 2. Tag der französischen Generalmobilmachung, und Generalmobilmachung war damals mit Kriegsentschluß gleichrangig.

Am 4.8. morgens um 8 Uhr marschierten die deutschen Truppen in Belgien ein. Der Krieg auch im Westen hatte begonnen. Großbritannien sandte Deutschland das tags zuvor vom Unterhaus beschlossene Ultimatum mit 12 Stunden Fristsetzung, die belgische Neutralität zu gewährleisten. Um 17 Uhr erklärte Großbritannien, ohne die Fristsetzung abzuwarten, an Deutschland den Krieg.

Österreich erklärte sich am 6.8. unter Bezugnahme auf die drohende Haltung Rußlands gegenüber Österreich sowie auf das Bündnis mit Deutschland als im Kriegszustand mit Rußland befindlich. Am 12.8. erklärten Großbritannien und Frankreich an Österreich den Krieg. Italien blieb neutral, trat jedoch im Jahre 1915 auf Grund eines Geheimvertrages, der Rom die Annektion des deutschen Südtirol sowie eine Vergrößerung des italienischen Kolonialreiches nach Kriegsende zusicherte, auf die Seite der alliierten und assoziierten kriegführenden Mächte. [28])

Japan erklärte am 23.8.1914 Deutschland den Krieg, der ostasiatischen deutschen Kolonien-Beute wegen, die britischen Commonwealth-Länder u.a. der übrigen Kolonial-Beute wegen. Die USA gaben schließlich mit ihrem Kriegseintritt am 6. April 1917 den Ausschlag für den Kriegsausgang.

---

27) Paul Schreckenbach, "Der Weltbrand — Illustrierte Geschichte aus großer Zeit", Leipzig 1920, S. 140 - 142

28) Italien trat am 23. Mai 1915 auf Seiten der Alliierten in den Krieg ein, nachdem Großbritannien, Frankreich + Rußland in einem Geheimvertrag Italien den künftigen Besitzstand von Südtirol, Trentino, Triest, die Grafschaften Görz + Gradiska, Istrien, Dalmatien, alle von Italien besetzten Inseln des Dodekanes sowie Einfluß in Albanien versprochen hatten.

Außenpolitische Zielvorstellungen

Rußland

Obgleich, wie gesagt, überreichlich mit Lebensraum und Rohstoffen saturiert, hing die russische Außenpolitik langjährigen Sehnsüchten auf den Zugang zum Mittelmeer nach. Trotz der zahlreichen Wechsel in den Machtverhältnissen auf dem Balkan war sie diesem Ziel nicht nähergekommen.

Will man das Verhältnis zwischen Rußland und Österreich-Ungarn sachgerecht bewerten, so empfiehlt sich ein Rückblick auf das Jahr 1876, als Österreich im russisch-türkischen Krieg neutral geblieben war. Als Gegenleistung dafür unterstützte Petrograd die Besetzung der serbisch besiedelten Provinzen Bosnien und Herzegowina durch die k. u. k. Monarchie. 1878 verwandelte der Berliner Kongreß diese Vereinbarung in ein europäisches Mandat.

1908 gab Rußland sein Einverständnis, daß Wien die beiden Provinzen durch einen formellen Akt der Annektion "regularisiere". Österreich mußte als Gegenleistung versprechen, die internationale Diplomatie dafür zu gewinnen, daß die verschiedenen europäischen Verträge in bezug auf die Dardanellen aufgehoben und russischen Kriegsschiffen das Recht zugestanden werde, den Bosporus frei zu passieren, also den Zugang zum Mittelmeer zu eröffnen. (Die Serben selber waren für die russischen Politiker offensichtlich von keinem wesentlichen Interesse). Diese Zusage jedenfalls hat Österreich nicht eingehalten bzw. einhalten können, was zu einer Verärgerung der zaristischen Diplomatie und zu einer Kursänderung gegen Österreich-Ungarn führte.

So entsann man sich in Petrograd erneut der großserbischen Aspirationen zur Schaffung eines gesamtserbischen Staates und kombinierte die französischen "Revanche"-Bestrebungen zwecks Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen in das neue außenpolitische Konzept hinein, wobei der Zerfall, wenn nicht gar die Zerschlagung der k. u. k. Monarchie als nicht ungelegen einkalkuliert wurde. Ließ sich doch womöglich mit Hilfe solcher Art Veränderungen sowohl eine Nutzbarmachung der adriatischen Küste als auch eine Besitzergreifung von Konstantinopel bzw. der Dardanellen und damit das lang ersehnte Ziel nunmehr auf diese Weise erreichen.

Diese "imperialistischen" Bemühungen wie auch — zweifellos unverbindliche — britische Ermutigungen hierfür enthüllten die Bolschewisten nach dem Krieg in der Prawda unter Veröffentlichung zahlreicher bis dahin geheim gehaltener Dokumente der zaristischen Regierung. Außerdem hat der ehemalige serbische Geschäftsträger in Berlin und Politiker M. Boghitschewitsch in seinen Dokumentationsbänden "Die auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914" (3 Bde., Berlin 1928 - 1931) mit zahlreichen Berichten serbischer Gesandter aus Petrograd, Paris und London von 1908 - 1914 und weiteren Dokumenten diese Sachverhalte bestätigt und ergänzt.

So berichtete z.B. der damalige russische Außenminister Sasonow im September 1912 an den Zaren nach einem Besuch in London:

> **"Grey erklärte ohne zu schwanken, daß, wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daran setzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen.... Der König, der... mit mir dieselbe Frage berührte, sprach sich noch viel entschiedener als sein Minister aus. Mit sichtlicher Erregung erwähnte S.M. das Streben Deutschlands nach Gleichstellung mit Großbritannien in bezug auf die Seestreitkräfte und rief aus, daß im Falle eines Zusammenstoßes dies verhängnisvolle Folgen nicht nur für die deutsche Flotte, sondern auch für den deutschen Handel haben müsse, denn die Engländer würden jedes deutsche Schiff, das ihnen in die Hände kommt, in den Grund bohren. Die letzteren Worte spiegeln augenscheinlich nicht nur persönliche Gefühle S.M. wider, sondern auch die in England herrschende Stimmung in bezug auf Deutschland."** [29)]

Im April 1914:

> **"zeigte Sir E. Grey aber die klar ausgesprochene und bestimmte Bereitwilligkeit, gemeinsame Operationen englischer Streitkräfte nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit Rußland zu organisieren."** [30)]

Der serbische Gesandte Popowitsch am 27.3.1913 nach Belgrad:

> **"Der (russische) Minister des Äußeren hat mir erwidert, er hege nach den großen Erfolgen Vertrauen zu unserer Kraft und glaube, daß wir Österreich-Ungarn erschüttern werden. Demgemäß sollten wir uns mit dem begnügen, was wir bekommen werden, und dies als eine Etappe betrachten; denn die Zukunft sei unser..."** [31)]

Iswolski an Sasonow aus Paris am 12.9.1912:

---

29) Deutsches Weißbuch 1919 = "Deutschland schuldig? — Deutsches Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges", hrsg. mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes, Berlin 1919, S. 195 + E.D. Morel aaO., S. 81 + 243
30) E.D. Morel aaO., S. 82
31) E.D. Morel aaO. S. 194

"Sollte jedoch der Zusammenstoß (Rußlands) mit Österreich ein bewaffnetes Eingreifen Deutschlands nach sich ziehen, so erkennt Frankreich das von vornherein für einen 'casus foederis' an und wird auch nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen... (Poincaré sagte zu Iswolski), es sei ihm bekannt, daß die sachverständigen und verantwortlichen Persönlichkeiten die Chancen Rußland-Frankreichs im Falle eines allgemeinen Zusammenstoßes überaus optimistisch beurteilen..." 32)

Sasonow an den Zaren vom September 1912:

"Aus diesem Anlaß bestätigte mir Grey aus eigenem Antrieb das, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar: das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England sich im Falle eines Krieges mit Deutschland verpflichte, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent durch Landung von Truppen zu Hilfe zu kommen." 33)

M. Boghitschewitsch berichtet:

"Kronprinz Alexander (von Serbien) – und das erachte ich als historisch wichtig festzustellen – teilte mir mit, daß ihm der Kaiser von Rußland gelegentlich des Abschlusses dieses Vertrages gesagt habe, daß nunmehr die Aspirationen Serbiens gegenüber Österreich-Ungarn bald in Erfüllung gehen werden." (S. 36) 34)

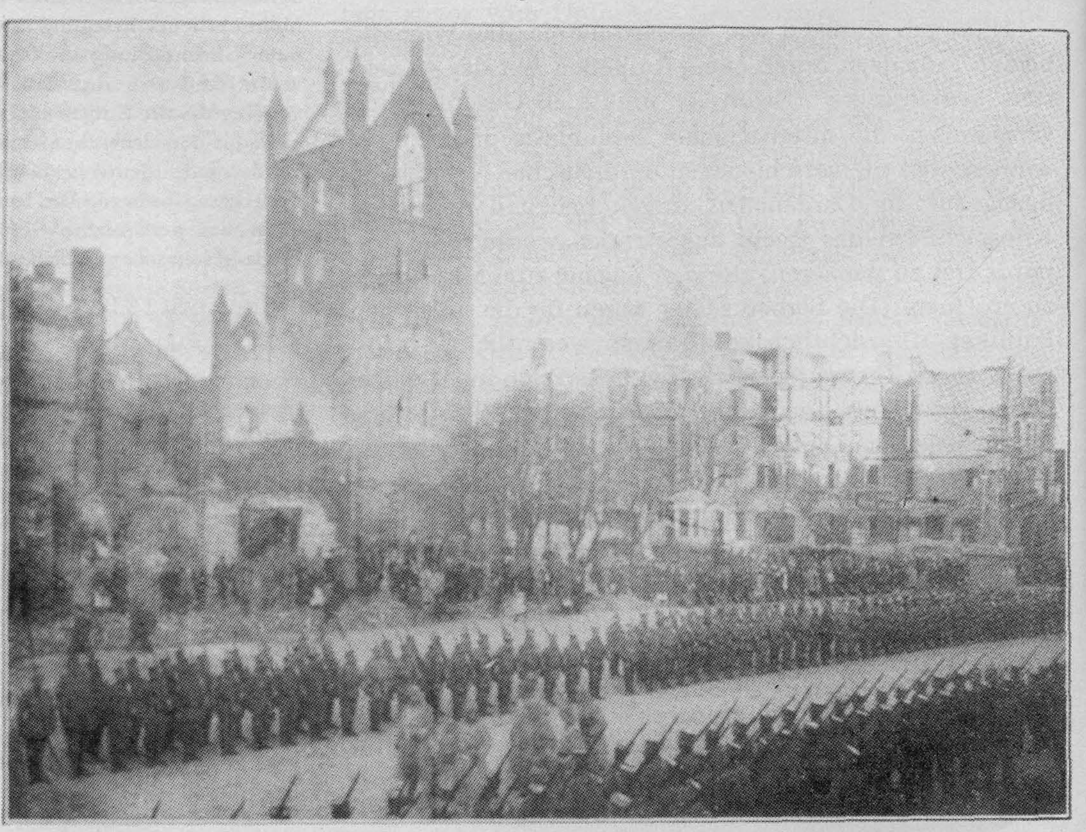
Der geheime Bündnisvertrag zwischen Serbien und Bulgarien vom 13.3.1912, unter der Schirmherrschaft Rußlands zustandegekommen, bildete den Kern eines neuen Balkanbundes zur Ausschaltung der Türkei. In einer Geheimklausel war vorgesehen, daß militärische Erwägungen seitens der Unterzeichner von der Entscheidung Rußlands abhängig sowie Streitfälle von Rußland als Schiedsrichter zu schlichten seien, "wobei die Gewinnung von Bosnien und der Herzegowina für Serbien eine große Rolle spielte". Bulgarien sollte Kompensationen in Mazedonien erhalten. Boghitschewitsch ergänzte:

"Ein im selben Jahr unterhandeltes Militär-Abkommen sah vor, daß Bulgarien für den Fall eines austroserbischen Zusammenstoßes den Serben mit 200.000 Mann zu Hilfe kommen solle. Als Iswolski im September 1912, kurz vor dem ersten Balkankrieg (den zu entfesseln der Hauptzweck des Vertrages war), dem Präsidenten Poincaré den Vertrag zeigte, bezeichnet ihn dieser sogleich als 'ein Werkzeug des Krieges' ('C'est un instrument de guerre!'). Es kann vernünftigerweise kein Zweifel darüber bestehen, daß Rußland den ersten Balkankrieg – obschon er für seine Pläne ein wenig zu früh ausgebrochen zu sein scheint – als den ersten Schritt in seiner Doppel-Absicht förderte, Österreich zu zertrümmern und Konstantinopel zwecks Russifizierung der Meerengen zu erwerben – 'ein Prolog zu dem Kriege um Konstantinopel', wie Pokrowski bemerkt.

Die russischen Diplomaten verheimlichten Sir E. Grey vor dem großen Krieg so weit als möglich ihre Absichten auf die Türkei; aber sofort bei seinem Ausbruch deckten sie ihre Karten auf, und Sir E. Grey hatte keine andere Wahl als nachzugeben, wie er immer seit dem persischen Abkommen von 1907 Schritt um Schritt den russischen Forderungen nachgegeben hatte.

Den ersten Wink über diese Tatsache gab uns Herr Trepoff, der russische Premier-Minister, als er am 2. Dezember 1916 in der Duma bekannt gab, Rußland habe 1915 ein Abkommen mit Großbritannien und Frankreich geschlossen, das 'in der bestimmtesten Form das Recht Rußlands auf die Meerengen und Konstantinopel bestätigt.' Im Mai 1916 aber hatte sich Sir E. Grey, im Unterhaus befragt über die in Umlauf befindlichen Gerüchte, daß solch ein Abkommen geschlossen worden sei, geweigert, eine Auskunft zu erteilen: ein typisches Beispiel für die verächtliche Behandlung, die der britischen gesetzgebenden Körperschaft zuteil wurde, solange Sir E. Grey das Auswärtige Amt innehatte. Ein weiterer Beweis – wäre ein solcher überhaupt nötig gewesen – wurde rasch durch des Zaren Bescheid auf das erste deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 geliefert, in dem er das deutsche Angebot als ein Bekenntnis der herannahenden 'vollständigen Niederlage' bezeichnete und ankündigte, daß Rußland den Krieg bis zur Besitznahme von Konstantinopel und der Meerengen fortsetzen werde. Der Wortlaut des Geheim-Abkommens wurde im Herbst 1917 von der Sowjet-Regierung veröffentlicht und im Dezember 1917 vom 'Manchester Guardian' abgedruckt; es war im März 1915 abgeschlossen worden." 34)

Jedenfalls erweisen sich die serbisch-russischen Dokumente von 1908 - 1914 als die Schlüsseldokumente für eine eindeutig aktive, gegen den Bestand der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gerichteten russischen



Landwehrparade vor Generalfeldmarschall v. Hindenburg im zerstörten Lyck, der Haupstadt Masurens, nach der Schlacht an den Masurischen Seen und Zurückdrängung der russischen Armeen aus Ostpreußen im Frühjahr 1915.

32) E.D. Morel aaO. S. 194
33) E.D. Morel aaO. S. 218
34) E.D. Morel aaO. S. 239 - 240

Balkanpolitik.

Während die Reichsregierung gerade in jenen Jahren viel erfolgreiche Anstrengungen gemacht hatte, um die k. u. k. Monarchie in den zahlreichen Wirren auf dem Balkan zurückzuhalten, hat Petersburg Druck auf Serbien dahingehend ausgeübt, Konzessionen gegenüber Bulgarien zu gewähren. Rußland stellte für diesen Fall seine und die Hilfe anderer Großmächte (offensichtlich Frankreichs) für großserbische Ansprüche auf Bosnien und die Herzegowina in Aussicht. Dies war gleichbedeutend mit einer eindeutig gegen den Bestand Österreich-Ungarns gerichteten Politik, die dann lediglich im Hintergrund auf die auslösende Gelegenheit zu warten brauchte. Da sich damals derartige Korrespondenzen und Absprachen ohnehin auf geheimer diplomatischer Ebene abspielten, die Staatsarchive indessen vor einem gegnerischen Zugriff weitgehend sicher waren, konnte man das alles vor den Völkern der Welt verheimlichen, dafür aber d a s für die Propaganda in Umlauf setzen, was machtpolitisch ins Konzept paßte und den Gegner belastete bzw. zu belasten schien.

Zum Beleg für diese russischen Initiativen seien einige dieser Dokumente genannt:

So führt z.B. der serbische Gesandte in Bukarest in seinem Bericht vom 26.11.1912 aus, sein russischer und französischer Kollege hätten ihm geraten, Serbien solle "möglichst vorbereitet die gewichtigen Ereignisse erwarten, die unter den Großmächten eintreten müssen".

Der serbische Gesandte in Petrograd weiß am 12.5.1913 vom russischen Außenminister zu berichten:

"Wiederum sagte mir Sasonow, daß wir für die künftige Zeit arbeiten müssen, wann wir viel Land von Österreich bekommen werden. Ich entgegnete ihm, daß wir Bitolia (Monastir) den Bulgaren schenken werden, wenn wir Bosnien und andere Länder bekommen werden." [35]

Die Zuversicht für die machtpolitische Fundierung dieser Initiativen begründeten die russischen Diplomaten sowohl mit den weiträumigen Reserven und der Unbesiegbarkeit ihres eigenen Landes, als auch mit der abgeklopften Einstellung der politischen, militärischen und publizistischen Führungskräfte in Frankreich. Hierüber ist ein Bericht des damaligen russischen Botschafters in London, Sasonow, vom 25.2.1913 aufschlußreich:

"Wenn ich seine (Paul Cambons) Unterredungen mit mir, die gewechselten Worte kurz wiederhole und die Haltung Poincarés hinzufüge, kommt mir der Gedanke, der einer Überzeugung gleicht, daß von allen Mächten Frankreich die einzige ist, welche, um nicht zu sagen, daß sie den Krieg wünscht, ihn doch ohne großes Bedauern sehen würde. Jedenfalls hat mir nichts gezeigt, daß Frankreich aktiv dazu beiträgt, in dem Sinne eines Kompromisses zu arbeiten. Nun, der Kompromiß – ist der Friede; jenseits des Kompromisses liegt der Krieg... Es (Frankreich) hat, sei es mit Recht oder Unrecht, vollständiges Vertrauen zu seinem Heere; der alte gärende Groll ist wieder aufgetaucht, und Frankreich könnte sehr wohl annehmen, daß die Umstände heute günstiger sind, als sie es später jemals sein würden....

Einerseits bietet uns die Gemütsverfassung Frankreichs eine Garantie, aber andererseits darf es doch nicht geschehen, daß der Krieg aus Interessen ausbricht, die mehr französisch als russisch sind, und jedenfalls nicht unter Umständen, die günstiger für Frankreich als für Rußland sein könnten." [36]

Der britische Historiker E.D. Morel kommentiert diese Ausführungen mit den Worten:

"Ein intimes Streiflicht, dieser letzte Satz, auf die Unterwelt der Geheim-Diplomatie! Den unheilvollen Bewohnern dieser Welt – seien es nun Russen oder Deutsche oder Franzosen oder Briten – ist 'Krieg', was Blutbad, Elend, Verhungern und den Ruin für Millionen demütiger und unschuldsvoller Menschen bedeutet, eine Partie Schach. Sie berechnen, wie sie ihre Gegner hereinlegen können – und wie sie es zu verhindern vermögen, daß sie von ihren augenblicklichen Freunden selber hereingelegt werden." [37]

Am 2.2.1914 gewährte der Zar dem serbischen Ministerpräsidenten ein Interview von einstündiger Dauer. In einer Niederschrift hat Paschitsch den Hergang festgehalten. [38] Hier einige Auszüge, zitiert nach Morel:

"Paschitsch beglückwünschte den Zaren überschwenglich, 'daß sich Rußland so gut gerüstet hat'; er bittet ihn um 120.000 Gewehre, um Munition und einige Haubitzen. Der Zar gibt sein Einverständnis, daß Sasonow eine Liste des von Serbien benötigten Materials erhalte. Der Zar frägt, wie viele Soldaten Serbien jetzt aufstellen könne. Paschitsch antwortet 'eine halbe Million'; worauf der Zar bemerkt:

'Das ist genügend, das ist keine Kleinigkeit, damit kann man viel ausrichten.' Paschitsch sondiert die Möglichkeit einer ehelichen Verbindung zwischen dem Sohn König Peters und einer der Großfürstinnen. Der Zar nimmt den Gedanken recht wohlgefällig auf. Paschitsch ruft entzückt aus: 'Wenn es uns beschieden ist, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen serbisch-kroatischen Volkes[39] werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen.'

Das Interview endet mit der Versicherung des Zaren:

'Für Serbien werden wir alles tun ; grüßen Sie den König und sagen Sie ihm: 'Für Serbien werden wir alles tun .' " [40]

Auf dieses Interview hin ließ der Zar in Petrograd den Kriegsrat einberufen, der beauftragt wurde, "ein allseitiges Aktionsprogramm für eine uns günstige Lösung der historischen Meerengenfrage" auszuarbeiten. Memorandum und Protokoll der Konferenz wurden dem Zaren am 5.3.1914 vorgelegt. – Erstmals die Sowjets haben sie nach Kriegsende veröffentlicht. Der vollständige Text ist nachzulesen im Deutschen Weißbuch 1919 auf Seiten

35) E.D. Morel aaO. S. 246

36) E.D. Morel aaO. S. 253
37) E.D. Morel aaO. S. 254
38) Die Auswärtige Politik Serbiens 1903 - 1914, aaO., Bd. I, S. 414, Dok. Nr. 399
39) Dies zielte zweifellos auf die Schaffung eines großserbischen Staates unter Einschluß des noch zu Österreich-Ungarn gehörenden Bosnien und der Herzegowina
40) E.D. Morel aaO., S. 255

169 - 181. Der britische Historiker E.D. Morel faßt wie folgt zusammen:

"Das Memorandum beginnt mit der Voraussage, daß die 'erwartete Krisis, die möglicherweise sehr bald eintreten kann', die sofortige Verstärkung der russischen Streitkräfte im Gebiet des Schwarzen Meeres verlangt. Verschiedene Möglichkeiten werden erörtert:

'Unsere historische Aufgabe bezüglich der Meerengen besteht in der Ausdehnung unserer Herrschaft auf dieselben....Es ist viel Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß es uns bevorsteht, die Meerengenfrage während eines europäischen Krieges zu lösen.'

Im Protokoll hören wir Sasonow die Meinung äußern:

'Man kann nicht voraussetzen, daß unsere Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könne. Man muß annehmen, daß unter solchen Umständen Serbien gezwungen sein wird, seine gesamte Macht gegen Österreich-Ungarn zu werfen.'

Der Chef des Generalstabes 'hebt die große Bedeutung eines serbischen Angriffs auf Österreich-Ungarn für Rußland hervor, wenn Rußland und Österreich-Ungarn die Waffen gegeneinander erheben sollten. Nach bei ihm eingelaufenen Mitteilungen sei Österreich gezwungen, vier oder fünf Korps für den Kampf gegen Serbien abzusondern...'

Der Chef des Generalstabes gab ferner 'seiner Überzeugung dahin Ausdruck, daß der Kampf um Konstantinopel außerhalb eines europäischen Krieges unmöglich sei.'

Der Marineminister beklagte, daß Rußland die Abtretung des Schiffes 'Rio de Janeiro' seitens Brasilien an die Türkei nicht habe verhindern können.

'Das Marineressort gibt sich jetzt alle Mühe zu verhindern, daß noch andere Dreadnoughts durch Verkauf in die Hände der Türkei übergehen. Seiner kaiserlichen Majestät war es genehm, diese Erwägung gutzuheißen und zu befehlen, die im Auslande befindlichen Dreadnoughts zu erwerben.'" 41)

Waren diese Hintergründe im Jahre 1914 in Deutschland nicht bekannt und wahrscheinlich auch nicht in England und Frankreich, so verwundert es nicht, daß diese Sachverhalte in der mit Kriegsbeginn naturgemäß aufflammenden Kriegsschuldagitation gar nicht erwähnt sind. Erst im nachhinein, im Jahre 1915 erfuhr London davon. Doch die Kriegsverbündeten wurden sich schnell auch hierin einig: sie schlossen ein Geheimabkommen — wiederum hinter dem Rücken der Völker und auf Kosten anderer Herren Länder, wie gehabt —, in dem Großbritannien an Rußland Rechte in bezug auf die Dardanellen und Konstantinopel zugestand.

Im einzelnen enthielt das russische Memorandum vom 4.3.1915 folgende Wünsche:

"Einverleibung von Konstantinopel, die Westküste vom Bosporus, das Marmarameer einschließlich der dortigen Inseln, die Dardanellen, Süd-Thrazien bis zur Linie Enos-Midia, die Küste Kleinasiens zwischen dem Bosporus, dem Fluß Sakaria und einem später zu bestimmenden Punkt des Golfes von Ismid."

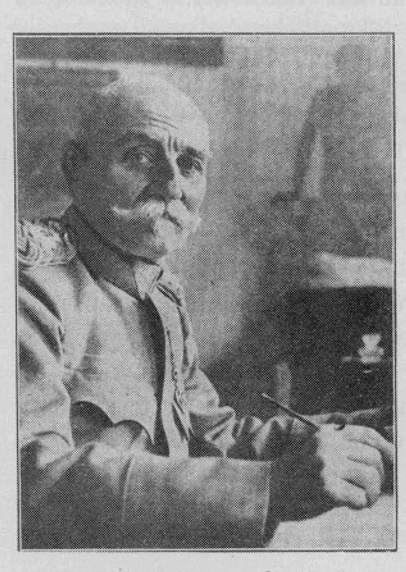
Am 7. März 1915 bedankte sich Sasonow für die Genehmigung in London:

"Würden Sie bitte Grey die tiefgefühlte Dankbarkeit der Kaiserlichen Regierung übermitteln für die völlige und endgültige Zustimmung Großbritanniens zu der Lösung der Frage der Meerenge und Konstantinopels in Übereinstimmung mit den russischen Wünschen." 42)

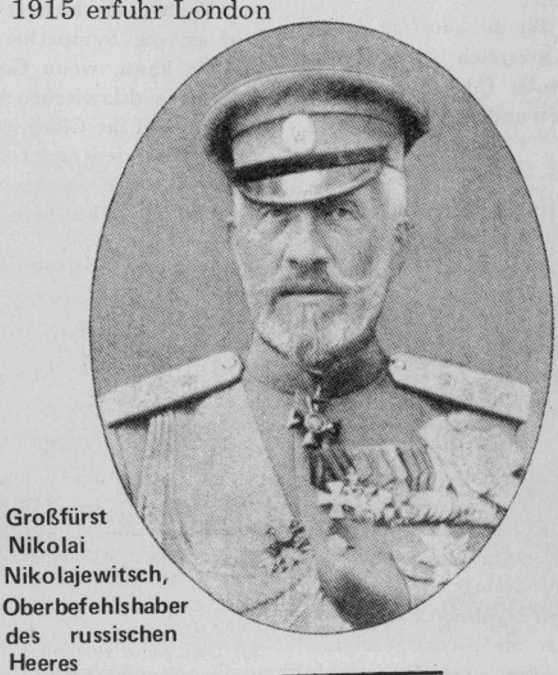
Die bolschewistische Revolution in Rußland 1917 enthob schließlich die britischen Politiker dieser Peinlichkeit.

Die Bedeutung der zaristischen Dokumente, die von den Sowjets nach Kriegsende zur Publikation freigegeben worden sind, faßt der britische Historiker E.D. Morel in folgende Worte:

"Der Gesamteindruck dieses Beweismaterials läßt keinen Zweifel mehr über die hauptsächlichste Kriegsursache aufkommen, die, wie M. Boghitschewitsch, der Minister unseres serbischen Verbündeten, sagt, in erster Linie der Vorsatz Rußlands war, Österreich zu vernichten, um die russische Vorherrschaft auf dem Balkan zu erringen; und die zweitens in dem Verlangen Frankreichs bestand, sich für seine vor 50 Jahren durch Preußen erlittene Niederlage zu rächen." 43)



König Peter von Serbien



Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Oberbefehlshaber des russischen Heeres



Der russische Kriegsminister Suchomlinow; — er wurde 1918 von den Bolschewiki zur Zwangsarbeit verurteilt

41) E.D. Morel aaO. S. 256 - 257

42) A. Ponsonby, aaO., S. 118
43) E.D. Morel, aaO., S. 227

Frankreich

Der belgische Gesandte in Paris, Baron Guillaume, schrieb in einer Note an seine Regierung am 8. Mai 1914:

"Unstreitig ist die französische Nation in diesen letzten Monaten chauvinistischer und selbstbewußter geworden. Dieselben berufenen und sachverständigen Persönlichkeiten, die vor zwei Jahren sehr lebhafte Befürchtungen bei der bloßen Erwähnung von möglichen Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland äußerten, stimmen jetzt einen anderen Ton an; sie behaupten des Sieges gewiß zu sein, machen viel Aufhebens von den übrigens tatsächlich vorhandenen Fortschritten, die die französische Armee gemacht hat, und behaupten sicher zu sein, das deutsche Heer zum mindesten lange genug in Schach halten zu können, um Rußland Zeit zu lassen, Truppen zusammenzuziehen und sich auf seinen westlichen Nachbarn zu stürzen. Eines der gefährlichsten Momente in der augenblicklichen Lage ist die Rückkehr Frankreichs zum D.-J.-G. 44) Sie wurde von der militärischen Partei leichtfertig durchgesetzt, und das Land kann sie nicht ertragen. Innerhalb zweier Jahre wird man auf sie verzichten oder Krieg führen müssen." 45)

Bestimmte politische Zielvorstellungen hatten zu den Geheimverträgen mit Rußland und Großbritannien geführt, wobei hinsichtlich Londons die afrikanischen Besitzungen im Vordergrund der Erwägungen standen, hinsichtlich Rußlands indessen eine Revision der Grenzen von Elsaß-Lothringen zugunsten Frankreichs dominierten. Die Geheimverträge wiederum hatten zu mündlichen und schriftlichen Weiterungen geführt, die keineswegs auf einen Verteidigungsfall bezogen waren, sondern diese Begrenzungen ausdrücklich überschritten. Die — "demokratisch" regierten — Völker freilich wußten von alledem nichts. Die "Demokratien" wurden nachweislich ähnlich autokratisch geführt wie die Monarchien. So war es eine persönliche Entscheidung des französischen Staatspräsidenten Poincaré, der sein Leben lang für die Rückkehr von Elsaß-Lothringen an Frankreich eingetreten war, als er dem russischen Botschafter Iswolski nach dessen Darlegung eines eventuellen austro-russischen Konfliktes, bei dem Deutschland an die Seite Österreichs treten würde, im September 1912 versicherte:

"Frankreich würde dies von vornherein für einen 'casus foederis' anerkennen und auch nicht eine Minute zögern, seine Verpflichtungen gegen Rußland zu erfüllen." 46)

Am 17. und 18.11.1912 wiederholte Poincaré dem russischen Botschafter diese Versicherung.

44) D.-J.-G. = Drei-Jahres-(Wehrpflicht)-Gesetz, am 7. August 1913 vom französischen Parlament beschlossen

45) E.D. Morel aaO., S. 192

46) Iswolski an Sasonow; — Deutsches Weißbuch 1919, S. 193

Schon bei seinem Amtsantritt als Staatspräsident im Januar 1913 hatte Poincaré für die entsprechende Zielrichtung gesorgt:

"War doch als eine der ersten Amtshandlungen des neuen Präsidenten Poincaré eigens zu diesem Zweck der frühere Minister Delcassé, der tätige Förderer der Entente cordiale und erbitterte Feind Deutschlands, zum französischen Botschafter in St. Petersburg ernannt und den Russen 'als Persönlichkeit von ganz besonderer Autorität, gewissermaßen als Personifikation des Bündnisses und als besonders kompetent... auch in allem, was die Heeres- und ... Flottenangelegenheit betrifft' empfohlen worden." 47)

Der Brückenschlag zwischen Paris und Petersburg ging auf das Bündnis beider Länder von 1891 sowie 1892 zurück: In diesen Verträgen sicherten sich beide Partner Freundschaft und Unterstützung für den Verteidigungsfall zu. 1899 wurden diese Texte der gegenseitigen Verpflichtungen mittels Korrespondenzen zwischen dem französischen Außenminister Delcassé und dem russischen Außenminister Mouravieff ausgeweitet und als Bündnisziel die "Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes" festgelegt. Diese Formel eröffnete den Weg für Eventualitäten, die über den bisherigen Verteidigungscharakter hinausgingen und verpflichteten den Partner auch dann zur Kriegshilfe, wenn der andere zwecks "Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes" den Einsatz seines Militärs für gerechtfertigt ansah, wenn er selbst nicht angegriffen worden ist; so z.B. im Jahre 1914 Rußlands Mobilisierung gegen Österreich-Ungarn unter dem Vorwand der Aufrechterhaltung des Status quo (des bestehenden Zustandes) in Serbien, während in Wirklichkeit beabsichtigt war, ein Großserbien zu schaffen und die österreich-ungarische Monarchie zu zerschlagen.

Am 31.8.1911 unterzeichneten die Chefs der französischen und russischen Generalstäbe ein Abkommen, das diesen diplomatischen Schriftwechsel vertraglich fixierte und die Notwendigkeit unterstrich, im Ernstfall so weit wie irgend möglich "gleichzeitig eine energische Offensive zu ergreifen". Die beiden Generalstäbe haben sich anschließend in weiteren häufigen Kontakten und Protokollen bis zum Kriegsausbruch 1914 ohne Bezugnahme auf einzelne politische Vorgänge in genauen Angaben z.B. über die Fristen für die Konzentrierung und Vormarschoperationen der Armeen festgelegt. Der gemeinsame Feind Deutschland schien bereits langfristig festzustehen, obgleich weder die Russen noch die Franzosen deutsche Angriffsabsichten unterstellt oder gar belegt haben.

47) "Der Weltkrieg 1914 - 1918", bearb. + hrsg. vom Reichsarchiv, Berlin 1930, Bd. I, "Kriegsrüstung + Kriegswirtschaft", S. 190/191

Ebenso wie die geheimen Vertragstexte mittels Korrespondenzen "weiterentwickelt" wurden, so wurden auch die Korrespondenzen durch diplomatische Aussprachen mehr oder weniger ebenso verbindlich "weiterentwickelt". Die letzte dieser "weiterentwickelnden" Absprachen betraf jene zwischen Poincaré und dem Zaren sowie Sasonow im Juli 1914 in Petrograd, die serbischen Interessen im Konflikt mit Österreich nicht beeinträchtigen zu lassen.

So wußten praktisch nur ganz wenige Führungskräfte, nicht einmal die jeweiligen Kabinettsmitglieder — selbst der "demokratisch gewählten" Regierung Frankreichs —, welche Verpflichtungen für das französische Volk überhaupt vorlagen und welchen Zielvorstellungen die beiden Regierungen nachgingen.

Es ist geradezu erschütternd, wenn selbst der britische Außenminister Edward Grey nach Kriegsausbruch vor dem Unterhaus zugeben mußte, daß er nicht einmal den Text des eigentlichen franko-russischen Bündnisses kenne, geschweige denn die "Weiterentwicklungen" jener Verbindlichkeiten. So gab Großbritannien einen Blankoscheck an Frankreich, während Frankreich längst einen an Rußland vergeben hatte, ohne London davon ausreichend zu unterrichten.

Boghitschewitsch bezeichnet sein Abschiedsgespräch mit dem französischen Botschafter in Berlin, Cambon, als typisch für die französische Haltung:

"Wenn Deutschland es auf den Krieg ankommen lassen will, so wird es auch England gegen sich haben; die englische Flotte wird die deutschen Häfen blockieren und in drei Wochen in den Hafen von Hamburg eindringen. Die französischen Militärs behaupten, daß sie das deutsche Heer glatt schlagen werden. Als ich mich von ihm verabschiedete, waren seine letzten Worte: 'bonne chance'.

Nicht Worte freundschaftlicher Verwarnung an Serbien oder Ratschläge zur Mäßigung kamen diesmal aus seinem Munde, mit keiner Silbe deutete er die Nützlichkeit oder gar die Notwendigkeit französischer Vorstellungen in Petersburg an. Er machte auf mich den Eindruck eines Mannes, der sich mit der unvermeidlichen Tatsache des Krieges bereits abgefunden hatte. Von dieser meiner letzten Unterredung vor Ausbruch des Krieges mit Herrn Cambon, hatte ich die Gewißheit mitgenommen, daß der Krieg, falls er nicht bereits schon früher, gewiß anläßlich der Begegnung Poincarés mit dem russischen Kaiser in Petersburg beschlossen worden war." 48)



1. Kameneff, Rußland, 2. Joffe, Vorsitzender der ruff. Delegation, 3. Frau A. A. Biecenko, Mitglied der ruff. Delegation, 4. Kontre=Admiral Altvater, Rußland, 5. Lipsky, Hauptmann im ruff. Generalstab, 6. Karachan, Sekretär der ruff. Delegation, 7. Fokke, Oberstleutnant im ruff. Generalstab, 8. Zeki Pascha Exz., der Bevollmächtigte der Türkei, 9. Von Méry, Botschafter, Österreich-Ungarn, 10. Prinz Leopold von Bayern, Oberbefehlshaber Ost, 11. Hoffmann, Generalmajor, Chef des Stabes, 12. Gantschew, Oberst, der bulg. Bevollmächtigte, 13. Horn, Kapitän zur See, 14. Hey, Hauptmann im Generalstab, 15. Brinkmann, Major im Generalstab, 16. v. Kameke, Major, 17. v. Rosenberg, Rittmeister, 18. v. Mirbach, Major

Die Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages

Phot. Bild- u. Film-Amt

Die Unterzeichnung des Waffenstillstandes von Brest am 15.12.1917. — Erst am 3.3.1918 wurde der Friede von Brest-Litowsk abgeschlossen.

48) M. Boghitschewitsch, "Kriegsursachen", Zürich 1919, S. 96

Großbritannien

Die diplomatischen Geheimabsprachen mit Frankreich hatten Großbritannien praktisch seit der Marokkokrise 1906 moralisch an die Seite Frankreichs im Kriegsfall verpflichtet. Die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland spielte bei der Einlösung dieser moralischen Verpflichtung nur eine propagandistische Rolle. Die jahrhundertealte Strategie vom "europäischen Gleichgewicht" dominierte, — diesmal mit Zielrichtung gegen Deutschland als der stärksten europäischen Kontinentalmacht. Für diese Strategie zählte nur der Machtfaktor an sich, nicht irgendein schuldhaftes politisches Verhalten in dieser oder jener Form.

Da Großbritannien die ohnehin weltweit größte Imperial- bzw. Kolonialmacht, die Beherrscherin der Meere war, hatte Europa noch nicht einmal unbedingt den ersten Stellenwert in der britischen Globalstrategie. So ergab es sich, daß Londons diesmalige Option für Frankreich noch nicht einmal motiviert war mit machtpolitischen Erwägungen gegenüber dem europäischen Kontinent, sondern ganz egoistisch aus Englands Machtstreben, die Franzosen aus dem von ihnen gebauten Suezkanal und dem hier neu entstandenen seestrategischen Schlüsselpunkt zwischen dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean zu verdrängen. England erkaufte sich die "freie Hand in Ägypten" in einem Abkommen mit Frankreich im Jahre 1904 und sicherte Frankreich dafür "freie Hand" in Marokko zu. Wie man sieht, Abkommen über anderer Herren Länder. Störend bei diesem Handel war indessen, daß hierbei vornehmlich Deutschland aus seinen wirtschaftlichen Rechten in Marokko verdrängt werden mußte, sollte das Kompensationsgeschäft zwischen London und Paris nicht nur einseitige Vorteile für die Themse-Metropole abwerfen. Der politischen Einigkeit folgten im Jahre 1906 militärische und maritime Abmachungen zwischen den britischen und französischen Generalstäben. Ihr Inhalt blieb geheim und begründete kein Bündnis im Sinne üblicher Regierungsverträge, obgleich die Regierungen natürlich die Initiatoren waren. Jedenfalls konnten die Regierungen auf diese Weise vor der Öffentlichkeit politische und militärische Verbindlichkeiten leugnen, was sie bis Kriegsbeginn auch getan haben. Dennoch war eine wirksame Zusammenarbeit der Streitkräfte beider Länder bis hinein in die beiderseitigen Mobilisierungspläne und Entsendung eines britischen Expeditionskorps von 6 Divisionen nach Frankreich abgesprochen — für den Fall eines gemeinsamen Vorgehens gegen Deutschland.

Diese in den wesentlichen Teilen bis Kriegsausbruch 1914 geheim gebliebenen Absprachen und die sich bis dahin vollzogene Zusammenarbeit mußte die Politiker indessen, wie gesagt, moralisch binden, was Außenminister Grey am 3.8.1914 vor dem Unterhaus auch zugab. Bereits im Jahre 1912 — Abschluß einer Marinekonvention — wurde im Zuge dieser Konzeption ein Teil der britischen Mittelmeerflotte zum Schutz der französischen Atlantikküste, andererseits die französische Flotte ins Mittelmeer zum Schutz der dortigen britischen und — wie sich erweisen sollte — zur Unterstützung der russischen, gegen Österreich-Ungarn und die Türkei gerichteten Interessen verlegt.

Ähnlich wie imperiale Interessen Großbritanniens die "entente cordial" mit Frankreich begründet hatten, so haben andere imperiale Interessen Großbritanniens im Jahre 1907 einen Vertrag mit Rußland über Persien, Afghanistan und Tibet eingeleitet. Er enthielt zwar auch hier keine allgemeinen Verpflichtungen zur politischen oder gar militärischen Zusammenarbeit, verschaffte jedoch Rußland eine größere Handlungsfreiheit auf dem Balkan, aktivierte die Neuorientierung Rußlands nach Westen und wurde in Deutschland als Beleg für eine gegen das Reich gerichtete Einkreisung gewertet. Wie man sieht, wurde auch hier wiederum über fremder Herren Länder verfügt. Für "Vergangenheitsbewältigung" sehen die gentlemen freilich bis heute noch keinen Anlaß. Persien jedenfalls wurde in jenem Vertrag in 3 Zonen aufgeteilt, eine russische, eine britische und eine neutrale Einflußzone, was sowohl die Einmischung in die Gestaltung der inneren persischen Verhältnisse einschloß als auch die wirtschaftliche Ausschaltung anderer Länder, wovon vornehmlich wiederum Deutschland betroffen wurde. — Imperialpolitik, wie sie offenbar "zum guten Ton gehörte". Weitere Passagen jenes Vertrages sicherten Großbritannien die indischen Grenzen und den Verzicht Rußlands auf besondere Einflüsse in Afghanistan.

Daß man eine solche weltweit orientierte Strategie mit beliebig konstruierten "Feindbildern" motivieren kann, auch dann, wenn sie total unzutreffend sind,

versteht sich am Rande. So wurden dem Deutschen Kaiserreich die leidige "Flottenfrage" als "militaristisches Säbelrasseln" angelastet. Die Propaganda wurde nicht müde, dieses Thema immer und immer wieder hochzuspielen. Zutreffende Sätze seien hierzu aus einer jüngsten Forschungsanalyse zitiert:

"Die Flottenpolitik des Deutschen Reiches richtete sich erst in letzter Instanz direkt gegen England, und selbst darin war sie defensiv. Wilhelm II. warnte wiederholt mit Nachdruck davor, auf See eine unmittelbare Rivalität mit England anzustreben: 'Das ist das einzige, wozu wir niemals stark genug sein werden.' Im Jahr 1908 besaß Deutschland 22 Linienschiffe, England dagegen 59. Die Flottenvorlagen des Reiches waren nicht auf ein Wettrüsten zur See angelegt. Von 1909 bis 1914 hielt man in Deutschland an einem Flottenetat unter 11 Millionen Mark pro Jahr fest, während er sich in England von 11 auf 18 Millionen erhöhte. Wer dem Kaiser und dem Fürsten Bülow vorwirft, sie hätten in der Flottenfrage kein Augenmaß besessen, sollte England anlasten, daß seine Einschätzung der deutschen Marine als einer Existenzbedrohung nicht von souveränem Abwägen der Motive bestimmt war; denn auch das läßt sich beweisen. Spätestens seit 1908 verwechelte Großbritannien in seinem Verhältnis zu Deutschland wiederholt Wirklichkeit mit Wahn, Politik mit Panik.

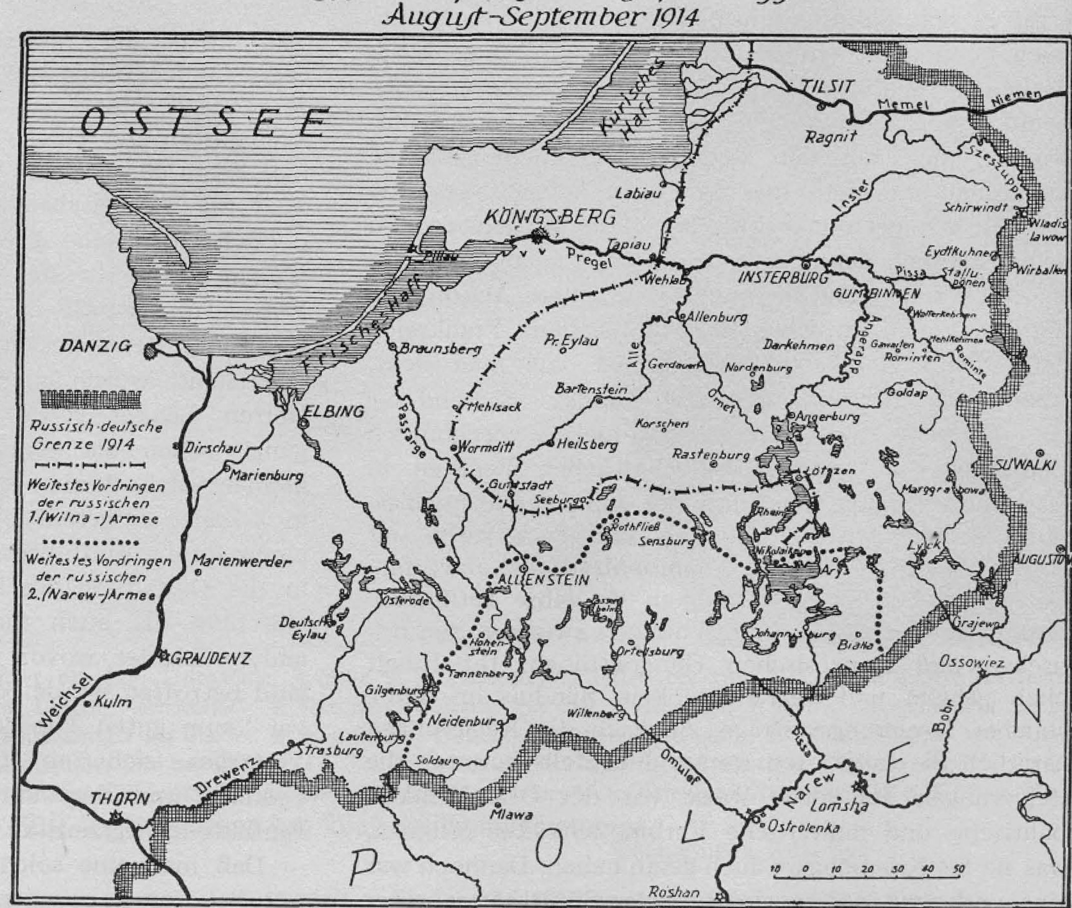
England steigerte die deutsche Flottenmacht auch deshalb zu einer direkten Bedrohung, weil es in der Stärke des Reiches eine Gefährdung des europäischen Gleichgewichts witterte, für dessen Erhalt es sich aus eigennützigen Motiven schon so lange verantwortlich fühlte.

In Wirklichkeit waren die aggressiven Spitzen, die der Flottenbau des Reiches für den Kriegsfall enthielt, ursprünglich gegen Frankreich und Rußland gerichtet: 'Es wäre politisch wie strategisch hirnverbrannt erschienen, die Möglichkeit eines späteren Angriffs auf England zu erwägen', versicherte Tirpitz. 'Der von mir ausgearbeitete Operationsplan von 1895 faßt den Zweifrontenkrieg ins Auge und rechnet bei allen seinen Einzelheiten mit einem neutralen England....' ....

Erst später wurde der Wunsch von Tirpitz, die Stärke der Kriegsmarine so zu erhöhen, daß auch England das Risiko eines Angriffs nicht auf sich nehmen konnte, zum Leitprinzip für die Zahl der Kiele. So defensiv die deutsche Haltung auch war, sie lieferte England schließlich einen zusätzlichen Anlaß für seinen Entschluß, sich in die Front gegen das Deutsche Reich einzugliedern und damit den Ring der Einkreisung — aus deutscher Sicht — zu schließen." 49)

Die britische Flotte war — als "Beherrscherin der Meere" — keineswegs nur zur Verteidigung der englischen Insel ausgebaut. Mittels maritimer Absprachen mit anderen Großmächten — siehe Frankreich — steigerte sie noch ihr militärisches und politisches Potential. So nimmt es nicht Wunder, wenn auch in der Zusammenarbeit mit Rußland vor Kriegsbeginn seestrategische Überlegungen den Konsultationen zwischen London und Petersburg zugrundegelegt wurden.

Unbesonnene Geschwätzigkeit der Russen und daraus sich ergebende Pressemitteilungen verhinderten zwar die im April 1914 beabsichtigten maritimen Abmachungen zwischen England und Rußland zur Unterstützung der russischen Ostseeflotte "vor Beginn von kriegerischen Operationen", brachten jedoch nicht den gänzlichen Abbruch diesbezüglicher, mehr oder weniger konspirativ zu nennender diplomatischer Fühlungnahmen. Ein russischer Marineagent in England, Kapitän Wolkoff, wurde zwischengeschaltet. Dennoch wurde das im Juni 1914 ausgearbeitete Flottenabkommen bis Kriegsbeginn nicht abgeschlossen. Zweifellos erwiesen sich hierbei die russischen Militärs als die drängenden, die Londoner Diplomaten hingegen als die vorsichtigen, zurückhaltenden Partner. So hatte Großbritannien weder die vorgesehenen Maßnahmen getroffen, die ein Abziehen



49) Hellmut Diwald, "Geschichte der Deutschen", aaO. S. 267 - 268

50) Deutsches Weißbuch 1919, S. 201

deutscher Flottenverbände aus der Ostsee bedingt hätten, noch haben sie der russischen Anregung folgend vor Kriegsbeginn Handelsschiffe zur Beförderung russischer Truppen in die Ostsee lanciert. Die vorgesehene russische Landung in Pommern "im günstigen Falle" fand daher nicht statt.[50])

War somit die britische Diplomatie im Jahre 1914 auf die Wahrnehmung ihrer weltstrategischen Konzeption als Führungsmacht des "Commonwealth of Nations" ausgerichtet, so ergab sich daraus, daß die Wortwechsel und der Austausch von Noten in den letzten Tagen vor Kriegsausbruch kein eigenes Schwergewicht entwickelten sondern so gehandhabt wurden, wie es der Ziellinie entsprach. Mit anderen Worten: Weder wertete die britische Regierung die russische Allgemeine Mobilmachung als Kriegsverschwörungs- oder Kriegsverbrechensdelikt, noch Frankreichs flankierende Maßnahmen, noch hat der deutsche Einmarsch in Belgien eine Entschlußänderung in den Londoner Führungskreisen bewirkt.

Am 31. Juli 1914 unterrichtet Grey den deutschen Botschafter, daß Großbritannien im Fall eines deutsch-französischen Krieges hineingezogen würde. Am 1.8. weigert er sich, eine Neutralität Großbritanniens für den Fall zuzusagen, daß Deutschland die belgische Neutralität respektieren werde, oder irgendwelche Bedingungen für die britische Neutralität zu benennen. Am 2.8. verspricht Grey Frankreich die britische Flottenhilfe, falls Deutschland die französische Küste oder Flotte angreifen sollte. Am 3.8. nachmittags erfährt die demokratische Volksvertretung, das Unterhaus von "dieser die britische Nation bindenden Verpflichtung". Das Parlament hat diese Überrumpelung durch einen einzigen Mann willenlos hingenommen und dazu noch Beifall geklatscht, offenbar ohne zu bemerken, daß der Souverän — das Volk bzw. die Volksvertretung — durch vorher bereits geschaffene Fakten in seiner Entscheidungsfreiheit ausgeschaltet war.

Wie ernsthaft Außenminister Grey die Gespräche der letzten Tage vor Kriegsausbruch geführt hat — ob sie lediglich für die Akten und die Öffentlichkeit bestimmt waren oder nicht —, läßt sich für einen Historiker außerordentlich schwer entscheiden. In diesen Tagen mag zweifellos die Verantwortungsschwere von Worten und Entscheidungen viel erregender und nachhaltiger in Erscheinung treten als in ruhigen Tagen, da die Begriffe "Krieg" oder "militärische Auseinandersetzung" oder "Konflikt" mehr oder weniger als unverbindliche, weil im Moment nicht akute, Argumentationsfloskeln verwendet werden mögen. Dennoch haben auch im schließlichen Ernstfall längere Zeit zurückliegende Haltungsbekundungen, die auf die diplomatischen Entscheidungsprozesse Anderer in irgendeiner Form eingewirkt haben und möglicherweise bei unveränderter Gesamtlage noch als immanent vorhanden vorausgesetzt werden können, ein nachhaltiges historisches Schwergewicht. Hierzu gehört z.B. auch der Inhalt eines Berichtes vom russischen Außenminister Sasonow an den Zaren über seine Unterhaltung mit dem britischen Außenminister im Oktober 1912:

> "Nachdem ich Grey vertraulich in den Inhalt unseres Marine-Abkommens mit Frankreich eingeweiht und darauf hingewiesen hatte, daß laut dem abgeschlossenen Vertrag die französische Flotte um die Sicherung unserer Interessen auf dem südlichen Kriegsschauplatz bemüht sein wird, indem sie die österreichische Flotte hindere, nach dem Schwarzen Meer durchzubrechen, fragte ich den Staatssekretär, ob nicht England seinerseits uns den gleichen Dienst im Norden erweisen könnte durch Ablenkung des deutschen Geschwaders von unserer Küste in der Ostsee. Grey erklärte, ohne zu schwanken, daß, wenn die in Frage stehenden Umstände eingetreten sein würden, England alles daransetzen würde, um der deutschen Machtstellung den fühlbarsten Schlag zuzufügen.... Aus diesem Anlaß bestätigte mir Grey aus eigenem Antrieb das, was ich bereits von Poincaré wußte, und zwar: das Vorhandensein eines Abkommens zwischen Frankreich und Großbritannien, nach dem England im Falle eines Krieges mit Deutschland sich verpflichtete, Frankreich nicht nur zur See, sondern auch auf dem Kontinent, durch Landung von Truppen, zu Hilfe zu kommen." [51])

Großbritannien blieb bis Kriegsbeginn 1914 fest entschlossen, unbestrittener Herrscher über die Weltmeere zu bleiben und keine fremde Flotte zu dulden, die im Bündnis mit einer anderen fremden Flotte 2/3 der britischen Flottenstärke erreichen könnte. Deutschland, das knapp 50% der britischen Flottenstärke besaß, lehnte eine Begrenzung der Seerüstung trotz Anerkennung einer grundsätzlichen britischen Überlegenheit solange ab, wie England keine Neutralitätsverpflichtung gegenüber Deutschland für den Kriegsfall mit einer anderen Macht einging. Dies wiederum verweigerte London. Großbritannien hingegen hielt eine vertraglich geregelte Begrenzung des deutschen Flottenbaues für die Voraussetzung einer politischen Annäherung. Deutscherseits wollte man in jedem Fall so stark sein, um einen britischen Angriff zum Risiko werden zu lassen, hatte man doch noch die Vernichtung der friedlichen dänischen Flotte vor Kopenhagen durch britische Kriegsschiffe vom Jahre 1807 in Erinnerung.

Dennoch sei festgestellt, daß England nicht — wie der spätere Premier Neville Chamberlain es für 1939 sagen sollte — "die Dinge vorangetrieben hat". Es hat sich jedoch nahezu vorbehaltlos an den Partner Frankreich gebunden, ihn uneingeschränkt gewähren lassen, obgleich Grey wußte, daß Frankreich seinerseits infolge seines — ebenfalls großenteils geheimen — Vertragssystems mit Rußland in "Verpflichtungen" verstrickt war, deren Auslösung vorbehaltlos in die Hände der zaristischen Regierung gelegt war.

---

51) E.D. Morel, "Truth and the War", deutsche Übersetzung, Berlin 1920, "Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege", hrsg. v. Hermann Lutz, S. 243

PERSONEN UND ÄMTER

Deutschland

Kaiser	Wilhelm II.
Reichskanzler + Außenminister	v. Bethmann-Hollweg
Staatssekretär im AA.	v. Jagow
Unterstaatssekretär im AA.	A. Zimmermann
Botschafter in Petersburg	F. Graf Pourtales
London	Fürst K.M. v. Lichnowsky
Paris	W. Frhr. v. Schoen
Wien	H. v. Tschirschky
Rom	H. v. Flotow
Konstantinopel	H. Frhr. v. Wangenheim
Gesandter in Brüssel	K. v. Below-Saleske
Belgrad	v. Griesinger
Luxemburg	v. Buch
Generalkonsul in Warschau	Brück
Militärattaché in Wien	K. Graf Kageneck
Petersburg	v. Eggeling
Kriegsminister	E. v. Falkenhayn
Marineminister	A. v. Tirpitz
Generalstabschef	H. v. Moltke

Großbritannien

König	Georg V.
Premierminister	H.H. Asquith
Außenminister	Edward Grey
Kriegsminister bis 1.8.1914	Lord Haldane
ab 2.8.1914	Lord Kitchener
Marineminister	Winston Churchill
Schatzkanzler	Lloyd George
Staatssekretär im Foreign Office	R.B. Haldane
Unterstaatssekretär im F.O.	A. Nicolson
Leiter d. Westabt. im Foreign Office	E. Crowe
Botschafter in Berlin	W.E. Goschen
Paris	F. Bertie
Petersburg	G. Buchanan
Wien	M. de Bunsen
Rom	J.R. Rodd
Gesandter in Brüssel	F. Villiers
Militärattaché in Paris	Yarde-Buller
Generalstabschef	Ch. Douglas

Italien

König	Viktor Emanuel III.
Ministerpräsident	Salandra
Außenminister	A.M. di San Giuliano
Generalstabschef	L. Graf Cadorna
Botschafter in Wien	Herzog v. Avarna
Berlin	M. Bollati
Paris	T. Tittoni
London	M. Imperiali
Petersburg	A.M. Carlotti
Militärattaché in Wien	Graf v. Albricci

Österreich-Ungarn

Kaiser	Franz Joseph
Thronfolger	Erzherzog Ferdinand
Ministerpräsident	K. Graf Stürgkh
Ministerpräsident für Ungarn	Graf Tisza
Außenminister	L. Graf Berchtold
Staatssekretär im AA	A. Graf Hoyo
Finanzminister	L. Ritter v. Biliński
Botschafter in Berlin	L. Graf Szögyény
Paris	F. Graf Szápáry
London	N. Graf Szécsen
Petersburg	A. Graf Mensdorff-Poully
Rom	K. v. Mérey
Gesandter in Belgrad	Baron v. Giesl
Gesandtschaftsrat in Belgrad	v. Storck
Militärattaché in Berlin	Frhr. v. Bienerth
Petersburg	F. Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst
Generalstabschef	C. v. Hötzendorf

Frankreich

Staatspräsident	Raimund Poincaré
Ministerpräsident + Außenminister	R. Viviani
Außenminister ab 2.8.1914	G. Doumergué
Kriegsminister	A. Messimy
Marineminister	Gauthier
Generalstabschef	J. Joffre
Justiz- + stellvertr. Außenminister	J.B. Bienvenu-Martin
Botschafter in Berlin	Jules Martin Cambon
London	Paul Pierre Cambon
Petersburg	G.M. Paléalogue
Wien	A. Dumaine
Rom	C. Barrère
Gesandter in Brüssel	Klobukowski
Militärattaché in Berlin	Serret
London	Panouse
Pol. Direktor im AA	B.J. de Margerie

Rußland

Zar	Nikolaus II
Ministerpräsident	I. Goremykin
Außenminister	S.D. Sasonow
Kriegsminister	W.A. Suchomlinow
Marineminister	I.K. Grigorowitsch*
Innenminister	N.A. Maklakow
Finanzminister	Graf Witte
Generalstabschef	Januschkewitsch
Botschafter in Berlin	S. Swerbejew
London	A. Graf v. Benckendorff
Paris	A.P. Iswolski
Wien	N. Schebeko
Rom	N.H. v. Hartwich
Gesandter in Belgrad	Hartwig, † 10.7.1914
Militärattaché in Wien	A. Baron Wyneken
Paris	Graf v. Ignatiew
Belgrad	Artamanow
Geschäftsträger in Berlin	Bronewski
Belgrad	W.N. Strandmann

Belgien

König	**Albert I.**
Ministerpräsident	**de Broqueville**
Außenminister	**M. Davignon**
Gesandter in Berlin	**Baron v. Beyen**
Paris	**Baron Guillaume**

USA

Präsident	**Woodrow Wilson**
Außenminister (Secretary of State)	**J. Bryan**
ab 1915	**R. Lansing**
Botschafter in Berlin	**J.W. Gerard**
London	**W.H. Page**
Paris	**M.T. Herrick**
Petersburg	**Wilson**

Serbien

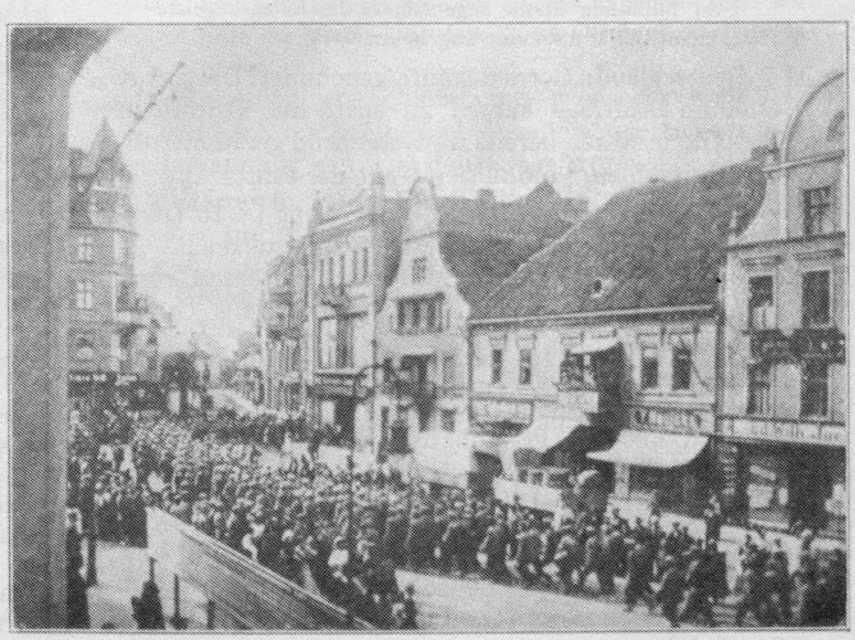
König	**Peter I**
Prinzregent	**Alexander**
Ministerpräsident + Außenminister	**N. Paschitsch**
Innenminister	**St. Protitsch**
Kriegsminister	**D. Stefanovitsch**
Generalstabschef	**Putnik**
Erziehungsminister, später Parlamentspräsident	**L. Jowanowitsch**
Generalsekretär im Auswärtigen Amt	**Gruitsch**
Gesandter in London	**Bošković**
Wien	**J. Jovanovitsch**
Petersburg	**Kosutitsch**
Paris	**M.R. Vesnitsch**
Geschäftsträger in Berlin	**M. Boghitschewitsch**



Am 11. September 1914 räumten die letzten Russen Insterburg fluchtartig



Bereits 14 Tage nach Kriegsbeginn rückten zwei gewaltige russische Armeen in Ostpreußen ein. – Russenparade in Insterburg am 5. September 1914 vor Großfürst Nikolai Nikolajewitsch und General Rennenkampf



5.000 Russen kommen 4 Tage später als Gefangene nach Insterburg zurück

Zeitfolge

Winter 1913/1914 **Rußland:** Verbleib des zu entlassenden Reservistenjahrgangs bei den Fahnen

Februar 1914 **Rußland:** Beginn von Probemobilmachungen einschließlich der sibirischen Militärbezirke, die bis Kriegsbeginn ohne Demobilisierungen fortgesetzt wurden. Im Frühjahr erhielten die Saisonarbeiter für Deutschland Anweisung, im Juli zurückzukehren.

Mai 1914 **Rußland:** Mobilisierung der Reservejahrgänge 1907 - 1909, getarnt als "Übungen"

28.6. Ermordung des österreichischen Thronfolgerehepaares Erzherzog Franz-Ferdinand

5.7. Besprechungen des Kaisers über Note Österreichs

6.7. Abreise des Kaisers nach Norwegen

9. + 10.7. **Deutschland:** Anfragen Staatssekretärs Dr. Dellbrück an Bethmann-Hollweg + v. Jagow, ob vorbereitete Getreidekäufe getätigt werden sollten. Antwort von beiden:

"Nein, es dürfe unsererseits nichts geschehen, was die Auffassung erwecken könnte, als wenn wir uns auf einen Krieg vorbereiteten." 52)

15.7. Die **deutsche** Flotte startet unmobilisiert in die nordischen Gewässer zur üblichen Übung
Die **britische** Flotte beginnt Probemobilmachung

20. - 23.7. **Frankreichs** Präsident Poincaré und Ministerpräsident Viviani in Petersburg
Deutschland weist Bündnisangebot der Türkei zurück, um Rußland und Frankreich nicht zu verärgern

23.7. **Österreich** überreicht um 18 Uhr auf 48 Stunden befristetes Ultimatum an Serbien
Kosutitsch sendet aus Petrograd Zirkulardepesche an serbische Regierung + Gesandtschaften:

".... russische Regierung habe die Mobilisierung von zwei Millionen Mann angeordnet; die Kriegsbegeisterung in Rußland sei eine ungeheure." 53)

24.7. **Deutschland:** Getreidekäufe genehmigt. Die sofort erteilten Aufträge kamen zu spät; die Vorräte in Rotterdam waren bereits weitestgehend geräumt. 52)
Großbritannien: mobilisiert Teile der Flotte

25.7. **Serbien** 15 Uhr: Allg. Mobilmachung (= 15 Div.)
18 Uhr: Überreichung der Antwort an Österreich
Rußland: Zar genehmigt Ministerratsbeschluß vom 24.7., 13 Armeekorps zu mobilisieren, falls Österreich gegen Serbien vorgeht
Österreich: Teilmobilmachung gegen Serbien (8 Armeekorps = 24 Div.)
Rußland abends: Prämob.-maßnahmen, Ausnahmezustand in Petrograd + Moskau

26.7. **Rußland:** Kriegsvorbereitungsperiode befohlen für die europäischen Bezirke
Frankreich: Vorsichtsmaßnahmen
Rückruf der **deutschen** Flotte aus der Nordsee

27.7. **Deutschland:** Munitionsforderung des preußischen Kriegsministeriums für 1915 um 3,5 Mill. Mark gekürzt. Rückkehr Kaiser Wilhelms II. von Nordlandreise
Militärattaché in Petersburg angewiesen, russischer Regierung mitzuteilen, daß Deutschland z.Zt. keine militärischen Schritte beabsichtige
Rußland: Weitere vorbereitende Mob.-Maßnahmen. Telegramm des Zaren an Kaiser Wilhelm II., er möge vermitteln und gesteht, selbst einem Druck ausgesetzt zu sein, der ihn wahrscheinlich zu Maßnahmen nötigen werde, die zum Kriege führen.
Britische Auslandsbanken erhalten Anweisung, den Geldverkehr mit Deutschland einzustellen

28.7. **Deutschland:** Rückruf der Truppen von den Übungsplätzen in die Standorte
Österreich: 11 Uhr Kriegserklärung an Serbien
Rußland: Mobilisierung gegen Österreich; — Internierung der sich in Petersburg aufhaltenden Deutschen

29.7. **Großbritannien:** Flotte begibt sich auf Kriegsposition nach Scapa Flow. Warnung an Heer + Flotte
Rußland: Allg. Mobilmachung 17 Uhr (= 111 Div.). Rücknahme des Zaren um 20 Uhr ohne Wirkung. Sasonow an Iswolski:

"Da wir den Wunsch Deutschlands nicht erfüllen können (Mob.-maßnahmen einzustellen, — d. Verf.), bleibt uns nur übrig, unsere Bewaffnung zu beschleunigen." 54)

Der britische Historiker E.D. Morel:

"Überdies ist nun ein amtliches Dokument zugänglich, das zeigt, daß in russischen und französischen Augen a l l g e m e i n e M o b i l m a c h u n g K r i e g b e d e u t e , und b i s z u r ü c k i n s J a h r 1892 K r i e g b e d e u t e n s o l l t e. Dies Dokument ist der an den französischen Kriegsminister gesandte Bericht des Generals de Boisdeffre, der 1892 an der Spitze der zu den Verhandlungen über das franko-russische Militär-Abkommen nach Petersburg entsandten Mission stand. Darin schildert der General eine Unterhaltung mit dem Zaren (Alexander III), in der diese Stelle vorkommt:

'Ich wies ihn (den Zaren) darauf hin, daß Mobilisation die Kriegserklärung bedeute; daß zu mobilisieren so viel heiße, als seinen Nachbarn zu zwingen, ein Gleiches zu tun; daß Mobilisation die Ausführung strategischer Transporte und Konzentration einschlösse.'

Der Zar antwortete: 'Das ist ganz, wie ich die Sache auffasse.'

Der französische Wortlaut verleiht diesem Punkt noch besonderen Nachdruck: 'la mobilisation c'était (wäre) la déclaration de guerre.'

Außerdem scheint die Ansicht des russischen Generalstabes vollkommen klargelegt worden zu sein. Ein im selben Gelbbuch wiedergegebener Bericht des französischen Botschafters in Petersburg enthält eine Note des französischen Militär-Attachés, in der die Anschauung des russischen Generalstabes zusammengefaßt ist. Es heißt darin:

52) "Der Weltkrieg 1914 - 1918", bearb. + hrsg. vom Reichsarchiv, aaO., Bd. I, S. 413

53) E.D. Morel, aaO., S. 256

54) Deutsches Weißbuch 1919, S. 204 - 205

'Er (General Obrutscheff, Chef des Generalstabes) ist der Meinung, daß die Mobilisation Frankreichs und Rußlands sogleich von aktiven Schritten, von Kriegshandlungen gefolgt, kurz, daß sie gleichbedeutend mit 'Angriff' sein soll.'

Mobilisation bedeutete daher Krieg nach den Bestimmungen des franko-russischen Bündnis-Vertrages, dessen dritter Punkt vorsieht, daß die mobilisierten Streitkräfte 'schleunigst zu entscheidendem Kampf eingesetzt werden, damit Deutschland gleichzeitig im Osten und Westen zu kämpfen hat.' Diese Enthüllung zeigt den Gedanken auf, daß Rußland, nachdem es einmal mobilisiert, niemals die Absicht zu demobilisieren hatte, und wahrscheinlich entschlossen war, zum äußersten zu schreiten, ohne sich darum zu scheren, seinem Vorgehen eine formelle Kriegserklärung vorauszuschicken." [55])

Eine russische Mobilmachungsorder vom 30.9. bzw. 12.10.1912 enthält den Satz:

"Allerhöchst ist befohlen, daß die Verkündung der Mobilisation zugleich auch die Verkündung des Krieges gegen Deutschland ist."

(Diese Order war während des Krieges in deutsche Hände gefallen und wurde am 15.11.1916 im Reichstag bekanntgegeben.)

Wie sich aus den **britischen** Vorkriegsakten nachweisen läßt wußte man auch in London um die kriegsauslösende Bedeutung der russischen Mob.

30.7. **Rußland** 16 Uhr: Allgemeine Mobilmachung vom Zaren endgültig bestätigt. Iswolski an Sasonow: [56])

"Fortsetzung von Nr. 209. Abschrift nach London. Erbitte dringend Verfügung. Margerie, den ich eben gesprochen habe, sagte mir, die französische Regierung, die sich keineswegs in unsere militärischen Vorbereitungen einmischen will, [57]) würde in Anbetracht der fortgesetzten Verhandlungen wegen Wahrung des Friedens es für äußerst wünschenswert halten, daß diese Vorbereitungen einen möglichst wenig offenen und herausfordernden Charakter tragen. Der Kriegsminister, der denselben Gedanken entwickelte, sagte seinerseits Graf Ignatjew, wir, [58]) könnten erklären, daß wir im höchsten Interesse des Friedens bereit seien, die Mobilisations-Maßnahmen zeitweilig zu verlangsamen, was uns nicht hindern würde, die militärischen Vorbereitungen fortzusetzen und sie sogar zu verstärken, indem wir uns nach Möglichkeit der Massen-Truppentransporte enthalten. [59]) Um 9 ½ Uhr findet eine Ministerberatung unter Poincaré statt, nach der ich sofort mit Viviani zusammenkommen werde." [60])

Frankreich: Abends Einberufung der Reservisten in den Grenzkorps

Großbritannien: Einberufung von 25.000 Reservisten für Eisenbahnbewachung zu den Häfen.
Bericht an französischen Militärattaché über technische Einzelheiten für vorgesehenen Transport britischer Truppen nach Frankreich
Kriegsminister im Londoner National Liberal Club:

"Der Krieg könne nicht vermieden werden, und England könne nicht draußen bleiben." *)

31.7. **Österreich:** 11.30 Uhr Allgemeine Mob. (= 51 Div.). Gleichzeitig Erklärung über Verhandlungsbereitschaft mit Rußland + anderen Mächten

Deutschland: 13 Uhr Zustand drohender Kriegsgefahr. 15.30 Uhr Ultimatum an Petersburg. Inhalt: Obwohl Deutschland wunschgemäß weiter vermittle und keine Mob.-Maßnahmen getroffen habe, mobilisierte Rußland seine gesamte Armee + Flotte. Daher sei Deutschland gezwungen, "Zustand drohender Kriegsgefahr" zu proklamieren. Die Mobilisierung müsse erfolgen, falls Rußland nicht binnen 12 Stunden Kriegsmaßnahmen gegenüber Deutschland + Österreich-Ungarn einstelle + dies offiziell erkläre.
— in Petrograd überreicht um Mitternacht
15.30 Uhr Ultimatum an Paris: Inhalt gleichlautend, verbunden mit der Anfrage, ob Frankreich in einem deutsch-russischen Krieg neutral zu bleiben gedenke

Frankreich: Mitteilung an Generalstabschef, allgemeine Mobilmachung sei für 1.8. zu erwarten

1.8. **Frankreich:** Vormittags Befehl zur Einschiffung des marokkanischen Expeditionskorps
11 Uhr: Mitteilung an deutschen Botschafter, Frankreich werde tun, was ihm seine Interessen geböten
16.40 Uhr Allgemeine Mobilmachung (= 68 Div.)

2.8. **Deutschland:** 17.30 Uhr Allgemeiner Mobilmachungsbefehl (= 86 Div.)
19 Uhr Kriegserklärung an Rußland

Großbritannien: 2.25 Uhr Mobilmachung der Flotte. Lord Haldane erklärte am 29.11.1918 hierzu im Bedford College:

"Bei Kriegsausbruch war die Flotte in einem solch schlagfertigen Zustand wie nie zuvor, und wir standen damals sogar zwei zu eins gegen die ganze deutsche Flotte. ....

Wir mobilisierten am Montag, den 3. August, um 11 Uhr morgens, 36 Stunden, ehe wir den Krieg erklärten. Innerhalb weniger Stunden war das Expeditionsheer mit Hilfe der Marine über dem Kanal, ehe nur jemand davon wußte." [61])

Ostpreußen: erster stärkerer russischer Kampfverband in das Kreisgebiet Johannisburg eingedrungen

Luxemburg wird von deutschen Truppen besetzt

Österreich: 11 Uhr Kriegserklärung an Serbien, stellt aber ausdrücklich fest, daß keine Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens beabsichtigt sei.

3.8. **Großbritannien:** 12 Uhr Mobilmachung der Heeres.
15 Uhr Rede Edward Greys vor dem Unterhaus

Deutschland: 16 Uhr Kriegserklärung an Frankreich

4.8. **Belgien:** 8 Uhr Einmarsch deutscher Truppen

Großbritannien, 14 Uhr: Ultimatum an Deutschland. Überreichung britischer Kriegserklärung an Deutschland kurz nach 17 Uhr

2. - 5. Okt. 1914 Kriegserklärungen Rußlands, Großbritanniens + Frankreichs an die Türkei sowie Annektion Cyperns durch England

---

55) E.D. Morel, aaO., S. 271 - 272
56) Deutsches Weißbuch 1919, S. 203
Bei dieser Gelegenheit dürfte es angebracht sein, auf den von M. Boghitschewitsch in seinem Buch "Kriegsursachen", Zürich 1919, S. 27 erwähnten "bekannten Ausruf Iswolskis bei Ausbruch des europäischen Krieges" hinzuweisen: "Das ist mein Krieg!"
57) Von E.D. Morel durch Fettdruck hervorgehoben
58) "Wir" = bedeutet "Rußland"
59) Ab "was uns nicht hindern würde, ..." = von E.D. Morel durch Fettdruck hervorgehoben
60) E.D. Morel, aaO., S. 275 +
Deutsches Weißbuch 1919, S. 203

*) Alexander Graf Brockdorff, "Von Chauvinismus, Kriegsschuld und deutscher Regierungspolitik", 1932, o.O., 24 S., S. 11.
61) E.D. Morel, aaO., S. 270

RÜSTUNGSSTAND

Großbritannien

Marinerüstung 1905 - 1914: 391 Mrd. £
1914 Ausgaben für Kriegsschiffneubau: 18,6 Mill. £
1914 Heereshaushalt: 28 Mill. £
1905 Beginn des Baues von Dreadnoughts [62)]
Heeresstärke (ohne Marine) als expeditionary force auf der britischen Insel = 252.000 Mann

Deutschland

Zweijährige Wehrpflicht, jedoch nicht voll durchgeführt; — 5 Millionen Mann im wehrpflichtigen Alter nicht militärisch ausgebildet.
725.000 Mann stehendes Heer
1914 Ausgaben für Kriegsschiffneubau: 10,3 Mill. £ [63)]
Heereshaushalt 1914: 68 Mill. £
Heeresausgaben 1905 - 1914: 448 Mrd. 1910 - 1914: 252 Mrd. £
Marineausgaben 1905 - 1914: 185 Mrd. £
Munitionsvorrat geringer als jener allein Frankreichs
1906 Beginn des Baues von Großkampfschiffen in Reaktion auf Englands Bauprogramm für Dreadnoughts

Lloyd George schrieb am 1. Januar 1914 in der *"Daily Chronicle"*:

"Das deutsche Heer ist nicht nur für das Bestehen des Deutschen Reiches, sondern auch für das Leben und die Unabhängigkeit der Nation selbst von allergrößter Bedeutung, da Deutschland von anderen Staaten umringt ist, deren jeder eine der deutschen beinahe ebenbürtige Armee besitzt. Wir vergessen, daß, während wir eine 60%ige Überlegenheit unserer Marine über die Deutschlands verlangen, um die Sicherheit unserer Küsten zu gewährleisten, Deutschland nicht entfernt auch nur eine ähnliche Überlegenheit über Frankreich allein besitzt, und es muß außerdem natürlich noch mit Rußland an seiner Ostgrenze rechnen. Deutschland hat nichts, was einem Zweimächte-Standard auch nur nahekommt." [64)]

Die Bedeutung dieses Zitates wird dadurch verstärkt, daß Lloyd George im Jahre 1916 britischer Premierminister wurde und auch im Frieden von Versailles 1919 maßgeblich mitgewirkt hat.

Österreich-Ungarn

450.000 Mann Friedensstärke
1914 Heereshaushalt: 24 Mill. £
Heeresausgaben 1905 - 1914: 234 Mrd. £;
1910 - 1914: 128 Mrd. £
Marinerüstung 1905 - 1914: 50 Mrd. £

Frankreich

851.000 Mann stehendes Heer; die Zahlenangaben schwanken von 844.000 bis 900.000 Mann, je nachdem man Fremdenlegionäre und farbige Truppen sowie den service auxilaire hinzuzählt oder nicht.
Ausgaben 1914 für Kriegsschiffneubau: 11,7 Mill. £
Heeresausgaben 1905 - 1914: 347 Mrd. £ ;
1910 - 1914: 196 Mrd. £
März 1913: Einführung 3-jähriger Wehrpflicht (eine Folge der Abmachungen mit Rußland, Poincaré-Besuch 1912 in Petersburg)
Marineausgaben 1905 - 1914: 161 Mrd. £

Rußland

Dreijährige Wehrpflicht für Infanterie und Artillerie, vierjährige Wehrpflicht für übrige Waffengattungen.
1.700.000 Mann stehendes Heer; die Zahl war bei Kriegsbeginn noch höher, da Reservisten nicht, wie sonst üblich, 1913/1914 entlassen worden waren und Probemobilmachungen seit Februar 1914 das stehende Heer weiter vergrößert haben.
1914 Ausgaben für Kriegsschiffneubau: 13,1 Mill. £
Heeresausgaben 1905 - 1914: 495 Mrd. £;
1910 - 1914: 279 Mrd £
Marineausgaben 1905 - 1914: 194 Mrd. £

Die Bedeutung der russischen Zahlenangaben wird durch den Artikel verstärkt, der am 13.6.1914 — 2 Wochen v o r der Ermordung des Erzherzogs Franz-Ferdinand in Sarajewo — in der Petrograder Zeitschrift "Birschewija Wjedomosti" ("Börsen-Listen") erschienen und offensichtlich von Kriegsminister Suchomlinow verfaßt worden ist:

"Rußland ist bereit: Frankreich muß es auch sein.

....

Im Ausland ist man bereits völlig unterrichtet über die kolossalen Opfer, die wir zu dem Zwecke dargebracht haben, um dem franko-russischen Bündnis eine wirkliche ansehnliche Kraft zu verleihen. Die vom Kriegsministerium in der Organisation der russischen bewaffneten Macht durchgeführten Reformen übertreffen alles, was jemals nur irgendwo in dieser Richtung getan worden ist. Unser jährliches Rekrutenkontingent ist nach dem letzten kaiserlichen Befehl von 450.000 auf 580.000 Mann gebracht worden. Demnach haben wir eine jährliche Vermehrung der Armee um 130.000 Mann. Gleichzeitig ist die Dienstzeit um

---

62) Dreadnoughts = zu deutsch "Fürchtenichts", 22.500 t = erste moderne Schlachtschiffe
£ = Pfund Sterling. Die Zahlen sind den Budgets der betreffenden Mächte entnommen; siehe International Peace Year Book 1915.

63) Zahlen der Kriegsschiffneubauten = amtliche Zahlen des britischen Kriegsministeriums. Neubauten der vorangehenden Jahre analog zwischen den Ländern, jedoch geringer

64) E.D. Morel, aaO., S. 144

17. Der Seekrieg.

a) Beiderseitige Streitkräfte.

Zwar lassen sich Leistungsfähigkeit und Kampfwert einer Kriegsflotte nicht durch die Zahlen des Tonnengehaltes, der Panzerungen und der Geschützausrüstung ausdrücken, denn die technische und seetaktische Durchbildung, der Geist und der Kampfwille der Offiziere und Bemannung sind von entscheidender Bedeutung. Immerhin ergibt sich der Vergleich der beiderseitigen Kampfstärken zur See aus nachstehender Zusammenstellung, die wir aus dem als besonders zuverlässig geachteten Werke „Nauticus" (Jahrgang 1914) entnehmen. Der Vergleich gilt für den 15. Mai 1914. Aufgenommen ist nur der neuere Schiffsbestand. Die veralteten Fahrzeuge (z. B. die 7 Küstenpanzerschiffe Deutschlands) sind gleichmäßig außer Betracht gelassen. Auf der Seite Deutschlands ist die österreich-ungarische, auf der Seite der Entente die japanische Kriegsflotte nicht berücksichtigt, da der Kampfwert der ersteren nicht in Betracht kam, die japanische Flotte für das Auftreten in Europa ausfiel.

1. Deutsches Reich.

	Zahl	Tonnengehalt	Im Bau
a) Linienschiffe	33	537 050	7
b) Panzerkreuzer	13	185 990	4
(unter a und b Großkampfschiffe)	(17)	(380 700)	(11)
c) Geschützte Kreuzer	39	146 686	6
d) Große Torpedoboote	138	73 726	17
e) Unterseeboote	28	–	?
zusammen		943 452	

2. Entente.

a) England.

	Zahl	Tonnengehalt	Im Bau
a) Linienschiffe	59	1 013 840	16
b) Panzerkreuzer	43	604 540	1
(unter a und b Großkampfschiffe)	(29)	(621 360)	(17)
c) Geschützte Kreuzer	58	282 590	21
d) Große Torpedoboote	185	133 190	30
e) Unterseeboote	69	31 170	28
zusammen		2 065 330	

b) Frankreich.

	Zahl	Tonnengehalt	Im Bau
a) Linienschiffe	21	345 730	12
b) Panzerkreuzer	19	200 610	–
(unter a und b Großkampfschiffe)	(10)	(203 800)	(12)
c) Geschützte Kreuzer	8	42 810	3
d) Große Torpedoboote	54	27 220	3
e) Unterseeboote	49	27 670	20
zusammen		644 040	

c) Rußland (nur Baltische Flotte).

	Zahl	Tonnengehalt	Im Bau
a) Linienschiffe	4	62 300	4
b) Panzerkreuzer	6	64 940	4
(unter a und b Großkampfschiffe)	(–)	(–)	(8)
c) Geschützte Kreuzer	6	36 320	6
d) Große Torpedoboote	60	25 680	36
e) Unterseeboote	11	3 570	19
zusammen		192 810	

Somit Tonnen:

Deutschland = 943 452

Entente { England 2 065 330, Frankreich 644 040, Rußland 192 810 } = 2 902 180

Eine ungeheure, etwa dreifache Überlegenheit zur See war hiernach auf der Seite der Entente. Sie mußte sich ins Ungemessene steigern, sobald die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Italien der Entente beitraten.

*) "Das deutsche Volk in Waffen – Der Weltkrieg 1914 - 1918", hrsg. vom Verbande deutscher Kriegsveteranen, Berlin 1921, S. 355

ein halbes Jahr verlängert worden, so daß also während jedes Winters vier Rekrutenkontingente unter der Fahne stehen werden. Mit Hilfe einfacher arithmetischer Berechnung kann man die Ziffernangaben über unsere Armee feststellen, die so groß sind, wie sie noch niemals ein Staat aufgewiesen hat: 580.000 x 4 = 2.320.000. Diese Zahlen bedürfen keines Kommentars. Einen solchen Luxus kann sich nur das große mächtige Rußland erlauben. Zum Vergleich sei erwähnt, daß die deutsche Armee nach dem letzten Militärgesetz 880.000, Österreich etwa 500.000 und Italien ungefähr 400.000 Mann hat.... Es ist noch zu bemerken, daß alle diese Heeresvermehrungen in der Friedenszeit ausschließlich zu dem Zwecke geschahen, die Armee möglichst schnell auf den Kriegsfuß stellen zu können, d.h. im Interesse einer möglichst schnellen Mobilmachung. In dieser Hinsicht haben wir noch eine große Reform durchgeführt, indem wir ein ganzes Netz strategischer Eisenbahnen projektiert und zu bauen angefangen haben. Auf diese Weise haben wir alles getan, um dem Gegner bei der Mobilmachung zuvorzukommen und gleich in den ersten Tagen des Krieges möglichst schnell die Armee zu konzentrieren. Dies wünschen wir auch von Frankreich. Eine je größere Anzahl Soldaten es zur Friedenszeit hält, um so schneller wird es bereit sein." [65])

Serbien: 39.400 Mann Friedensstärke

Belgien: 47.500 Mann-Armee + 47.500 Bürgergarde

Die tatsächlichen Kriegsstärken im Sommer/Herbst 1914 zeigen eine Überlegenheit der Entente gegenüber den Mittelmächten von über 2,7 Millionen Mann, die sich im Verlauf des Krieges noch gewaltig steigerte.

Schlußfolgerungen

Mit Beginn des Krieges setzte auf alliierter Seite eine zunehmende Schuld- und Diffamierungspropaganda — ganz abgesehen von der bewußten Kriegsgreuelpropaganda — gegenüber Deutschland ein, die ernsthaft darauf angelegt wurde, den "deutschen Militarismus" sowie den deutschen Kaiser zu bezichtigen, den Weltkrieg aggressiver Ziele, ja der Weltherrschaft willen wohlüberlegt und blutrünstig entfesselt zu haben. Auf diese Weise wurde bereits während des Krieges "die Alleinschuld Deutschlands" propagandistisch vorbereitet, die im § 231 des Versailler Friedens-"vertrages" 1919 sowie in der alliierten Mantelnote vom 16.6.1919 ihre "völkerrechtliche Verankerung" erfuhr und bis heute in der Politik der Alliierten unrevidiert geblieben ist.

Demgegenüber ist festzustellen:

Deutschland:

Weder der Kaiser noch der Reichskanzler noch andere Männer des Reichskabinettes haben 1914 irgendwelche aggressiven Pläne oder Ziele verfolgt, die Machtausdehnung oder Krieg hätten nach sich ziehen sollen oder müssen. Kaiser Wilhelm II hat auf die Entscheidungsprozesse im Juli 1914 mit Ausnahme der kurzen Besprechung vom 5.7. — Offiziere waren hierzu nicht geladen — bis zum 28.7. infolge seiner Nordlandreise überhaupt nicht, anschließend im Sinne der Mäßigung gegenüber Österreich eingewirkt. Kriegsminister General v. Falkenhayn war vom 10.-24.7. ebenso in Urlaub wie Generalstabschef v. Moltke und Admiral v. Tirpitz.

Daß Berlin den Druck auf Österreich nicht bis zur Dispositionsstellung des Bündnisses verstärkt hat, ist bedauerlich, aber für die eigene Existenzsicherung im machtpolitischen europäischen Umfeld für notwendig angesehen worden. [66]) Ein Vorwurf kann daraus vornehmlich von Mächten, die ihrerseits ihre Bündnisse gegenüber ihren Partnern bei viel schwerwiegenderen Größenordnungen nicht zur Disposition zu stellen versucht haben, nicht hergeleitet werden.

Zu keinem Zeitpunkt haben — und dies betrifft Zeiten, da die Ankläger aus ihren eigenen Anklagen längst hätten die Schlußfolgerungen gezogen haben sollen — die Völkerbundsmächte nach 1919 ihr Bündnisverhalten gegenüber Polen und der Tschechoslowakei bei deren Verletzung der Versailler Bestimmungen und zusätzlichen Minderheitenverträgen geändert. Ja, sie haben sogar — dies betrifft vornehmlich Großbritannien — erkanntermaßen Polen am 30.3.1939 eine vorbehaltlose Garantie bei Ausklammerung der Frage des Aggressors zugesprochen, von der sie wußten, daß "sie notwendigerweise zum Niedermetzeln von Millionen Menschen führen mußte." [67]) — So die Ankläger 25 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges und in Einleitung des Zweiten.

Österreich-Ungarn:

Die Politik der Doppelmonarchie im Krisenmonat Juli 1914 war zweifellos verhängnisvoll und ohne Augenmaß für das Machbare, entsprach jedoch den internationalen Maßstäben, wie sie bis dahin bei nahezu allen größeren Staaten, vornehmlich Rußland und Großbritannien bzw. allen Imperialstaaten, die ihre Kolonien gewaltsam erobert haben, gang und gäbe waren. Allein Deutschland hatte seine Kolonien mit friedlich ausgehandelten Verträgen erworben! Jeder Blick in ein Geschichtsbuch kündet von solch gefühlsmotivierter, tragischer Dynamik.

Wien hatte die Bewahrung seiner Machtbasis im Sinn. Serbische Kräfte versuchten mit Hilfe Rußlands neue, auf das Nationalitätenprinzip bezogene Staatsstrukturen auf dem Balkan unter Zugrundelegung von Gewaltmaßnahmen einschließlich Königsmord durchzuzwingen. — Zwei Grundsatzauffassungen stießen aufeinander.

65) E.D. Morel, aaO., S. 251 + Deutsches Weißbuch 1919, S. 186 - 187

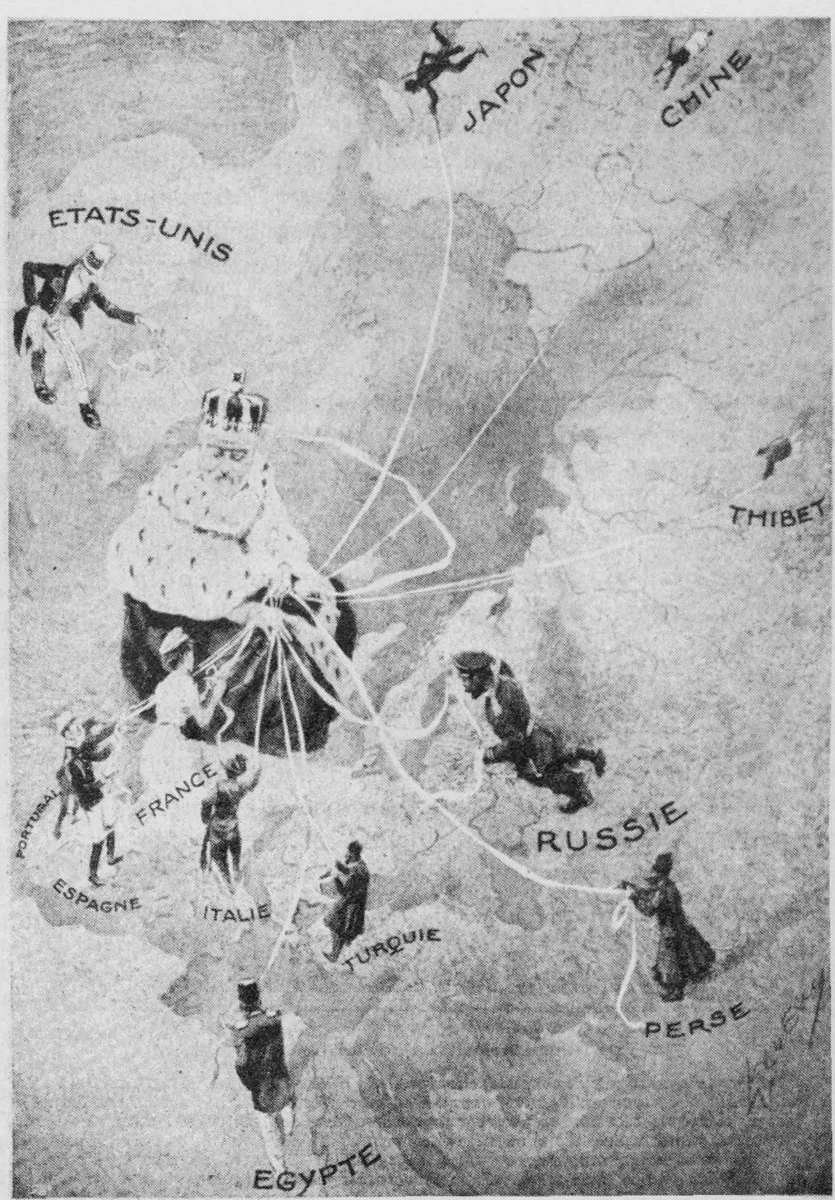
66) Ein letzter, zu später diplomatischer Vorstoß von Berlin zur Aufkündigung des Bündnisses wurde durch die russische Generalmobilmachung unwirksam

67) Winston Churchill, "Der Zweite Weltkrieg", 1. Buch, Bd. I, "Der Sturm zieht auf", Hamburg 1949 - 1952, S. 421 - 423 68) Deutsches Weißbuch 1919, S. 65

Rußland:

Die russischen Politiker konnten sich wahrlich mit ihren Besitzverhältnissen vom Baltikum über Polen bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer, von Wladiwostok über Sibirien, Nowaja Semlja einschließlich Finnland bis in undenkbare Zukunft als glückhaft wie niemand sonst mit Lebensraum, Rohstoffen usw. saturiert ausgelastet fühlen. Ausgerechnet sie traten als verhängnisvolle Akteure zur Durchsetzung weiterer imperialistischer Zielsetzung auf. Ausgerechnet sie erzwangen, gewiß voreilig und leichtfertig, in den Konsequenzen sicherlich nicht brutal beabsichtigt, mit ihren Mobilisierungsmaßnahmen einen europaweiten Waffengang, der sich schließlich weltweit ausbreitete und über 10 Millionen Tote forderte. Dabei war Deutschland noch nicht einmal das Ziel der russischen Expansivziele, sondern Konstantinopel, der Bosporus und die Dardanellen, ein Ziel, das im Verlaufe der Kriegsentwicklung nicht nur nicht erreicht wurde, sondern sogar auf Grund der revolutionären Umbrüche innerhalb Rußlands 1917 und 1918 ganz in Vergessenheit geriet bzw. mit Stillschweigen zu den Akten gelegt wurde.

In einem zur Versailler Friedenskonferenz am 27. Mai 1919 eingebrachten Bericht formulierten Hans Delbrück, Max Weber, Max Graf Montgelas und Albrecht Mendelsohn Bartholdy die russische Vorkriegspolitik wie folgt:



König Edward VII. als "Schiedsrichter der Welt". – Alle die kleinen Männer sind Englands "Freunde" oder "Schützlinge". Unter ihnen auch Italien. Die Commonwealth-Länder wie Canada, Australien, Indien, Südafrika usw. gelten ohnehin als zugehörig und sind gar nicht erst vermerkt. – Deutschland und Österreich fehlen bezeichnenderweise. –
So ist diese französische Vorkriegskarikatur aus "L'Assiette au beurre" (Sonderheft "La guerre") von Hermann Paul, Paris 1901, ein Dokument dafür, daß man in Frankreich die Weltlage vor dem Krieg ungefähr ebenso als Einkreisung der Mittelmächte auffaßte wie in Deutschland.

"Es gab in Europa unter den Großmächten jedenfalls eine, deren planmäßig viele Jahre vor dem Kriege verfolgten Ziele sich ausschließlich durch einen Angriffskrieg erreichen ließen und welche daher auf diesen bewußt hingearbeitet hat: den russischen Zarismus in Verbindung mit jenen sehr einflußreichen Kreisen Rußlands, welche in dessen Politik hineingezogen waren. Die schon einmal zitierten, z.T. noch unbekannten Dokumente, insbesondere der Brief Sasonows an den Gesandten Hartwig in Belgrad beweisen, daß die russische Regierung durch Instruktionen an ihre Vertreter in Belgrad und andere Mittel Serbien planmäßig auf den Weg der Eroberung auf Kosten des Territorialbestandes Österreich-Ungarns, auf dessen Gebiet Serbiens 'verheißenes Land' liege, hingeleitet und ein gemeinsames kriegerisches Vorgehen zu diesem aggressiven Zwecke in Aussicht genommen hatte.

Wie nach Überzeugung der Unterzeichneten vollkommen evident ist, hat sie dies nicht aus uneigennütziger Freundschaft zu Serbien getan, sondern deshalb, weil sie im eigenen Interesse die Zertrümmerung Österreich-Ungarns als politisches Ziel konsequent verfolgte. Sie war dabei ferner und vor allem von dem Bestreben geleitet, jedes Hemmnis für ihre eigene Ausdehnung auf dem Balkan und insbesondere für die Eroberung der Meerengen zu beseitigen. Daß sie die gewaltsame Aneignung nicht nur des Bosporus, sondern auch der Dardanellen planmäßig verfolgt und vorbereitet hat, ergeben die Dokumente der Anlage 6. Dabei war ihr genau bekannt, daß es in Deutschland weder in der Regierung noch innerhalb der Nation irgend jemanden gab, der einen Krieg mit Rußland für wünschenswert gehalten hätte, dessen Aussichten allgemein, auch wie feststeht, von Seiten der militärischen Autoritäten äußerst skeptisch beurteilt wurden, und von welchen im Falle des Erfolges niemand irgend einen greifbaren Vorteil erhoffte. Sie wußte andererseits aber auch, daß Deutschland der Donaumonarchie durch geschichtliche Bande, Bündnis und Verwandtschaft großer Teile der österreichischen Bevölkerung verbunden war, und daß sie also bei einem Angriff auf den Bestand jener Monarchie auch dem militärischen Widerstand Deutschlands begegnen werde. Sie hat für ihre Zwecke daher das 1892 geschlossene und 1912 durch eine Marinekonvention erweiterte Kriegsbündnis mit Frankreich und die weiter geschaffenen Verbindungen dazu benutzt, in einem ihr günstig scheinenden Moment den 'Mechanismus der Entente' in Bewegung zu setzen und ihre Freunde in den längst beabsichtigten Krieg mit hineinzuziehen. An diesem Punkte liegt die wirkliche Ursache der Entstehung des Weltkrieges." [68]

68) Deutsches Weißbuch 1919, S. 65

Frankreich:

Langfristige Geheimdiplomatie mit entsprechend festgelegten Bündnisverträgen sowohl mit Rußland als auch in etwas lockerer, dafür herzlicherer Form mit Großbritannien kennzeichnete die französische Politik und führte sie in Abhängigkeit, ins Schlepptau von Rußland. Gewiß tat das Schwergewicht einer langfristig "gleichgerichteten Öffentlichkeitsarbeit" ein übriges, um die Entscheidungsfreiheit des Quai d'Orsay in der Stunde des Ernstfalles zugunsten der Option für Rußland zu lähmen. Ein Politiker allein kann kaum die Kraft haben, gegen die Emotionen seiner unmittelbaren Umwelt, die ja durch langfristige Informationsauswahl und persönliche Bindungen geprägt ist, zu entscheiden bzw. Entscheidungen durchzusetzen. Dies vor allem nicht in Frankreich mit den damals relativ unstabilen Mehrheitsverhältnissen.

Dennoch: Will man von "Schuld" sprechen — man "bewältigt die Vergangenheit" ja fortlaufend mit diesem Begriff gegen die Deutschen! —, so gehört das System der Geheimverträge hinter dem Rücken der "demokratischen Öffentlichkeit", das kriegerische Kettenreaktionen in einem nicht voraussehbaren Ernstfall in vorbestimmter Absprache auslösen muß, zu den entscheidenden Schuldgrundlagen beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Und diesem System hatte sich die französische Regierung uneingeschränkt verschrieben, da sie in erster Linie an der Wahrnehmung ihrer Chance interessiert war, Elsaß-Lothringen zurückzuerhalten, und offensichtlich weniger an der Erhaltung des Friedens mit Deutschland.

Großbritannien:

Für Großbritannien gilt das gleiche. Alle friedfertigen Bemühungen Sir Edward Greys, der sich im Verlauf der Julikrise 1914 zurückhaltend, neutral, bremsend, vermittelnd verhalten hat, verblassen doch letztlich angesichts seines Eingeständnisses vor dem Unterhaus am Nachmittag des 3. August: Dort verwies er darauf, daß der einzige Weg, England aus dem Kriege herauszuhalten, Neutralität wäre. Dieser Weg könne jedoch nicht eingeschlagen werden, weil Großbritannien an Frankreich das Versprechen gegeben habe, die französische Küste und Schiffahrt zu schützen, im übrigen aus der langen Freundschaft mit Frankreich auch Verpflichtungen erwachsen seien, die es aus britischem Interesse nicht zuließen,

> "wenn Frankreich geschlagen würde, wenn es besiegt auf seinen Knien läge, seine Großmachtstellung verloren hätte und zum Knechte eines Mächtigeren (Deutschland, — d. Verf.) geworden wäre." [69]

Die Sir Edward Grey zugeleitete Zusicherung Deutschlands, weder die französische Schiffahrt noch Küste anzugreifen, wenn England neutral bliebe, wies er als "ein viel zu eng umschriebenes Versprechen" für England ab, wie er überhaupt keinerlei Antwort auf die deutsche Anfrage fand, unter welchen Bedingungen eine Neutralität Großbritanniens möglich sei. Zunächst beiseitezustehen und ggfs. im Verlauf oder am Ende des Krieges einzugreifen, sei auch nicht erwägenswert,

> "da alle materielle Macht, die Großbritannien am Ende des Krieges noch besäße, die Einbuße an Achtung nicht aufwiegen würde, wenn wir uns unseren Verpflichtungen gegenüber Belgien entzogen hätten."

Daß Deutschland in London angefragt hatte, unter welchen Bedingungen überhaupt Großbritannien bereit sei, neutral zu bleiben, teilte Grey dem Unterhaus nicht mit. Er schloß seine Rede,

> "indem er der Überzeugung Ausdruck gab, das ganze Land werde erkennen, wie groß die England im Westen Europas drohende Gefahr sei, und werde der Regierung dann mit Entschlossenheit, Mut und Ausdauer zur Seite stehen."

Damit war die Politik Großbritanniens eindeutig darauf abgestellt worden, keine friedlichen Beziehungen mit Deutschland mehr zuzulassen. Dies schließt ein, auch kein Fehlverhalten bei der Kriegsentwicklung in Rußland und Frankreich zugestehen zu wollen.

Von der in dieser Politik begründeten "Schuld" ist die damalige britische Regierung nicht freizusprechen.

Daß England in Wirklichkeit durch Deutschland in keiner Weise bedroht, noch viel weniger gefährdet war, daß Deutschland weder gegenüber Frankreich noch gegenüber Belgien irgendwelche Eroberungsziele oder sonstige kriegerischen Ambitionen hatte — auch nicht gegenüber Rußland —, sondern sich selbst als von Rußland und Frankreich herausgefordert betrachten mußte, bemerkte man in der stimmungsgeladenen Atmosphäre des Tages im britischen Unterhaus offensichtlich nicht mehr, — oder wollte es nicht.

Der zu dieser Stunde zweifellos erregte britische Außenminister, der nach seiner Rede selbst erschrocken über sich selbst war — "ich hasse den Krieg, ich hasse den Krieg!" —, diese in ihm aufwallenden Ausrufe in seinem Arbeitszimmer unmittelbar nach seiner Unterhausrede sind ihm gewiß ehrlich abzunehmen —, hatte wohl erst dann so recht begriffen, daß er gerade durch diese Rede erst den britischen Kriegseintritt unausweichlich gemacht hat.

Auf einer Sitzung am Vormittag des 4.8. — die deutschen Truppen waren soeben in Belgien einmarschiert — beschloß das Kabinett, Deutschland ein auf 12 Stunden befristetes Ultimatum zu stellen, Belgiens Neutralität zu gewährleisten. Englands Kriegserklärung erfolgte bereits 3 Stunden später ohne eine Antwort abzuwarten mit Übergabe der britischen Kriegserklärung an Deutschland durch den britischen Botschafter in Berlin.

---

69) Text der Rede Greys in: A. v. Wegerer, "Der Ausbruch des Weltkrieges", aaO., Bd. II, S. 349 - 355. — Text in englisch bei:
Earl Loreburn, "How the War came", London 1919, S. 323 ff.

Note der deutschen Reichsleitung an die Feindmächte vom 29. November 1918 über die Untersuchung der Kriegsschuldfrage:

"Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander erscheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, bei allen kriegführenden Staaten und in allen Einzelheiten aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind. Eine gerechte Würdigung der Hergänge bei Freund und Feind ist die Vorbedingung für die künftige Versöhnung der Völker, ist die einzige mögliche Grundlage für einen dauernden Frieden und für den Bund der Völker. Die deutsche Regierung schlägt daher vor, daß eine neutrale Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege eingesetzt werde, die aus Männern bestehen soll, deren Charakter und politische Erfahrung einen gerechten Urteilsspruch gewährleisten. Die Regierungen sämtlicher kriegführenden Mächte müßten sich bereiterklären, einer solchen Kommission ihr gesamtes Urkundenmaterial zur Verfügung zu stellen. Die Kommission soll befugt sein, alle jene Persönlichkeiten zu vernehmen, die zur Zeit des Kriegsausbruchs die Geschicke der einzelnen Länder bestimmt haben, sowie alle Zeugen, deren Aussagen für die Beweiserhebung von Bedeutung sein könnten."

Antwort der britischen Regierung vom 7. März 1919:

"Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgendeine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt ist."

Note der deutschen Regierung vom 30. März 1919 an das Schweizerische Politische Department in Bern:

"In Beantwortung des Schreibens vom 7. März bittet die deutsche Gesandtschaft das schweizerische Politische Department, durch Vermittlung der schweizerischen Gesandtschaft in London der britischen Regierung zur Kenntnis zu bringen, daß die deutsche Regierung gegen die in dem Schreiben der britischen Regierung wiedergegebene Auffassung der Alliierten nachdrücklich Verwahrung einlegt. Wenn in diesem Schreiben erklärt wird, der deutsche Vorschlag auf Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Frage der Schuld am Kriege bedürfe keiner Antwort, weil die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unzweifelhaft festgestellt sei, so maßen sich die Alliierten an, Ankläger und Richter zugleich zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland kann einen Urteilsspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Aktenmaterial beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Öffentlichkeit zu erheben."

Die Mantelnote der Alliierten vom 16. Juni 1919, die dem Ultimatum an Deutschland beigegeben wurde, falls Deutschland den Versailler Frieden nicht unterschreibe, es mit militärischer Besetzung zu rechnen habe:

"Nach Ansicht der alliierten und assoziierten Mächte war der Krieg, der am 1. August 1914 zum Ausbruch kam, das größte Verbrechen gegen die Menschheit und gegen die Freiheit der Völker, das eine sich für zivilisiert ausgebende Nation jemals mit Bewußtsein begangen hat. Während langer Jahre haben die Regierenden in Deutschland, getreu der preußischen Tradition, die Vorherrschaft in Europa angestrebt... Sie haben danach getrachtet, ein unterjochtes Europa beherrschen und tyrannisieren zu können, so wie sie ein unterjochtes Deutschland beherrschten und tyrannisierten.

Um ihr Ziel zu erreichen, haben sie mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln ihren eigenen Untertanen die Lehre eingeschärft, daß in internationalen Angelegenheiten Gewalt Recht sei...

Sobald ihre Vorbereitungen vollendet waren, haben sie einen unterwürfigen Verbündeten ermuntert, Serbien... den Krieg zu erklären. Um diesen allgemeinen Krieg doppelt sicher zu machen, entzogen sie sich jedem Versuch der Versöhnung und Beratung, bis es zu spät war, und der Weltkrieg wurde unvermeidlich, jener Weltkrieg, den sie ausgeheckt hatten und für den Deutschland allein unter den Nationen vollständig ausgerüstet und vorbereitet war.

Indessen beschränkt sich die Verantwortlichkeit Deutschlands nicht auf die Tatsache, den Krieg gewollt und entfesselt zu haben. Es ist ebenso verantwortlich für die grausame und unmenschliche Art und Weise, auf die er geführt worden ist....

Darum haben die alliierten und assoziierten Mächte nachdrücklich erklärt, daß Deutschland als grundlegende Bedingung des Vertrages ein Werk der Wiedergutmachung bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit vollbringen muß; denn Wiedergutmachung des Unrechtes, das man begangen hat, ist das wahre Wesen der Gerechtigkeit.

Die alliierten und assoziierten Mächte glauben daher, daß der Friede, den sie vorgeschlagen haben, seinem Grundwesen nach ein Rechtsfriede ist... — gemäß den zur Zeit des Waffenstillstandes anerkannten Grundsätzen..."

Der berüchtigte Paragraph 231 des Versailler Friedensdiktates:

"Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Deutsche Note vom 23. Juni 1919 an die Siegermächte:

Versailles, den 23. Juni 1919

"Die Regierung der Deutschen Republik hat aus der letzten Mitteilung der alliierten und assoziierten Regierungen mit Erschütterung ersehen, daß sie entschlossen sind, von Deutschland auch die Annahme derjenigen Friedensbedingungen mit äußerster Gewalt zu erzwingen, die, ohne eine materielle Bedeutung zu besitzen, den Zweck verfolgen, dem deutschen Volke seine Ehre zu nehmen. Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen, fehlt dem deutschen Volke nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend, und ohne damit ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung der Deutschen Republik, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen anzunehmen und zu unterzeichnen."

Adolf Hitler zog in seiner Rede am 30. Januar 1937 vor dem deutschen Reichstag die deutsche Unterschrift unter die erzwungene Kriegsschuldanerkenntnis zurück

"…. Als ich vor vier Jahren mit der Kanzlerschaft und damit mit der Führung der Nation betraut wurde, übernahm ich die bittere Pflicht, ein Volk wieder zur Ehre zurückzuführen, das 15 Jahre lang das Leben eines Aussätzigen unter den anderen Nationen zu führen gezwungen war. Die innere Ordnung schuf mir die Voraussetzung zum Wiederaufbau des deutschen Heeres, und aus beiden zugleich erwuchs die Möglichkeit, jene Fesseln abzustreifen, die wir als tiefstes Schandmal empfanden, das jemals einem Volk aufgebrannt worden war. Ich habe, am heutigen Tage diesen Prozeß abschließend, nur wenige Erklärungen zu geben.

Erstens. Die Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung war ein ausschließlich Deutschland selbst berührender und es betreffender Vorgang. Wir haben keinem Volk dadurch etwas genommen und keinem Volk damit ein Leid zugefügt!

Zweitens. Ich verkünde Ihnen, daß ich im Sinne der Wiederherstellung der deutschen Gleichberechtigung die Deutsche Reichsbahn und die Deutsche Reichsbank ihres bisherigen Charakters entkleiden und wieder restlos unter die Hoheit der Regierung des Deutschen Reiches stellen werde.

Drittens. Ich erkläre hiermit, daß damit jener Teil des Versailler Vertrags seine natürliche Erledigung gefunden hat, der unserem Volk die Gleichberechtigung nahm und es zu einem minderwertigen Volke degradierte.

Und viertens. Ich ziehe damit vor allem aber die deutsche Unterschrift feierlichst zurück von jener damals einer schwachen Regierung wider deren besseres Wissen abgepreßten Erklärung, daß Deutschland die Schuld am Kriege besitze.

Meine Abgeordneten, Männer des Deutschen Reichstages! Diese Wiederherstellung der Ehre unseres Volkes, die ihren äußerlich sichtbarsten Ausdruck fand in der Einführung der Wehrpflicht, der Schaffung einer neuen Luftwaffe, dem Wiederaufbau einer deutschen Kriegsmarine, der Wiederbesetzung des Rheinlandes durch unsere Truppen, war die schwerste und wagemutigste Aufgabe und Arbeit meines Lebens. Ich muß an diesem Tage demutsvoll der Vorsehung danken, deren Gnade es mir, dem einstigen unbekannten Soldaten des Weltkrieges, gelingen ließ, unserem Volke damit wieder seine Ehre und Rechtschaffenheit zurückzuerkämpfen.

Alle die hierzu notwendigen Maßnahmen waren leider nicht auf dem Wege von Verhandlungen zu erreichen. Aber abgesehen davon, die Ehre eines Volkes kann überhaupt nicht ausgehandelt, sie kann nur genommen werden, so wenig man sie ihm auch nicht weghandeln, sondern auch nur einst nehmen konnte. ..."